

# Entwicklungszusammenarbeit wird interdependenter verstanden



Schlussbericht

Monitorstudie

"Entwicklungszusammenarbeit 2014"

Studie im Auftrag der Direktion für Entwicklung  
und Zusammenarbeit DEZA,  
August/September 2014

**Projektteam**

**Urs Bieri** Politik- und Medienwissenschaftler

**Jonas Ph. Kocher** Politikwissenschaftler

**Carole Gauch** Medien- und Politikwissenschaftlerin

**Stephan Tschöpe** Politikwissenschaftler

**Meike Müller** Soziologin und Medienwissenschaftlerin

**Philippe Rochat** Politikwissenschaftler

**Johanna Schwab** Sekretariat und Administration

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>WICHTIGSTES IN KÜRZE.....</b>	<b>3</b>
1.1	Datenbasis .....	8
<b>2</b>	<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>9</b>
2.1	Mandat und Zielsetzung.....	9
2.2	Thesen 2009 .....	9
2.3	Entwicklung seit 2009.....	11
2.4	Dispositionsansatz .....	12
2.5	Fragebogen .....	13
2.6	Befragung und Stichprobe .....	15
2.7	Datenanalyse .....	17
2.8	Grafische Aufbereitung .....	18
<b>3</b>	<b>BEFUNDE .....</b>	<b>19</b>
3.1	Beurteilung.....	20
3.1.1	Zwischenbilanz .....	22
3.2	Umfeld .....	23
3.2.1	Zwischenbilanz .....	30
3.3	Begründung .....	31
3.3.1	Zwischenbilanz .....	33
3.4	Wirkung.....	34
3.4.1	Zwischenbilanz .....	41
3.5	Kenntnisstand .....	42
3.5.1	Zwischenbilanz .....	50
3.6	Informationsarbeit.....	51
3.6.1	Zwischenbilanz .....	55
3.7	Forderungen.....	56
3.7.1	Zwischenbilanz .....	66
3.8	Exkurs: Regressionsanalysen .....	67
3.8.1	Zwischenbilanz .....	68
<b>4</b>	<b>SYNTHESE .....</b>	<b>69</b>
<b>5</b>	<b>ANHANG .....</b>	<b>72</b>
5.1	gfs.bern-Team.....	72

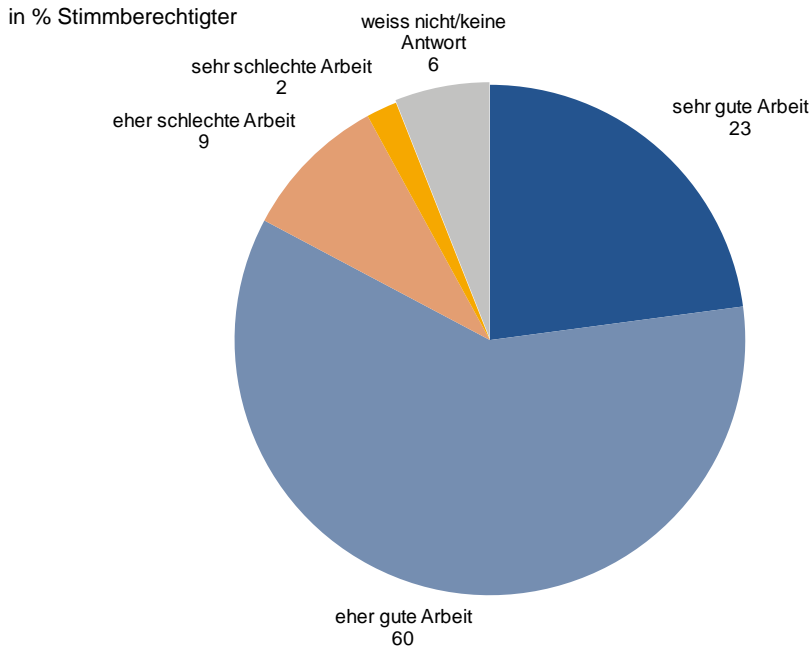
# 1 Wichtigstes in Kürze

Grundsätzlich vermag die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes mehrheitlich, wenn auch nicht uneingeschränkt, zu überzeugen: Die breite Masse geht von einer eher guten Arbeit aus.

Grafik 1

## Beurteilung Entwicklungszusammenarbeit des Bundes

"Wie beurteilen Sie die Arbeit des Bundes in der Entwicklungszusammenarbeit ganz generell? Leistet der Bund aus Ihrer Sicht bei der Entwicklungszusammenarbeit sehr gute Arbeit, eher gute Arbeit, eher schlechte Arbeit oder sehr schlechte Arbeit?"



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

Ein zunehmender Anteil hat in Entwicklungsländern eine Verbesserung wahrgenommen. Allerdings findet sich ungebrochen keine mehrheitliche Wahrnehmung Richtung sichtbarer Besserstellung. Linke haben überdurchschnittlich oft Verbesserung, Rechte Verschlechterungen wahrgenommen. Die Mehrheit ist der Meinung, dass Regierungen der Entwicklungsländer zumindest manchmal ernsthaft ihre Lage zu verbessern versuchen.

Nach wie vor stehen die Wahrnehmung eines Wohlstandsgrabens, Massenarbeitslosigkeit, Armut in Industrieländern und unkontrollierte Finanzströme als die grössten Probleme der Globalisierung tendenziell im Vordergrund. Bezeichnenderweise gehört "wenig Schutz der einheimischen Wirtschaft" knapp nicht mehr zu dieser Spitzengruppe. Damit lässt sich eine leichte Verschiebung von einer nationalen zu einer internationalen Problemsicht erkennen.

Zunehmend sieht man die reichen Industrieländer insgesamt als Nutzniesser der Globalisierung. Abnehmend ist hingegen die Meinung, dass die Reichen auf Kosten der Armen unabhängig vom Land profitieren.

Die Wahrnehmung einer Binnenproblematik (wie Menschenrechtsmissachtungen und unfähige Regierungen) ist in Abnahme begriffen. Dagegen werden die Ausbeutung der Entwicklungs- durch Industrieländer, der Zusammenhang zwischen ihrer Situation und unserem Wohlstand sowie ihrer Rolle als Rohstofflieferant sichtbar stärker genannt. Bezeichnenderweise wird diese erspürte Verantwortung der Industrieländer durch die leicht verstärkte Annahme begleitet, dass man auch als Individuum einen kleinen Einfluss auf die Lösung der Weltprobleme hat.

Wie bisher gilt das Hungerproblem als wichtigste Konfliktquelle der Weltpolitik; Fundamentalisten und Flüchtlingsströme folgen dahinter. Nicht mehr zu den wichtigsten Problemquellen zählt das Bevölkerungswachstum.

Insgesamt zeigt sich die Problemsicht leicht globalisierter und interdependenter, während die Mitverantwortung an Problemen von Entwicklungsländern leicht verstärkt gespürt und eine positive Einflussnahme weniger stark ausgeschlossen wird.

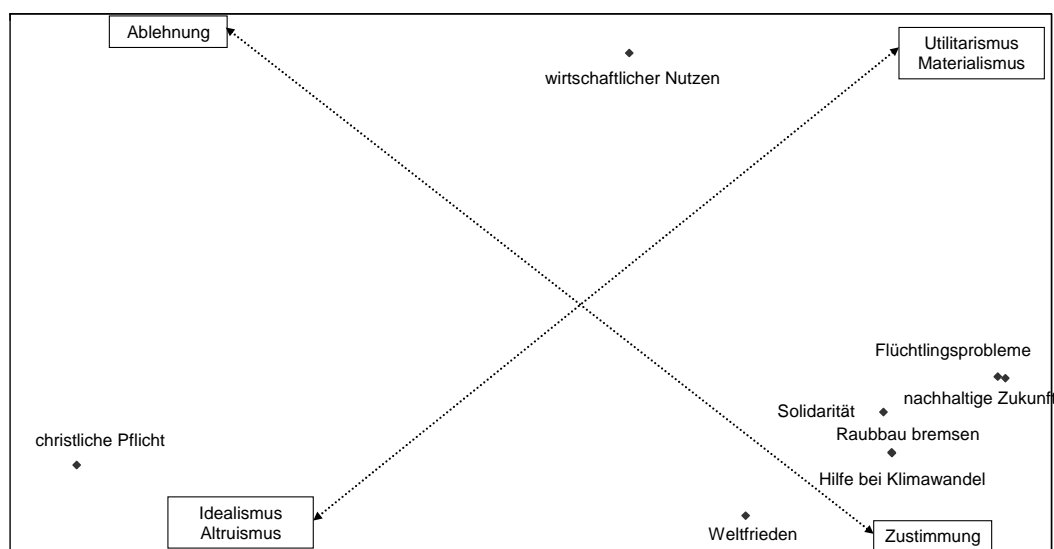
Vor allem Linksstehende nennen mehr Konfliktquellen, fühlen sich aber weniger machtlos als Rechtsstehende. Für Linke sind vor allem bei den Finanzströmen, im Welthandel und bei den Treibhausgasen Probleme zu suchen, für Rechte beim fehlenden Schutz der einheimischen Wirtschaft.

Im Rahmen der veränderten Umfeldsicht zeigt sich eine sichtbar andere Begründungsbasis: So erreichen gerade Elemente rund um Nachhaltigkeit, Klimawandel und Eindämmen von Raubbau 2014 neu Werte über 80 Prozent Zustimmung zu einer solchen Begründung für Entwicklungshilfe. Damit ist gerade diese Dimension neu gleich relevant wie der letztmals oben ausschwingende Solidaritätsgedanken. Daneben haben faktisch auch alle anderen Begründungen an Zustimmung hinzugewinnen können.

## Grafik 2

### Zweidimensionale Skalierung der Ansichten zur Entwicklungszusammenarbeit

"Es gibt verschiedene Ansichten, warum man Entwicklungszusammenarbeit leisten sollte. Sind Sie mit den folgenden Aussagen sehr einverstanden, einverstanden, mehr oder weniger einverstanden, nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden? Wir sollen Entwicklungszusammenarbeit betreiben ..."



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

So zeigen sich drei Begründungsmuster: ein utilitaristisch-materialistisches, ein idealistisch-altruistisches und ein Begründungsmuster mit Blick auf die zu lösenden globalen Probleme, das von allen politischen Lagern getragen wird.

Sichtbare Akzeptanz äussern die Schweizer Stimmberechtigten auch in Bezug auf die genutzten Intermediäre/Partner von Entwicklungshilfe, insbesondere Entwicklungsländer im Süden, Hilfswerke, UNO-Organisationen und neu auch die Weltbank.

Nach wie vor wird die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes auf allen untersuchten Dimensionen in der Art der Leistungserbringung als korrekt eingestuft, wobei unverändert die Professionalität das wichtigste Asset darstellt. Sie gilt zudem als sichtbar weniger stark bürokratisch als 2009. Weiter wird vermutet, dass der Bund eher sparsam ist. Im Fünfjahresvergleich gilt seine Arbeit wieder stärker als wirksam. Praktisch unverändert ist die Entwicklungszusammen-

menarbeit in der Wahrnehmung auf die Hilfe für die Armen und Gemeinschaften ausgerichtet.

Linke halten die Arbeit eher für professionell, sparsam, wirksam, an die lokalen Umstände angepasst und Selbstständigkeit schaffend. Rechte sind kritischer bei den Finanzen, da sie die Arbeit als weniger sparsam taxieren. Personen, die sich nicht auf der Links-Rechts-Achse verorten, neigen stärker zu den Werten dilettantisch, bürokratisch, Abhängigkeiten schaffend, nicht an die lokalen Umstände angepasst und nutzlos.

Die Beurteilung der privaten Hilfswerke unterscheidet sich nur gering von derjenigen des Bundes: Beide Akteure scheinen ihren Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit auf eine ausgesprochen ähnliche Art zu erbringen, negative Ausreisser finden sich bei beiden nicht. Der Bund wird in der Tendenz professioneller, die privaten Hilfswerke werden als etwas unkomplizierter und angepasster an die lokalen Umstände beurteilt.

Im Hintergrund der Einschätzungen steht ein teilweise imperfekter Wissensstand, auch in Bezug zur Finanzierung: Erstens geht die Mehrheit fälschlicherweise davon aus, dass die über Spende finanzierte Entwicklungszusammenarbeit einen ähnlichen Umfang wie die vom Bund geleistete Entwicklungszusammenarbeit aufweist.

Zweitens ist den Stimmberechtigten grossmehrheitlich bewusst, dass Entwicklungshilfe nicht der wichtigste Ausgabenposten im Bundesbudget darstellt, allerdings weiss nur rund ein Viertel, dass die Ausgaben hierzu von allen abgefragten Budgetposten an letzter Stelle steht. Drittens geht die Mehrheit korrekterweise davon aus, dass die Schweiz im internationalen Vergleich etwa gleich viel wie andere Industrieländer ausgibt. Viertens überschätzt die Mehrheit jedoch den absoluten Betrag, der in die Entwicklungshilfe fliesst. Rechte überschätzen die Entwicklungshilfe im internationalen Vergleich und in absoluten Zahlen tendenziell.

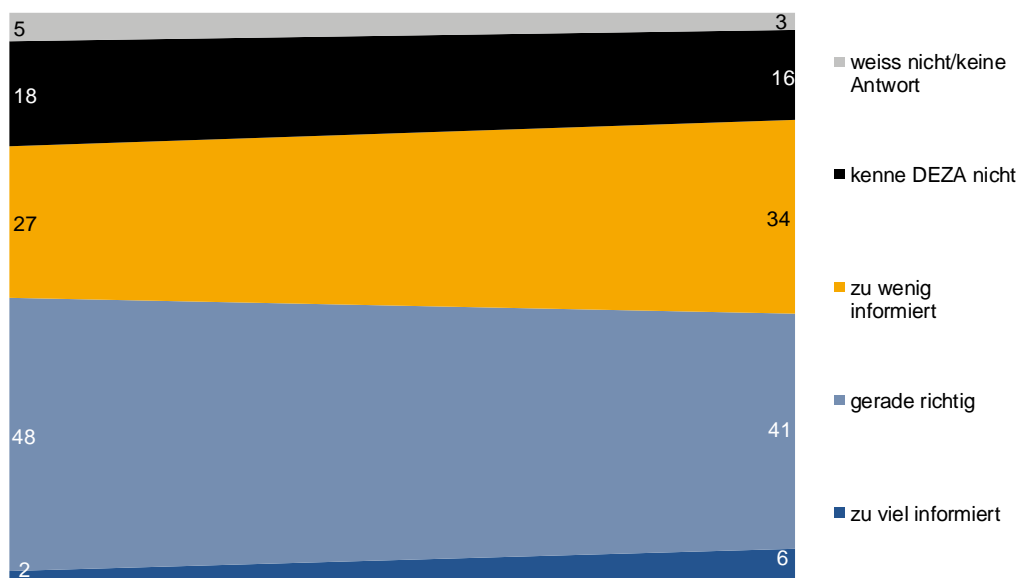
Auch wenn alle Fehlwahrnehmungen von der Diskrepanz her keineswegs dramatisch sind, ist doch eine solche Fehleinschätzung gerade in Bezug auf finanzielle Fragen und in der Folge daraus abgeleiteten Forderungen an die Entwicklungszusammenarbeit nicht unerheblich. Trotz dieser partiellen Fehlwahrnehmungen wird von 80 Prozent der Stimmberechtigten die vom Bundesrat und Parlament beschlossene Erhöhung akzeptiert, selbst von Rechten und politisch Ungebundenen.

Caritas und das Rote Kreuz bleiben beiden die bekanntesten privaten Hilfswerke. Die DEZA hat an Bekanntheit eingebüsst und wird nur noch von minderheitlichen 43 Prozent (ungestützt) als offizielle Stelle des Bundes für die Entwicklungszusammenarbeit genannt.

## Trend Informiertheit DEZA

"Finden Sie, dass Sie konkret von der DEZA (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit) über die Probleme der Entwicklungsländer zu viel, gerade richtig, oder zu wenig informiert werden? Falls Sie die DEZA nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter



August 2009

August 2014

© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Die Korrektur von Fehlwahrnehmungen ist dabei nicht einfach durch eine Verstärkung der bisherigen Kommunikation zu leisten. Gut ein Drittel aller Schweizer Stimmberechtigten fühlt sich in Fragen bezüglich Entwicklungszusammenarbeit zu wenig informiert – bei politisch Linksstehenden ist es die Hälfte. Gerade der Informationswunsch gegenüber der DEZA ist innert der beobachteten Fünfjahresfrist sichtbar angewachsen.

Hauptinformationsmedium über die Entwicklungsländer bleibt das Fernsehen, wenn auch mit stetig schrumpfendem Anteil. Zunehmend informiert man sich über Freunde und Bekannte sowie das Internet.

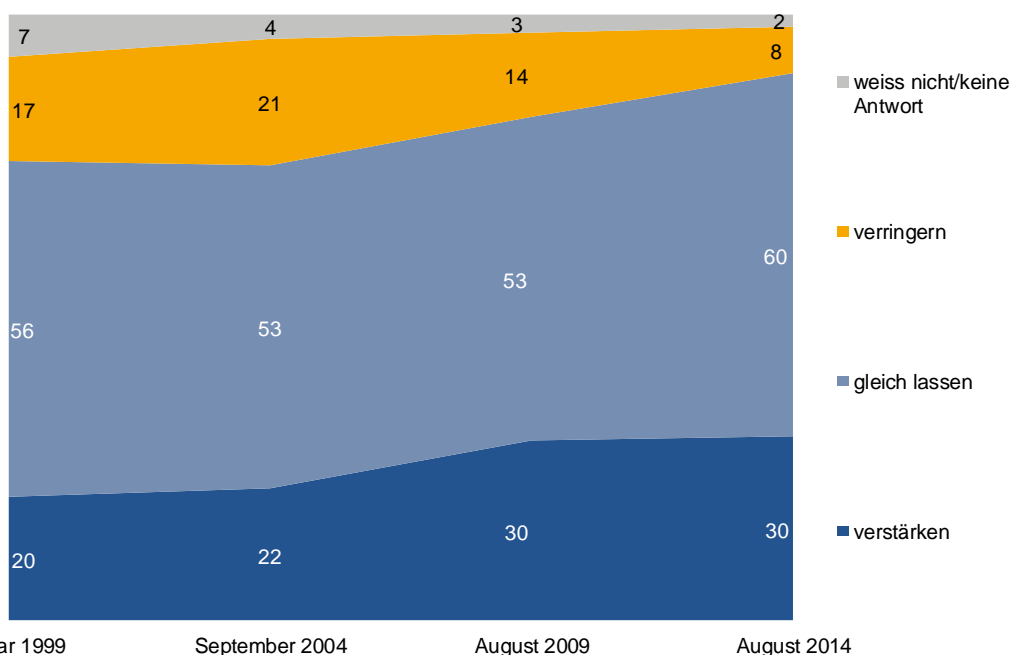
Minim zurückgegangen ist der Bevölkerungsanteil, der über die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes informiert wurde. Auch hierbei wurden die Informationen vor allem, aber in abnehmendem Masse über das Fernsehen verbreitet.

Im Kern der Forderungshaltung gegenüber der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit steht Stabilität: Leicht angewachsene 60 Prozent wollen die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit auf dem aktuellen Niveau belassen. Ein Ausbauwunsch ist unter Linken deutlicher, aber nicht mehrheitlich vorhanden. Der Wunsch nach verstärkter Unterstützung des Bundes von Hilfswerken ist auf tiefem Niveau leicht angewachsen. Die Meinung, dass zumindest ein Teil der Gelder in der Schweiz ausgegeben werden soll, bleibt mehrheitlich. Namhafte Kritik an diesem Vorschlag kommt von Linksstehenden.

## Trend Anpassung Entwicklungszusammenarbeit Schweiz

"Sollte die Schweiz ihre Entwicklungszusammenarbeit verstärken, gleich lassen oder verringern?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Entwicklungshilfe wird nicht nur von einer altruistischen Warte aus betrachtet: Immerhin fast ein Drittel ist der Meinung, dass die Entwicklungshilfe dazu beitragen soll, die Anzahl Flüchtlinge in die Schweiz zu verringern. Ein Drittel, aber weniger als vor zehn Jahren, ist der Meinung, dass schweizerische Wirtschaftsinteressen nicht im Vordergrund stehen dürfen. Linke wollen eher eine unabhängige als von Wirtschaftsinteressen geleitete Entwicklungszusammenarbeit, bei den Rechten ist es umgekehrt.

Um die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern zu verbessern, würde man neu vor allem die weltwirtschaftlichen Spielregeln zugunsten der ärmeren Länder neu definieren. Nur noch ein Drittel sieht Priorität in Reformen in den Südländern selber.

Weniger als ein Drittel würde zur Behebung der Weltprobleme Geld an eine Hilfsorganisation spenden. Vor zehn Jahren war noch mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten dazu bereit. Primär wird versucht, durch eine bewusste Lebensweise einen Beitrag zu leisten.

Ganz oben auf der Agenda stehen Massnahmen gegen den Klimawandel. Deutlich an Wichtigkeit zugenommen haben verstärkte Mitsprache der Entwicklungsländer, verstärkte Entwicklungszusammenarbeit, Veränderung der Weltwirtschaftsstrukturen und ein bescheidener Lebensstil.

Mehr Engagement im Bereich der Wasserversorgung und die Förderung des fairen Handels durch die Schweizer Entwicklungspolitik sind relativ unbestritten. Dazu zählt auch (wieder) ein Waffenexportverbot in Entwicklungsländer, Engagement gegen globale Probleme und klare Zielvorgaben und -überprüfungen für die Entwicklungsprojekte.

## 1.1 Datenbasis

Die Ergebnisse der Befragung "Entwicklungspolitik 2014" basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1209 Schweizer Stimmberechtigten aus der ganzen Schweiz. Die Befragung wurde dabei zwischen dem 18. August und dem 7. September 2014 mittels persönlicher Face-to-Face-Interviews von gfs.bern realisiert. Der statistische Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen beträgt:

Tabelle 1

### Stichprobenfehler

#### Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung

Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1200	± 2.9 Prozentpunkte	± 2.3 Prozentpunkte
N = 1000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N = 600	± 4.1 Prozentpunkte	± 3.3 Prozentpunkte
N = 100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N = 50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.



# 2 Einleitung

## 2.1 Mandat und Zielsetzung

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA beauftragte das gfs.bern, die seit 1984 in Abständen von fünf Jahren regelmässig durchgeführten repräsentativen Meinungsumfragen zur schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit 2014 zu wiederholen. Im Fokus der Analyse steht dabei die Wahrnehmung und Akzeptanz von Fragen rund um die Entwicklungszusammenarbeit.

Der hier vorliegende Schlussbericht umfasst aus der Befragung gewonnene Ergebnisse und schliesst die Berichterstattung ab.

## 2.2 Thesen 2009

Die Erkenntnisse aus der Befragung 2009 liessen sich mit fünf Thesen zusammenfassen:

### These 1/2009

Die Schweizer Stimmberechtigten bewerteten 2009 ihre Haltung und Einstellung gegenüber der Entwicklungszusammenarbeit neu.

Diese erste Erkenntnis war 2009 gleichzeitig auch die zentrale. Wir beobachteten während der gesamten Analysearbeit 2009 ausgesprochen viele Veränderungen gegenüber 2004, die sich aufgrund der Befragung nur bedingt erklären liessen. Es lag nahe, diese Veränderungen mit den Ereignissen rund um die Wirtschaftskrise und einer andersartigen weltpolitischen Lageanalyse zu erklären. In diesem Rahmen entschieden die Schweizer Stimmberechtigten auch situativ, was sie interessiert und was nicht – Entwicklungszusammenarbeit stand in dieser individuellen Agenda weniger weit vorne als noch 2004.

Allerdings führte diese Veränderung keineswegs dazu, dass die Entwicklungszusammenarbeit grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Nach wie vor wurde die schwierige Situation der Entwicklungsländer (an-)erkannt. Ebenso unverändert fanden sich klare Mehrheiten, welche dieser Schwierigkeit mit Entwicklungszusammenarbeit begegnen wollten.

### These 2/2009

Mitverantwortung ist als Begründung für Entwicklungszusammenarbeit 2009 weniger zentral.

Mit der Besinnung auf andere gesellschaftliche Probleme nahm auf der anderen Seite auch das Gefühl von Mitverantwortung für die Situation in Entwicklungsländern ab. Die Schweizer Stimmberechtigten gingen deutlich weniger davon aus, für die Situation von Entwicklungsländern mitverantwortlich zu sein. Entwicklungszusammenarbeit wurde damit weniger als moralische Verantwortung des Westens gegenüber Entwicklungsländern verstanden. Diese Verschiebung war ein wichtiger Grundpfeiler dafür, dass die Schweizer Stimmberechtigten der Entwicklungszusammenarbeit weniger Beachtung schenkten: Es stellten sich 2009 weniger Fragen von Verantwortung, sondern lediglich Fragen eines ungelösten Problems. Entsprechende Massnahmen zur Lösung erschienen auf dieser Basis weniger zwingend. Es mag so nicht zu erstaunen, dass gerade individuelle Beiträge, welche über Spenden hinausgehen, gegenüber 2004 sichtbar abgenommen hatten.

### **These 3/2009**

Der Nutzen von Entwicklungszusammenarbeit wird 2009 verstärkt im eigenen Land gesucht.

Zwar blieben Solidarität und die Korrektur von umweltbedingten Schäden die wichtigsten Gründe um in Entwicklungsländern tätig zu werden, standen 2009 aber weniger alleine im Zentrum. Wachsende Wichtigkeit hatte der direkte Nutzen für die eigene Wirtschaft. Mit der gleichen Stossrichtung befürworteten die Schweizer Stimmberechtigten mehrheitlich die Ansicht, dass unter der finanziellen Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit Bedürftige in der Schweiz nicht benachteiligt werden sollen. Dies kann durchaus als Wunsch verstanden werden, dass gerade bei der Hilfe gegen Armut im Ausland der Kampf gegen die Armut im Inland nicht vergessen gehen soll. Bei zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten wuchs diese Forderung in ihrer Bedeutung.

### **These 4/2009**

Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit gilt nach wie vor als sinnvoll ausgestaltet.

Nichtsdestotrotz entstand durch die beobachteten Neubewertungen kein komplett neues Bild der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit galt nach wie vor als finanziell richtig ausgestaltet. Die gewählten Kooperationsformen mit privaten Hilfswerken und direkt mit Entwicklungsländern erachteten die Schweizer Stimmberechtigten ungebremst als die sinnvollsten. Die beiden Erbringer in der Schweiz – Bund und private Hilfswerke – galten nach wie vor als professionell und an den Armen ausgerichtet. Dies zeigte doch deutlich, dass die Schweizer Stimmberechtigten die Entwicklungszusammenarbeit als wichtig erachteten, auch wenn sie die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit 2009 verstärkt mit wirtschaftlichen Eigeninteressen verknüpfen wollten.

### **These 5/2009**

Im Rahmen der Neubewertung verändert sich auch die Informiertheit.

Kongruent mit der beobachteten veränderten Problemsensibilisierung fand sich unter den Schweizer Stimmberechtigten auch ein leicht schwächeres Faktenwissen zu Ausrichtung und Ausgestaltung der Schweizer Entwicklungshilfe. Dieses abgeschwächte Interesse fand sich auch in einer schwächeren Wahrnehmung von Massenmedien als Transporteure solcher Informationen. Es kann durchaus vermutet werden, dass Massenmedien zu diesen Themen nicht nur weniger wahrgenommen wurden, sondern grundsätzlich weniger informierten. Ausgenommen von dieser schwächeren Informiertheit war hingegen die öffentliche Hand. Gerade die DEZA wurde 2009 sichtbar stärker wahrgenommen als noch 2004.

Kurz: Die Wahrnehmung der Schweizer Stimmberechtigten zu schweizerischen und internationalen Problemfeldern veränderte 2009 die Wahrnehmung und Einstellung der Schweizer Stimmberechtigten zur Entwicklungszusammenarbeit. Aufgrund der Neubewertung explizit nicht geändert hatte sich hingegen die Ansicht, dass Schweizer Entwicklungszusammenarbeit sowohl vom Bund wie auch von privaten Hilfswerken 2009 als sinnvoll und korrekt ausgestaltet war.

## 2.3 Entwicklung seit 2009

Auch wenn gesellschaftliche Entwicklungen normalerweise ausgesprochen langsam geschehen, insbesondere im schweizerischen Konkordanzsystem, können Ereignisse zu einem Bruch bisheriger Interpretationsmuster führen und ein Weltbild entscheidend umdefinieren.

Seit der letzten Befragung 2009 hat eine ganze Reihe von Ereignissen stattgefunden, welche das Potenzial für eine Einflussnahme auf Wahrnehmung und Einstellung zur Schweizer Entwicklungszusammenarbeit haben.

### 2009

Wahl Obama zum Präsidenten der USA, sichtbare Entschärfung in der Wahrnehmung weltweiter Konflikte, Aufbruchsstimmung

weltweite Rezession

Annahme Minarett-Initiative

### 2010

WikiLeaks-Skandal

Vulkanausbruch in Island legt internationalen Flugverkehr lahm

Rettung von 33 verschütteten Bergleuten in Chile

Erdbeben in Chile und Haiti

Eskalation auf Korea-Halbinsel

### 2011

Tod von Bin Laden durch US-Spezialeinheiten

Schuldenkrise in Europa zwingt Regierungschefs zum Rücktritt (z.B. Griechenland, Italien)

Erdbeben in Japan mit anschliessendem Tsunami und Nuklearkatastrophe in Fukushima

Demonstrationen/Unruhen im Nahen Osten ("Arabischer Frühling")

Attentat in Norwegen (Oslo und Insel Utøya)

### 2012

Kreuzfahrtschiff Costa Concordia läuft auf Grund

Wladimir Putin wird wieder Präsident Russlands

Europäische Union bekommt Friedensnobelpreis verliehen

Barack Obama wird zum Präsidenten der Vereinigten Staaten wiedergewählt

### 2013

Ernennung Papst Franziskus

Anschlag auf den Boston Marathon

Einsturz eines Textilfabrikgebäudes in Bangladesch

Proteste in der Türkei gegen Regierung Erdogan

Jahrhunderthochwasser in Mitteleuropa

NSA-Skandal durch Whistleblower Edward Snowden

Umsturz des ägyptischen Staatspräsidenten Mohammed Mursi durch Militär

Zwei Unglücke von Flüchtlingsbooten vor Lampedusa/zwischen Malta und Lampedusa mit etlichen Todesopfern

Super-Taifun "Haiyan" über Philippinen (ca. 10'000 Todesopfer, ca. 4.3 Mio. Personen obdachlos)

Beginn der Massenproteste in der Ukraine

#### **2014**

Annahme Volksinitiative "Gegen Masseneinwanderung"

Krise in der Ukraine entwickelt sich zu bewaffneten Konflikt/Krieg

Absturz einer Malaysia-Airlines-Maschine über der Ostukraine

Terrororganisation Islamischer Staat IS ruft sich als Kalifat bezeichnenden Staat aus

US-amerikanischer Luftangriffe gegen IS-Truppen

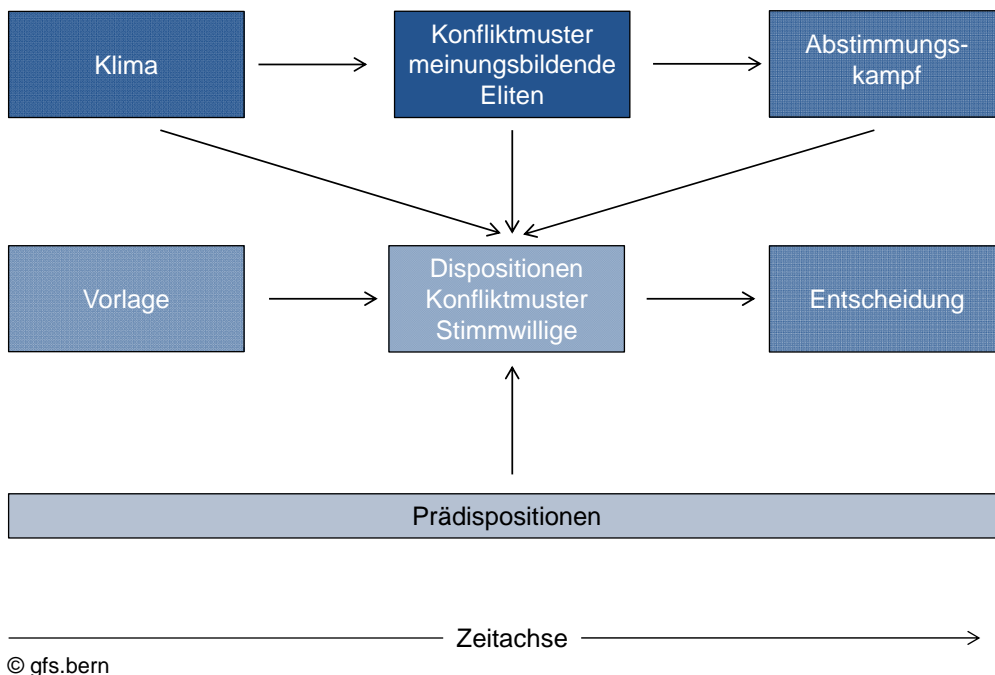
Ebola-Epidemie in Westafrika wird von WHO zum Internationalen Gesundheitsnotfall erklärt

## **2.4 Dispositionsansatz**

Grundlegend ist die These, dass Ergebnisse von Einstellungen, zum Beispiel Abstimmungen oder Handlungsrelevanz, nicht ein für alle Mal feststehen, sondern in einem gewissen Masse variabel sind. Wie sie ausfallen, ist abhängig von:

- dem Thema,
- dem Konfliktmuster in der meinungsbildenden Elite,
- einer öffentlichen Diskussion,
- der politischen Kultur und dem politischen Klima,
- den thematischen Prädispositionen und
- den Kampagnenwirkungen.

## Analytisches Schema des Dispositionsansatzes



© gfs.bern

Wichtige Elemente sind diesem Ansatz entsprechend nebst der "Entscheidung" also auch die "Kampagnen", die "Prädispositionen", das "Umfeld" beziehungsweise das "Klima" sowie die "Vorlage selbst" (im Falle einer konkreten Abstimmungsvorlage). Formalisiert werden Entscheidungen oder die Handlungsrelevanz als Funktion von Vorlagen, Kampagnen, Prädispositionen und des Umfeldes gesehen. Entscheidungen und Handlungsrelevanz variieren demnach, wenn sich mindestens eines dieser Elemente ändert. Allerdings können sie sich nicht beliebig entwickeln. So wird die Öffentlichkeitsarbeit durch das Umfeld und die Vorlage mitbestimmt und Prädispositionen ändern sich in der Regel nur langfristig oder nur als Folge von veränderten Umfeldbedingungen.

## 2.5 Fragebogen

Der Fragebogen baut zentral auf der Analysearbeit der vorangehenden Jahre auf und wurde für die Befragung 2014 gemeinsam mit den Auftraggebern überarbeitet und aktualisiert.

Wie bei Umfragearbeit bestens bewährt, wurde der Fragebogen in zwei Schritten erstellt: Im ersten Schritt wurden die Indikatoren bestimmt, die für die Überprüfung der Fragestellungen nötig sind. Im zweiten Schritt wurde ein Fragebogen formuliert, der sich für Bevölkerungsbefragungen eignet. Die Kunden waren während des gesamten Entstehungsprozesses aktiv eingebunden.

Bei der Formulierung der Botschaften und Modelle, die evaluiert werden sollten, ermittelten wir in einem ersten Schritt und in intensiver Zusammenarbeit mit den Auftraggebern die potenziell strittigen Einstellungen. In einem zweiten Schritt formulierten wir daraus die Kernaussagen.

Das Vorgehen beim Fragebogen folgte den Erfahrungen, die wir bei anderen Analysen aus dem Monitoringbereich gesammelt haben.

Tabelle 2

## Übersicht über die Module und Indikatoren der Monitorstudie "Entwicklungszusammenarbeit 2014"

<b>Haushalts-/Personenbezogene Merkmale</b>
Geschlecht
Alter
Schulabschluss
politische Ausrichtung
Berufstätigkeit
Zivilstand/Kinder
Einkommen/Haushaltsgrösse
Sprachregion/Siedlungsart
<b>subjektive Ebene</b>
Assoziationen zum Stichwort "Entwicklungsländer"
Beschreibung "Entwicklungsländer"
<b>globale Ebene</b>
Konfliktquellen Weltpolitik
Beeinflussung weltweiter Probleme
Beurteilung Globalisierung der Wirtschaft
grösste Probleme der globalisierten Weltwirtschaft
Beurteilung Massnahmen zur Behebung der Weltprobleme
<b>Ebene der Entwicklungsländer</b>
Veränderung Lage der Entwicklungsländer
Beurteilung Verbesserungen durch Regierungen von Entwicklungsländern
wichtigste Massnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Entwicklungsländern
<b>staatliche Entwicklungszusammenarbeit</b>
generelle Beurteilung Entwicklungszusammenarbeit des Bundes
Beurteilung Erhöhung Entwicklungszusammenarbeit des Bundes
Vorschläge zum Aus- und Umbau
Gründe für Entwicklungszusammenarbeit
Höhe der staatlichen Entwicklungshilfe im Vergleich zu den übrigen Industrieländern
Höhe der staatlichen Entwicklungshilfe im Vergleich zu den anderen staatlichen Leistungen
Beurteilung der Höhe und der Verwendung der staatlichen Entwicklungshilfe
Kenntnis der Bundesämter
Beurteilung der Arbeit der Bundesämter
Beurteilung verschiedener Ausbaumöglichkeiten der schweizerischen Entwicklungspolitik
<b>Vergleich private und staatliche Entwicklungszusammenarbeit</b>
Kenntnis der privaten Hilfswerke
Beurteilung der Arbeit der privaten Hilfswerke
<b>Beitrag der Schweizer Firmen</b>
Beurteilung des Engagements von Schweizer Firmen
<b>Informationsarbeit</b>
Beurteilung des persönlichen Kenntnisstandes im Bereich der Entwicklungspolitik
Informationskanäle

© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014

## 2.6 Befragung und Stichprobe

Die Ergebnisse der Befragung "Entwicklungspolitik 2014" basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1209 Schweizer Stimmberechtigten aus der ganzen Schweiz. Die Befragung wurde dabei zwischen dem 18. August bis 7. September 2014 mittels persönlicher Face-to-Face-Interviews von gfs.bern realisiert. Über die technischen Eckwerte dieser Umfrage orientiert die nachstehende Übersicht:

Table 3

### Technischer Kurzbericht Entwicklungszusammenarbeit 2014

<b>Auftraggeber</b>	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
<b>Grundgesamtheit</b>	Stimmberechtigte
<b>Befragungsgebiet</b>	gesamte Schweiz
<b>Herkunft der Adressen</b>	Strassenakquisition
<b>Datenerhebung</b>	Face-to-Face (FtF)
<b>Art der Stichprobenziehung</b>	Randomstichprobe für Befragungsorte, Quotenstichprobe für Befragte
<b>Befragungszeitraum</b>	18. August bis 7. September 2014
mittlerer Befragungstag	29. August 2014
<b>Stichprobengrösse</b>	minimal 1200, effektiv 1209 n DCH: 709, n FCH: 300, n ICH: 200
<b>Fehlerbereich</b>	± 2.9 Prozentpunkte bei 50/50 (und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit)
<b>Quotenmerkmale</b>	Alter/Geschlecht interlocked
<b>Schichtung nach</b>	Sprachregion
<b>Gewichtung nach</b>	Sprachregion
<b>Befragungsdauer</b>	
Mittelwert	52.0 Minuten
Standardabweichung	±9.1 Minuten

© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014

Bei einer Stichprobe entscheiden zwei Faktoren über die Qualität der später gewonnenen Aussagen massgeblich mit: Auf der einen Seite definiert sich die Datenqualität über die Grösse des **Stichprobenfehlers**. Dieser Index weist die Irrtumswahrscheinlichkeit und Irrtumsgrösse einer getroffenen statistischen Aussage aus. Einerseits setzt man bei der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist. Andererseits unterliegen statistische Aussagen einem Stichprobenfehler, welcher von der Grösse der Stichprobe und der Basisverteilung der Variable in der Bevölkerung abhängt, wobei der Fehler kleiner wird, je grösser die Stichprobe ist.

## Stichprobenfehler

### Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung

Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1200	± 2.9 Prozentpunkte	± 2.3 Prozentpunkte
N = 1000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N = 600	± 4.1 Prozentpunkte	± 3.3 Prozentpunkte
N = 100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N = 50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent  $\pm$  3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent  $\pm$  2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

© gfs.bern

Gerade bei Untergruppenanalysen weist die untersuchte Gruppe schnell weniger als 50 Befragte aus, was bei einem Stichprobenfehler von  $\pm$  14 Prozentpunkten eine adäquate Interpretation nahezu verunmöglicht. Deshalb nehmen wir keine Subgruppenanalysen unter 50 Fällen vor.

Das andere Element einer qualitativ hochstehenden Analyse ist die Gewährleistung von **Repräsentativität**. Repräsentativität bedeutet nichts anderes, als dass jede Person aus der Grundgesamtheit genau die gleiche Chance haben muss, an der Befragung teilnehmen zu können. Werden bei der Stichprobenziehung systematisch Gruppen ausgeschlossen, ist eine Befragung nicht repräsentativ.

Wir gewährleisten die Repräsentativität in unseren Face-to-Face-Befragungen durch eine gemischte Zufalls-/Quoten-Stichprobe:

- Die Ortsauswahl geschieht aufgrund des jeweils aktuellen Ortsverzeichnisses des Bundesamtes für Statistik. Dabei werden die Ortschaften nach ihrer Einwohnerzahl gewichtet, sodass alle Individuen die gleiche Chance haben, befragt zu werden. Die konkrete Ortsauswahl geschieht sprachregional geschichtet, sodass ein repräsentatives Abbild entlang der Sprachgrenzen gewährleistet ist.
- Die Personenauswahl in den einmal ermittelten Befragungszentren erfolgt nach einem Quotenverfahren, welches repräsentative Vorgaben für das Geschlecht und Alter macht. (Männer/18-39 Jahre: 15.9%, Männer/40-64 Jahre: 21.5%, Männer/65+ Jahre: 10.1%, Frauen/18-39 Jahre: 15.9%, Frauen/40-64 Jahre: 22.7%, Frauen/65+ Jahre: 13.9%).
- Die Ortschaften beziehungsweise Befragungszentren werden von Befragung zu Befragung neu ausgewählt, sodass die Wahrscheinlichkeit konstanter Interviews bei der gleichen Person sehr gering ist. Diese Methode verhindert auch, dass Befragende direkt an ihrem Wohnort beziehungsweise in ihrem Bekanntenkreis die Interviews realisieren.

Dieses dreistufige System garantiert eine systematische Zufallsauswahl und damit eine saubere Basis für statistische Auswertungen. Um in allen Sprachregionen genügend Fälle für eine gesicherte statistische Analyse zu erhalten, wurde eine Übergewichtung der italienisch- und französischsprachigen Schweiz vorgenommen. Im Datensatz wurde diese Übergewichtung mittels Gewichtungsfaktoren für Aussagen zur gesamten Schweiz wieder rückgängig gemacht.



## 2.7 Datenanalyse

Die neu generierten Daten werden wie folgt analysiert: Zuerst leisten wir die beschreibende Analyse. Dabei werden vor allem Häufigkeiten in Form von Prozentwerten beschrieben.

Zusammenhänge zwischen zwei Variablen, also beispielsweise zwischen der Beurteilung der Entwicklungszusammenarbeit und der Sprachregion, werden mittels Korrelationen gemessen. Das normalerweise verwendete Mass ist der Koeffizient Cramérs V. Der Vorteil dieser Masszahl ist, dass sie unabhängig vom Skalenniveau der Indikatoren verwendet werden kann. Damit bestimmen wir die Stärke des Zusammenhangs. Dieser ist umso stärker, je mehr das Cramérs V von Null differiert. Davon unterscheiden wir die Frage, ob der in der Befragung gefundene und gemessene Zusammenhang auch auf die Grundgesamtheit verallgemeinert werden darf. Hierfür verwendeten wir den üblichen Signifikanztest  $\chi^2$ . Damit kann man sagen, inwieweit die Untergruppen in sich selbst ein signifikantes unterschiedliches Verhalten an den Tag legen. In der Regel verwendeten wir ein Sicherheitsmass von 95 Prozent.

Gilt es, die Zusammenhänge zwischen mehr als zwei Variablen zu bestimmen, kommen multivariate Analysemethoden zum Einsatz:

Die Erklärung von Zusammenhängen zwischen mehreren unabhängigen Variablen und einer abhängigen Variable leistet die multivariate Regressionsanalyse. Diese basiert analog zu Korrelationen auf Koeffizienten, welche die Stärke des Zusammenhangs bestimmen. Der Unterschied zur Korrelationsrechnung besteht darin, dass die Regressionsanalyse nicht nur eine unabhängige Variable ausmisst, sondern eine beliebige Zahl von Variablen einbeziehen kann. Dies kommt komplexen Realitäten deutlich näher. Die Regressionsanalyse bestimmt auf diese Weise, welche der unabhängigen Variablen wie stark auf die abhängige Variable wirken, wenn man die Effekte der anderen unabhängigen Variablen mitberücksichtigt. Dabei stellt man auf den Beta-Koeffizienten ab. Es gibt wie bei der Korrelationsrechnung ebenfalls Sicherheitsmasse, die angeben, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein in der Stichprobe gefundener Zusammenhang auch in der Grundgesamtheit gilt. Konkret handelt es sich auch hier um den Signifikanztest, der analog zur obigen Beschreibung funktioniert.

Der Vergleich von Variablen auf der Ebene der einzelnen Antworten wird durch die multidimensionale Skalierung geleistet. Diese vergleicht die Antworten zu mehreren Fragen miteinander und identifiziert so Muster. Die Variablen werden als Punkte in einem (zweidimensionalen) Diagramm dargestellt, wobei ähnliche Variablen näher beieinander liegen als voneinander unterschiedliche Variablen. Der Vorteil dieses Vorgehens besteht darin, rasch verwandte und unverwandte Indikatoren bestimmen zu können, ohne dass aber die Gründe für die Verwandtschaft von allein ersichtlich würden. Eingesetzt wird diese Methode, um sich einen raschen Überblick über einzelne Elemente zu verschaffen, die aufgrund ihrer Beurteilungen durch die Stimmberechtigten verwandt sind.

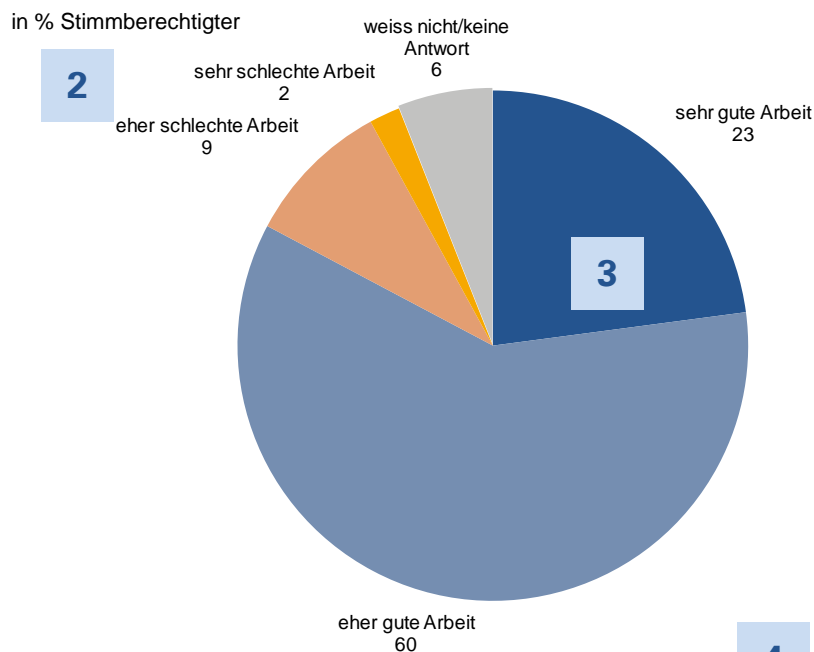
## 2.8 Grafische Aufbereitung

Alle im Schlussbericht enthaltenen Grafiken liegen dem gleichen Schema zugrunde, welches im Folgenden kurz erläutert wird:

Grafik 6

### Beurteilung Entwicklungszusammenarbeit des Bundes 1

"Wie beurteilen Sie die Arbeit des Bundes in der Entwicklungszusammenarbeit ganz generell? Leistet der Bund aus Ihrer Sicht bei der Entwicklungszusammenarbeit sehr gute Arbeit, eher gute Arbeit, eher schlechte Arbeit oder sehr schlechte Arbeit?"



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209) 4

1

Im Titel lässt sich sowohl eine schlagwortartige Zusammenfassung der Frage, als auch in Anführungszeichen der genaue Fragetext ablesen. Der Fragetext selber wird von unseren Interviewenden auf Schweizerdeutsch, Französisch oder Italienisch vorgetragen.

2

Die Referenzgrösse gibt darüber Aufschluss, auf welche Gruppe sich die Auswertung in der Grafik bezieht. In den meisten Fällen sind dies die Stimmberechtigten der Schweiz.

3

In grafischer Form werden die Ergebnisse dargestellt. Je nach angestrebter Aussage visualisieren wir Resultate mittels Kuchen-, Balken-, Säulen-, Flächen- oder Liniengrafiken.

Für die Darstellung von Zusammenhängen werden Regressionsanalysen und multidimensionale Skalierungen verwendet. Ausführungen dazu finden sich bei den entsprechenden Grafiken.

4

Der Fusszeile entnimmt man sowohl den Zeitraum der Befragung (August/September 2014) als auch die Anzahl der befragten Personen, welche für die Aussage in der entsprechenden Grafik relevant sind (N = 1209).

# 3 Befunde

Die Befunde gliedern sich in die folgenden Unterkapitel:

## **Kapitel 3.1 Beurteilung**

Das erste Kapitel beschreibt die generelle Beurteilung der Entwicklungszusammenarbeit und die Lage der Entwicklungsländer.

## **Kapitel 3.2 Umfeld**

Im nächsten Kapitel werden das Umfeld, also die vermuteten Probleme und Konfliktfelder, sowie die Umschreibungen und Assoziationen zu Entwicklungsländern aufgeführt.

## **Kapitel 3.3 Begründungen**

Kapitel 3.3 untersucht, womit die Stimmberechtigten Entwicklungszusammenarbeit begründen.

## **Kapitel 3.4 Wirkung**

Das darauffolgende Kapitel behandelt die Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit, aufgeschlüsselt nach mehreren Faktoren.

## **Kapitel 3.5 Kenntnisstand**

Im nächsten Kapitel wird der ungefähre Kenntnisstand der Bevölkerung vor allem zu den Ausgaben der Entwicklungszusammenarbeit sowie den Akteuren untersucht.

## **Kapitel 3.6 Informationsarbeit**

Im vorletzten Befundekapitel beschreiben wir, ob und wie die Stimmberechtigten über Entwicklungszusammenarbeit informiert wurden.

## **Kapitel 3.7 Forderungen**

Das letzte Befundekapitel behandelt Forderungen, wie die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit in Zukunft ausgestaltet werden soll.

## **Kapitel 4.0 Synthese**

Im Anschluss an die Befunde nimmt das Synthesekapitel die wichtigsten Ergebnisse auf und rundet den Schlussbericht ab.

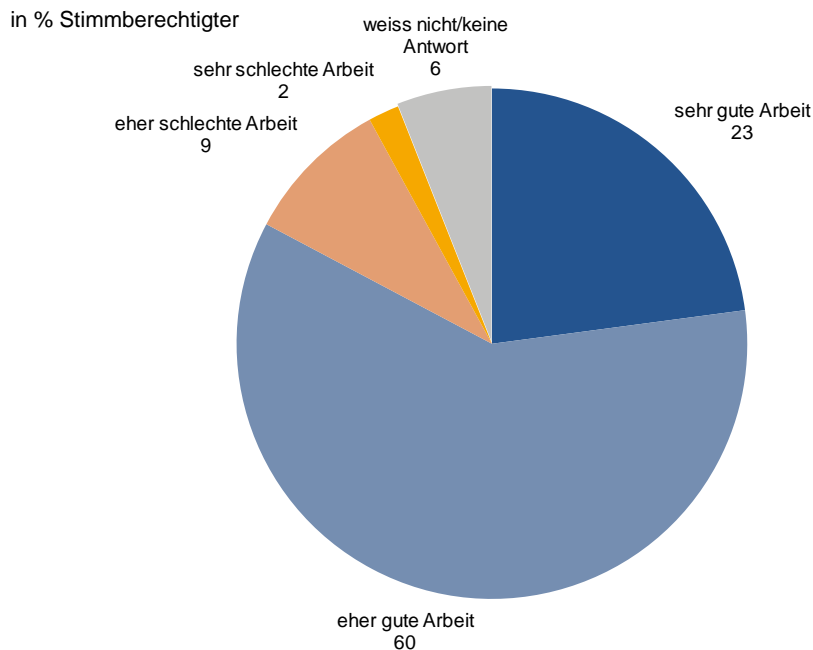
## 3.1 Beurteilung

Grundsätzlich vermag die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes mehrheitlich, wenn auch nicht uneingeschränkt, zu überzeugen:

Grafik 7

### Beurteilung Entwicklungszusammenarbeit des Bundes

"Wie beurteilen Sie die Arbeit des Bundes in der Entwicklungszusammenarbeit ganz generell? Leistet der Bund aus Ihrer Sicht bei der Entwicklungszusammenarbeit sehr gute Arbeit, eher gute Arbeit, eher schlechte Arbeit oder sehr schlechte Arbeit?"



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

Die Wahrnehmung von schlechter Arbeit ist dabei an einem sichtbar kleinen Ort (11% sehr oder eher schlecht). Allerdings gilt gleiches auch für die Wahrnehmung von sehr guter Arbeit (23%). Die breite Masse geht von einer eher guten Arbeit aus (60%).

Diese grundsätzlich positive Beurteilung zieht sich durch alle Bevölkerungsschichten: Überdurchschnittlich kommt sie bei Personen mit einem hohen Bildungsabschluss, Verwitweten und Verheirateten (je 87% sehr und eher gute Arbeit) vor, unterdurchschnittlich bei Geschiedenen (77%), Personen in einer nicht-ehelichen Partnerschaft (75%), Personen, die sich politisch nicht verorten (78%), oder mit einem tiefen formalen Bildungsgrad (79%).

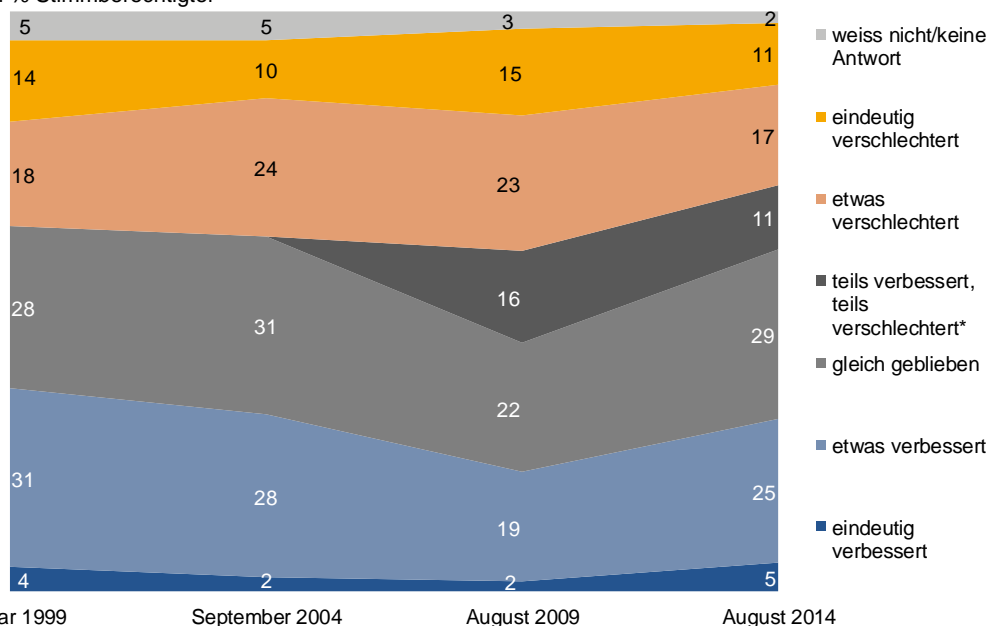
Damit zeigt schon dieser erste Blick, dass die Schweizer Stimmberechtigten der Entwicklungszusammenarbeit insgesamt wohlwollend gegenüberstehen, auf einer solchen wohlwollenden Grundstimmung hingegen durchaus gewisse Vorbehalte anbringen wollen.

Grafik 8

## Trend Veränderung Lage Entwicklungsländer letzte Jahre

"Wie hat sich die Lage in den Entwicklungsländern in den letzten 10 bis 20 Jahren Ihrer Meinung nach verändert?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200),

\* Kategorie existiert seit 2009

Dabei hat der Anteil Befragter, welcher in den letzten 10 bis 20 Jahren in Entwicklungsländern eine Verbesserung wahrgenommen hat, leicht zugenommen (30% eindeutig und etwas verbessert, +9), während die Gruppe von Personen mit wahrgenommener Verschlechterung sichtbar abgenommen hat (28% eindeutig oder etwas verschlechtert, -10). Insgesamt ist damit der Anteil von Personen, welcher eine (teilweise) Verschlechterung erwähnt, im Vergleich zu 2009 zurückgegangen und neu nicht mehr mehrheitlich. Allerdings findet sich auch nach dieser Korrektur ungebrochen keine mehrheitliche Wahrnehmung Richtung sichtbarer Besserstellung von Entwicklungsländern. Augenscheinlich ist damit aus Sicht der Stimmberechtigten Entwicklungszusammenarbeit auch 2014 nicht ein automatischer Garant für Entwicklungserfolg, gerade eindeutige Verbesserungen werden nur am Rand wahrgenommen. 40 Prozent (+2) haben keine Entwicklung wahrgenommen oder ziehen eine gemischte Bilanz.

Linke haben überdurchschnittlich oft Verbesserung (34%), Rechte Verschlechterungen wahrgenommen (33%). Verbesserungen wurden zudem häufiger in der französisch- (35%) und italienischsprachigen Schweiz (34%), von 18- bis 29- (34%) respektive 40- bis 49-Jährigen (33%) und Personen aus kleinen und mittleren Agglomerationen (34%) gesehen. Von Verschlechterungen gehen 60- bis 69-Jährige (38%) und Bewohnerinnen und Bewohner grosser Agglomerationen (32%) aus. Keine oder gemischte Veränderungen haben 50- bis 59-Jährige (49%), Linke und Personen aus Landgemeinden (je 46%) überdurchschnittlich wahrgenommen.

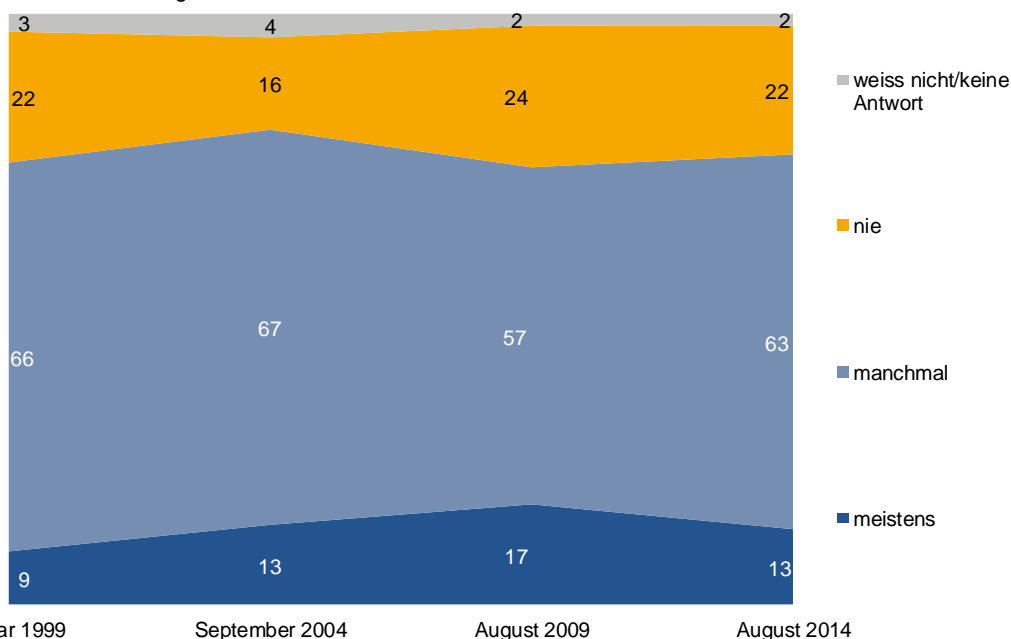
Die Wahrnehmung von Veränderungen scheint auf die Beurteilung der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes abzufärben: Wer eine (mehr oder weniger eindeutige) Verbesserung wahrnimmt, stellt der Arbeit des Bundes bessere Noten aus (89% sehr oder eher gute Arbeit). Bei einer wahrgenommenen Verschlechterung ist die Bewertung des Bundes (76%) auf hohem Niveau tiefer. Personen, die keine oder teils positive, teils negative Veränderungen sehen, sind zwischen den beiden anderen Gruppen anzusiedeln (83%).

Grafik 9

## Trend Verbesserung Lage durch Regierungen

"Versuchen die Regierungen der Entwicklungsländer selber wirklich ernsthaft ihre Lage zu verbessern? Ich meine meistens, manchmal oder nie?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Eine wieder anwachsende Mehrheit ist der Meinung, dass sie zumindest manchmal ernsthaft ihre Lage zu verbessern versuchen (63%). Weniger als ein Viertel geht davon aus, dass sie dies nie versuchen würden (22%, -2) und nur 13 Prozent (-4) geht meistens von guten Absichten der Regierungen aus.

Unter Rechten sind die Anteile, die nie (30%) und die meisten (30%) von ernsthaften Verbesserungen durch die lokalen Regierungen ausgehen, erhöht. Personen ohne politische Selbstverortung gehen unterdurchschnittlich oft davon aus, dass sie meistens gute Absichten hegen (7%). Das trifft auch auf grosse Agglomerationen (8%) und die französischsprachige Schweiz zu (7%). Letztere weist dafür höhere Anteile "manchmal" auf (70%).

### 3.1.1 Zwischenbilanz

Grundsätzlich vermag die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes mehrheitlich, wenn auch nicht uneingeschränkt, zu überzeugen: Die breite Masse geht von einer eher guten Arbeit aus.

Ein zunehmender Anteil hat in Entwicklungsländern eine Verbesserung wahrgenommen. Allerdings findet sich ungebrochen keine mehrheitliche Wahrnehmung Richtung sichtbarer Besserstellung. Linke haben überdurchschnittlich oft Verbesserung, Rechte Verschlechterungen wahrgenommen. Die Mehrheit ist der Meinung, dass Regierungen der Entwicklungsländer zumindest manchmal ernsthaft ihre Lage zu verbessern versuchen.

## 3.2 Umfeld

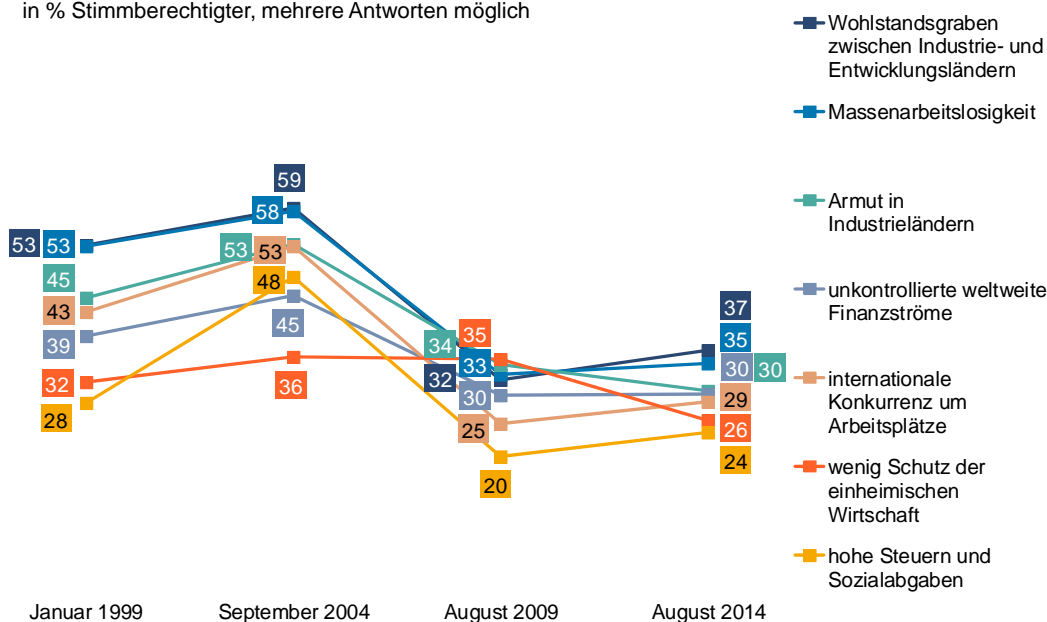
Das aktuelle internationale Umfeld wird, mit einer Ausnahme, im Vergleich zu 2009 nicht grundsätzlich anders eingestuft:

Grafik 10

### Trend Grösste Probleme der globalisierten Wirtschaft (1)

"Welches sind die grössten Probleme der globalisierten Weltwirtschaft?"

in % Stimmberechtigter, mehrere Antworten möglich



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Nach wie vor stehen die Wahrnehmung eines Wohlstandsgrabens zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern (37%, +5 Prozentpunkte gegenüber 2009), Massenarbeitslosigkeit (35%, +2), steigende Armut in Industrieländern (30%, -4) und unkontrollierte weltweite Finanzströme (30%, ±0) als die grössten Probleme der Globalisierung tendenziell im Vordergrund.

Bezeichnenderweise gehört "wenig Schutz der einheimischen Wirtschaft" (26%, -9) knapp nicht mehr zu dieser Spitzengruppe, während es 2009 noch das meistgenannte Problem darstellte. Damit lässt sich im Vergleich zu 2009 eine leichte Verschiebung weg von einer national-schweizerischen hin zu einer internationalen Problemsicht erkennen. Angesichts der Ereignisse und Diskussion der letzten fünf Jahre ist eine solche Prioritätenverschiebung gut nachvollziehbar.

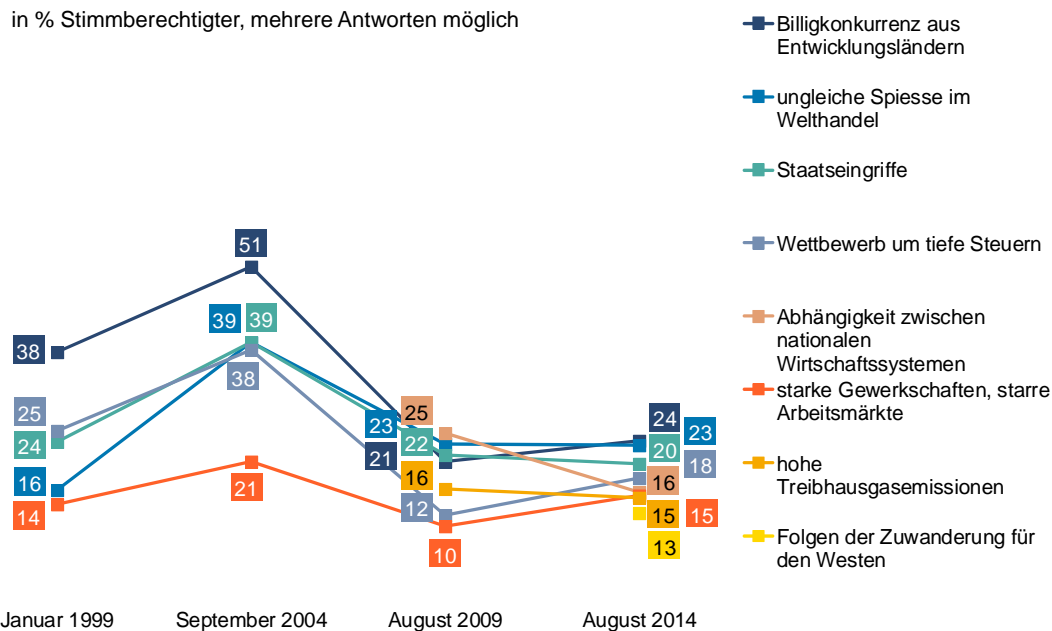
Indirekt schwingt die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz im Umfeld einer globalisierten Wirtschaft aber weiterhin mit: Die Befürchtung internationaler Konkurrenz um Arbeitsplätze und Löhne (29%, +4), tendenziell auch die befürchtete Billigkonkurrenz aus den Entwicklungsländern (24%, +3), haben im Fünfjahresvergleich zugenommen. Leicht häufiger werden auch die zu hohen Steuern und Abgaben genannt (24%, +4).

Von mindestens einem Fünftel werden wie bis anhin die ungleich langen Spiesse im Welthandel (23%, ±0), die zum Beispiels durch Exportsubventionen zustande kommen, und die Staatseingriffe (20%, -2) als Problem bezeichnet. Der Wettbewerb zwischen den Staaten um tiefe Steuern, weniger Sozialleistungen und weniger Umweltauflagen (18%, +6) sowie die starken Gewerkschaften und starren Arbeitsmärkte (15%, +5), haben innert fünf Jahren zwar an Bedeutung gewonnen, liegen aber unter der Nennhäufigkeit von 2004.

## Trend Grösste Probleme der globalisierten Wirtschaft (2)

"Welches sind die grössten Probleme der globalisierten Weltwirtschaft?"

in % Stimmberechtigter, mehrere Antworten möglich



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Weniger problematisch wird die Abhängigkeit zwischen den nationalen Wirtschaftssystemen in Wirtschaftskrisen beurteilt (16%, -9). 2009 war die Stimmung noch von der Finanzkrise geprägt, die im Sommer 2007 als Subprimekrise im US-Immobilienmarkt begann. Unterdessen ist die Finanzkrise aus den Medien und aus den Köpfen der Menschen wieder verschwunden.

Zu den geringeren Problemen der globalisierten Wirtschaft zählen die hohen Treibhausgasemissionen (15%, -1) und die negativen Folgen der Zuwanderung für den Westen (13%).

Die soziodemographischen Untergruppen gewichten die Probleme unterschiedlich: Auf der politisch linken Seite werden die internationalen Finanzströme (43%), die ungleichlangen Spiess im Welthandel (29%) und die Triebhausgase (23%) als stärkere Probleme gesehen, auf der rechten Seite der Schutz der einheimischen Wirtschaft (31%). Die internationalen Finanzströme (38%), die ungleichlangen Spiess im Welthandel (27%) und die Triebhausgase (21%) sind auch für hoch Gebildete wahrgenommene Probleme, zusätzlich zur Billigkonkurrenz (27%), zum Steuerwettbewerb (24%) und den nationalen Abhängigkeiten (22%).

In der französischsprachigen Schweiz werden die Massenarbeitslosigkeit (42%), die Armut in den Industrieländern (37%), die internationalen Finanzströme (37%) und die internationale Konkurrenz (36%) verstärkt wahrgenommen. Die Armut in den Industrieländern (36%), die internationalen Finanzströme (38%) und die internationale Konkurrenz (34%) sind zudem Probleme, die überdurchschnittlich in grossen Agglomerationen genannt werden, aber auch der Schutz der einheimischen Wirtschaft (33%) und die nationalen Abhängigkeiten (21%).

Hohe Steuern (29%) und Staatseingriffe (24%) sind Probleme aus Sicht der höheren Einkommensschichten, Billigkonkurrenz (29%) aus Sicht der höchsten Einkommensschicht. Die tiefste Einkommensschicht sieht Probleme in der Massenarbeitslosigkeit (43%) und den ungleichlangen Spiessen im Welthandel (31%).



Die 2009 beobachtete Verschiebung bei der Beurteilung, wer von der Globalisierung profitiert, setzt sich 2014 fort:

Grafik 12

## Trend Beurteilung Globalisierung

"Wie beurteilen Sie die Globalisierung der Wirtschaft? Bitte nennen Sie mir aus den folgenden Aussagen diejenige, welche aus Ihrer Sicht am meisten zutrifft."

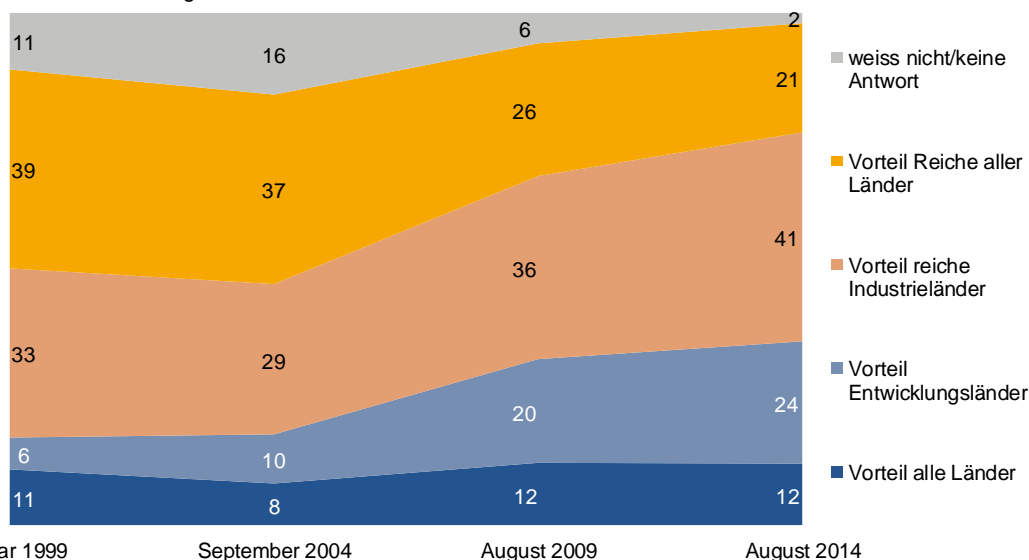
**Vorteil aller Länder** "Die Globalisierung bringt allen Ländern Vorteile."

**Vorteil Entwicklungsländer** "Die Globalisierung nützt eher den Entwicklungsländern."

**Vorteil reiche Industrieländer** "Die Globalisierung nützt eher den reichen Industrieländern."

**Vorteil Reiche aller Länder** "Die Globalisierung nützt eher den Reichen und schadet den Armen aller Länder."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Zunehmend sieht man die reichen Industrieländer insgesamt als Nutzniesser der Globalisierung (41%, +5). Eine zunehmende Minderheit sieht die Entwicklungsländer im Vorteil (24%, +4). Abnehmend ist hingegen die Meinung, dass die Reichen auf Kosten der Armen unabhängig vom Land profitieren (21%, -5). Alle drei Entwicklungen haben sich stärker zwischen 2004 und 2009 abgespielt und setzten sich nun in den letzten fünf Jahren weniger deutlich fort. Wie bis anhin glaubt aber nur eine kleine Minderheit, dass die Globalisierung allen Ländern Vorteile bringt (12%, ±0).

Die Altersgruppe zwischen 60 und 69 Jahren (33%) sowie die tiefste und die höchste Einkommensschichte (je 27%) sehen überdurchschnittlich die Reichen aller Länder als Globalisierungsgewinner. In Landgemeinden sind es überdurchschnittlich die Entwicklungsländer (29%), bei Personen mit tiefen (15%) und mittleren Bildungsabschlüssen (14%) alle Länder, die von der Globalisierung profitieren. Zwischen den politischen Lagern gibt es keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der generellen Beurteilung der Globalisierung.

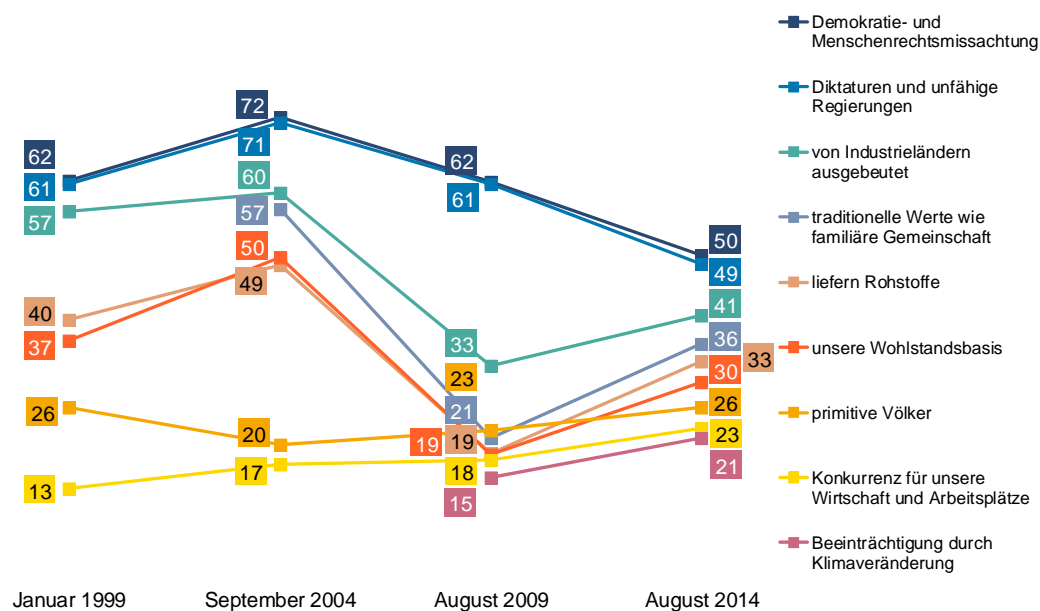
Mit der Verschiebung der Problemsicht auf die Globalisierung zeigt sich aber auch eine bemerkenswerte Verschiebung in der Wahrnehmung von Entwicklungsländern:

Grafik 13

## Trend Beschreibung Entwicklungsländer

"Welche der folgenden Beschreibungen der 'Entwicklungsländer' entspricht Ihren Vorstellungen am ehesten? Die 'Entwicklungsländer' sind ..."

in % Stimmberechtigter, mehrere Antworten möglich



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Auch wenn Entwicklungsländer zwar nach wie vor an erster Stelle mit einer Binnenproblematik versetzt werden – Demokratie- und Menschenrechtsmissachtung (50%, -12) sowie Diktaturen und unfähige Regierungen (49%, -12) –, sind gerade diese Elemente in Abnahme begriffen. Dagegen werden die wahrgenommene Ausbeutung der Entwicklungs- durch Industrieländer (41%, +8), der Zusammenhang zwischen ihrer Situation und unserem Wohlstand (30%, +11) sowie ihrer Rolle als unser Rohstofflieferant (33%, +14) sichtbar stärker genannt. Mit der leichten Erosion der Schweiz-Orientierung der Befragten tritt offenbar wieder verstärkt die Sicht einer westlichen Mitverantwortung an der Situation von Entwicklungsländern in den Vordergrund, was 2009 sichtbar weniger der Fall war.

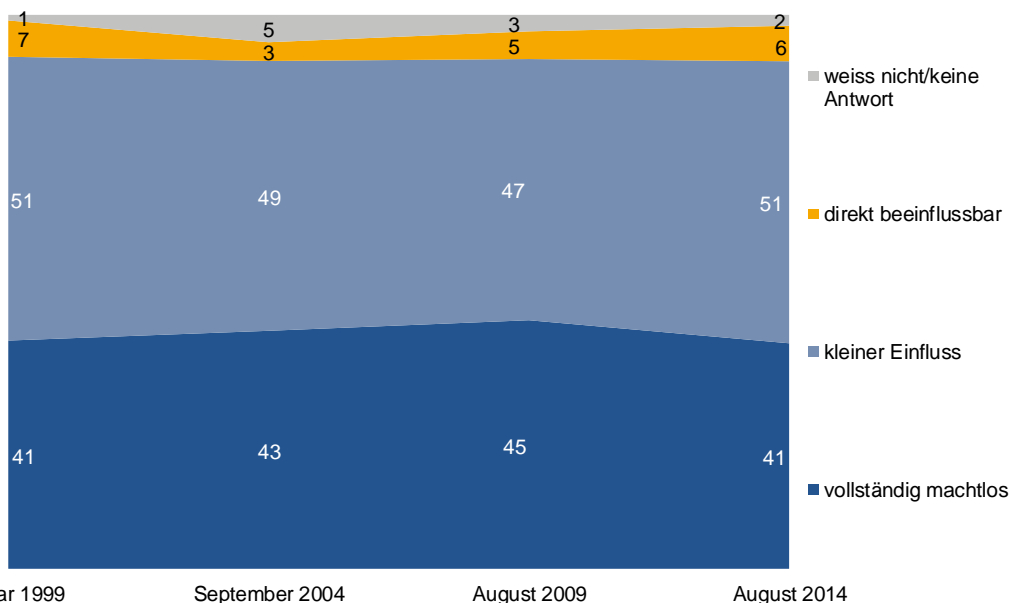
Erheblich angewachsen ist auch die Wahrnehmung von starken traditionellen Werten wie familiäre Gemeinschaft (36%, +15). Auf tiefem Niveau leicht angewachsen ist auch die Zuschreibung als Teil der Welt, wo "primitive Völker" leben (26%, +3), als Konkurrenz für die heimische Wirtschaft und Arbeitsplätze (23%, +5) und als Teil der Welt, der am stärksten durch den Klimawandel beeinträchtigt wird, aber am wenigsten dazu beiträgt (21%, +6).

Linke stellen eher einen Konnex zu traditionellen Werten (43%), Rohstoffen (41%) und den Beeinträchtigungen durch den Klimawandel (26%) her, während Rechte Entwicklungsländer stärker mit Diktaturen (56%), primitiven Völkern (38%) und ebenfalls traditionellen Werten (41%) assoziieren. Zu den Rohstofflieferanten zählen vor allem die Französischsprachigen (46%), Männer (38%) und die höchste Einkommensschicht (42%) die Entwicklungsländer. Die Vorstellung von primitiven Völkern ist zudem in den tiefsten Einkommens- (38%) und Bildungsschichten (31%) überdurchschnittlich vorhanden.

## Trend Beeinflussung Probleme oder machtlos

"Wenn Sie an weltweite Probleme wie Krieg, Hunger, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Unterentwicklung usw. denken, fühlen Sie sich dabei vollständig machtlos, wie jemand, der einen zwar kleinen, aber doch nicht zu vernachlässigenden Einfluss haben kann, oder glauben Sie, diese Probleme direkt beeinflussen zu können?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

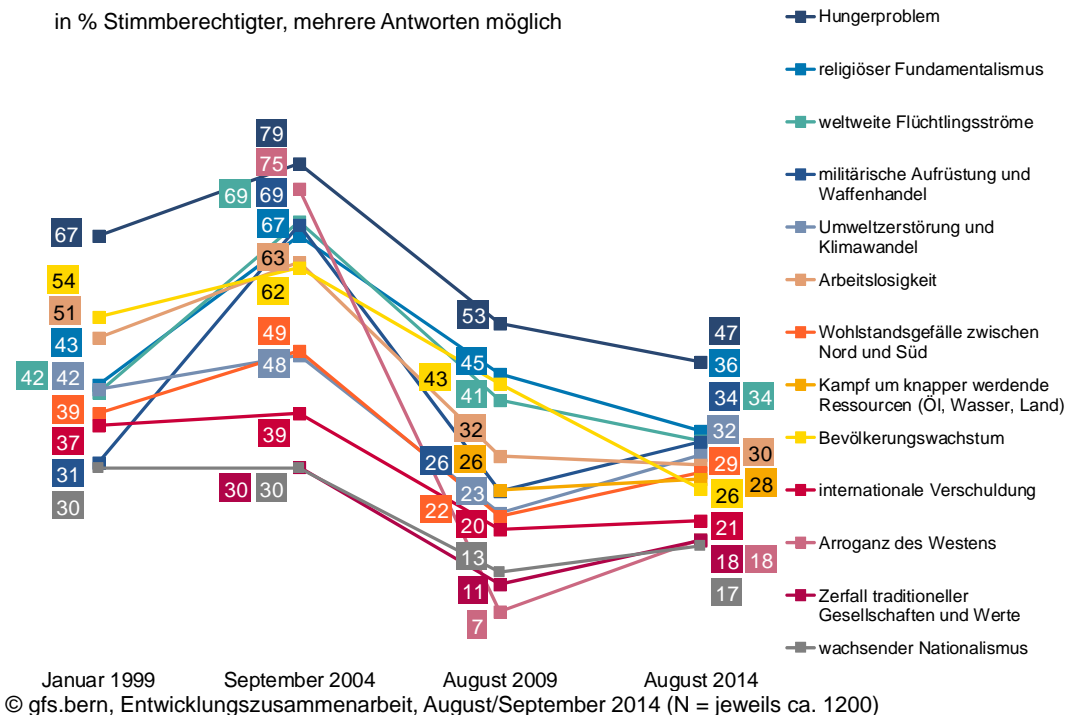
Bezeichnenderweise wird diese erspürte Verantwortung der Industrieländer durch die leicht verstärkte Annahme begleitet, dass man auch als Individuum einen kleinen Einfluss auf die Lösung der adressierten Weltprobleme hat (51%, +4). 41 Prozent (−4) fühlen sich vollständig machtlos und nur 6 Prozent (+1) gehen davon aus, dass sie die weltweiten Probleme direkt beeinflussen können. Damit hat sich die Einschätzung insbesondere langfristig nur geringfügig verändert – 1999 konnten wir praktisch dieselben Anteile messen.

Geschiedene (56%), aber auch politisch Rechtsstehende (47%) fühlen sich vollständig machtlos. Vor allem Linke (66%), überdurchschnittlich auch Ledige (56%), Verheiratete (54%), Bewohner von Landgemeinden (56%) oder grossen Agglomerationen (53%) denken, dass ihr Handeln zumindest einen kleinen Einfluss auf die globalen Probleme hat. In kleinen und mittleren Agglomerationen denken immerhin 10 Prozent, die Probleme direkt beeinflussen zu können.

## Trend Wichtigste Konfliktquellen der Weltpolitik

"Was sind Ihrer Ansicht nach die wichtigsten Konfliktquellen der Weltpolitik?"

in % Stimmberechtigter, mehrere Antworten möglich



Wie bisher gilt das Hungerproblem (47%, -6) als wichtigste Konfliktquelle der Weltpolitik, religiöse Fundamentalisten (36%, -9) sowie weltweite Flüchtlingsströme (34%, -7) folgen dahinter. Nicht mehr zu den wichtigsten Problemquellen wird das Bevölkerungswachstum gezählt (26%, -17). Damit werden die vier meistgenannten Konfliktquellen von 2009 in diesem Jahr seltener genannt, während fast alle anderen Antwortkategorien wichtiger sind als vor fünf Jahren. Damit ist die Spannweite zwischen wichtigeren und weniger wichtigen Konfliktquellen kleiner geworden. Den Stimmberechtigten fällt die Einschätzung der Bedrohungslage schwieriger. Grundsätzlich stellt alles eine mögliche Konfliktquelle dar und deren Gewichtung fällt weniger differenziert aus als noch 2009.

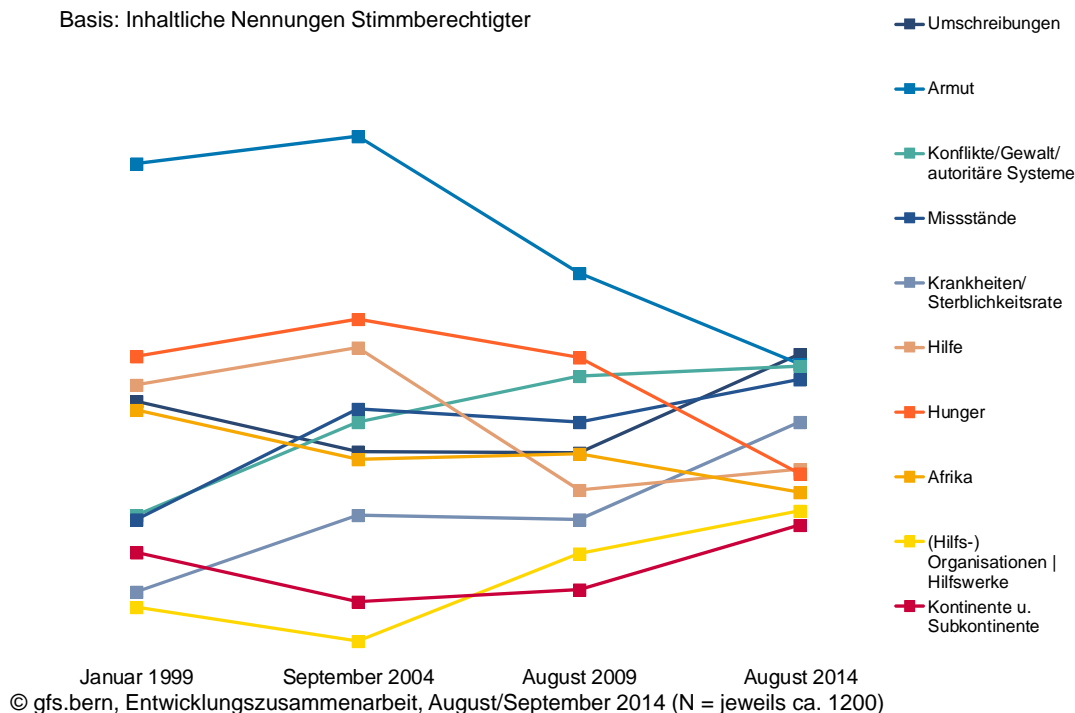
Zu den eher wichtigeren Konfliktquellen zählen die Stimmberechtigten in diesem Jahr die militärische Aufrüstung und den Waffenhandel (34%, +8) sowie die Umweltzerstörung und der Klimawandel (32%, +9). Relativ stabil liegen die Arbeitslosigkeit (30%, -2) und das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd (29%, +7) im Mittelfeld. Wie bis anhin weniger wichtig sind die internationale Verschuldung (21%, +1), die Arroganz des Westens (18%, +11), der Zerfall traditioneller Gesellschaften und Werte (18%, +7) und der wachsende Nationalismus (17%, +4), wenn auch der mit höherer Nennhäufigkeit als vor 5 Jahren.

Vor allem Linksstehende nennen mehr Konfliktquellen: Umweltzerstörung (44%), Waffenhandel (43%), knapper werdende Ressourcen (33%), internationale Verschuldung (27%), Nationalismus (24%) und das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd (35%). Letztere wird auch rechts der Mitte überdurchschnittlich wahrgenommen (34%), ebenso Hunger die Konfliktquelle (52%). Eine ähnliche, erhöhte Bedrohungswahrnehmung wie politisch Linksstehende haben auch Personen mit einem höheren Bildungsgrad, in grossen Agglomerationen oder der Romandie.

## Trend Assoziation Entwicklungsländer (1)

"Was fällt Ihnen ein, wenn Sie das Stichwort 'Entwicklungsländer' hören?"

Basis: Inhaltliche Nennungen Stimmberechtigter



Entwicklungsländer werden spontan weniger stark mit Armut und Hunger assoziiert als vor fünf oder gar vor zehn Jahren. Dennoch bleibt Armut eine der häufigsten Zuschreibungen. Über die Jahre zugenommen hat die Verknüpfung einerseits mit (bewaffneten) Konflikten und Diktaturen, andererseits mit Missständen allgemein (z.B. Korruption, Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung). Häufig werden für Entwicklungsländer auch andere Umschreibungen benutzt, wie "benachteiligte Länder" oder "nicht-industrialisierte Länder".

Zugenommen hat die Zuschreibung einer höheren Sterblichkeitsrate oder Krankheiten – nicht nur, aber auch wegen der Ebola-Epidemie in Westafrika. Trotzdem ist Afrika zwar immer noch die Region, der Entwicklungsländer zugeschrieben werden, aber der Unterschied zu den übrigen Kontinenten ist sichtbar kleiner geworden.

Insgesamt assoziieren die Stimmberechtigten mehrheitlich negative Aspekte mit dem Begriff Entwicklungsland. Erst im Mittelfeld erscheinen potentiell positive Begriffe wie Hilfe (inkl. Solidarität, Humanität etc.) sowie Hilfsorganisationen und Hilfswerke.

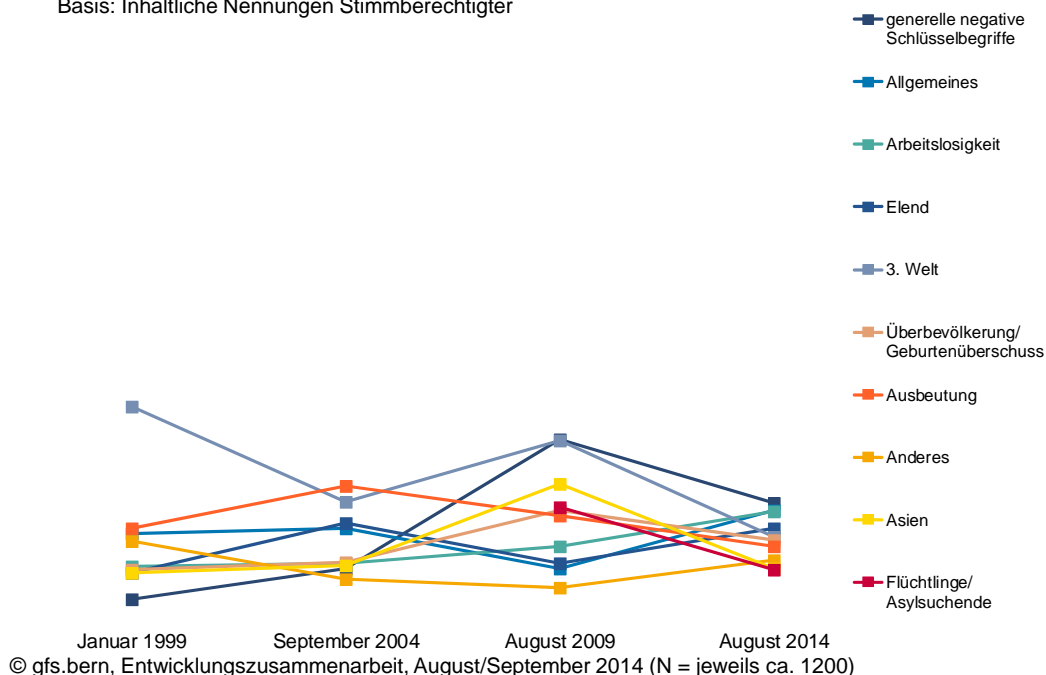
Die weiteren Themenbereiche wie Arbeitslosigkeit, Überbevölkerung oder Flüchtlingsströme werden vergleichsweise selten spontan genannt. Auch der aus dem Kalten Krieg stammende Begriff "3. Welt" geht in der Nennhäufigkeit zurück.

Insgesamt zeigt sich damit die Problemsicht leicht globalisierter und interdependenter, während die Mitverantwortung an den Problemen von Entwicklungsländern leicht verstärkt gespürt und eine positive Einflussnahme weniger stark ausgeschlossen wird, als noch 2009.

## Trend Assoziation Entwicklungsländer (2)

"Was fällt Ihnen ein, wenn Sie das Stichwort 'Entwicklungsländer' hören?"

Basis: Inhaltliche Nennungen Stimmberechtigter



### 3.2.1 Zwischenbilanz

Nach wie vor stehen die Wahrnehmung eines Wohlstandsgrabens, Massenarbeitslosigkeit, Armut in Industrieländern und unkontrollierte Finanzströme als die grössten Probleme der Globalisierung tendenziell im Vordergrund. Bezeichnenderweise gehört "wenig Schutz der einheimischen Wirtschaft" knapp nicht mehr zu dieser Spitzengruppe. Damit lässt sich eine leichte Verschiebung von einer nationalen zu einer internationalen Problemsicht erkennen.

Zunehmend sieht man die reichen Industrieländer insgesamt als Nutzniesser der Globalisierung. Abnehmend ist hingegen die Meinung, dass die Reichen auf Kosten der Armen unabhängig vom Land profitieren.

Die Wahrnehmung einer Binnenproblematik (wie Menschenrechtsmissachtungen und unfähige Regierungen) ist in Abnahme begriffen. Dagegen werden die Ausbeutung der Entwicklungs- durch Industrieländer, der Zusammenhang zwischen ihrer Situation und unserem Wohlstand sowie ihrer Rolle als Rohstofflieferant sichtbar stärker genannt. Bezeichnenderweise wird diese erspürte Verantwortung der Industrieländer durch die leicht verstärkte Annahme begleitet, dass man auch als Individuum einen kleinen Einfluss auf die Lösung der Weltprobleme hat.

Wie bisher gilt das Hungerproblem als wichtigste Konfliktquelle der Weltpolitik; Fundamentalisten und Flüchtlingsströme folgen dahinter. Nicht mehr zu den wichtigsten Problemquellen zählt das Bevölkerungswachstum.

Insgesamt zeigt sich die Problemsicht leicht globalisierter und interdependenter, während die Mitverantwortung an Problemen von Entwicklungsländern leicht verstärkt gespürt und eine positive Einflussnahme weniger stark ausgeschlossen wird.

Vor allem Linksstehende nennen mehr Konfliktquellen, fühlen sich aber weniger machtlos als Rechtsstehende. Für Linke sind vor allem bei den Finanzströmen, im Welthandel und bei den Treibhausgasen Probleme zu suchen, für Rechte beim fehlenden Schutz der einheimischen Wirtschaft.

### 3.3 Begründung

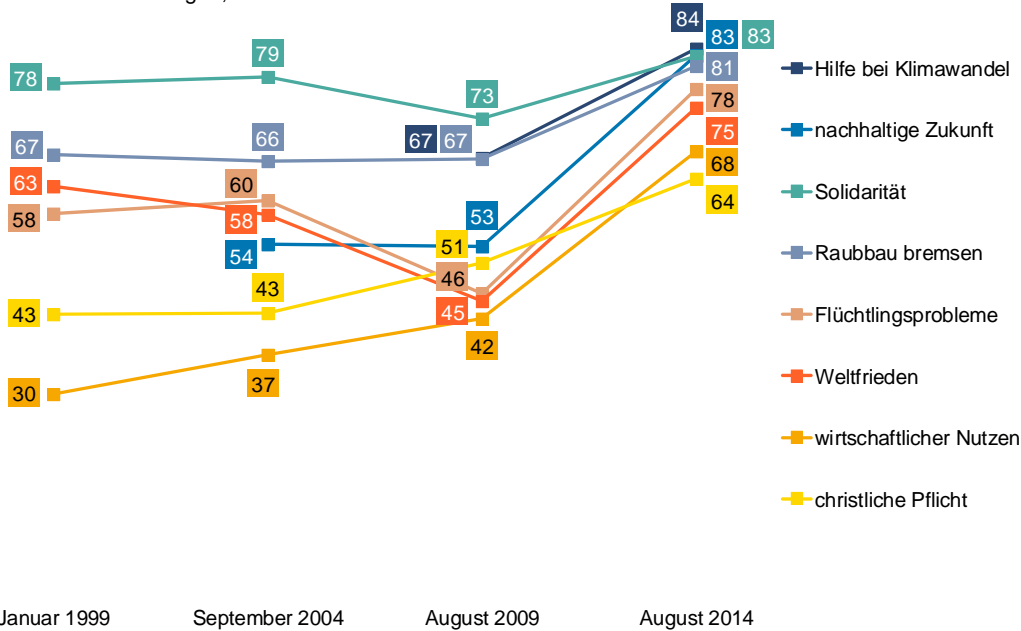
Während im Rahmen der verstärkten Rückbesinnung auf binnennationale Probleme 2009 die Entwicklungszusammenarbeit hauptsächlich mit dem Solidaritätsgedanken und leicht abgeschwächt mit ökologischen Überlegungen begründet wurde, zeigt sich im Rahmen der veränderten Umfeldsicht eine sichtbar andere Begründungsbasis:

Grafik 18

#### Trend Ansichten zur Entwicklungszusammenarbeit

"Es gibt verschiedene Ansichten, warum man Entwicklungszusammenarbeit leisten sollte. Sind Sie mit den folgenden Aussagen sehr einverstanden, einverstanden, mehr oder weniger einverstanden, nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden? Wir sollen Entwicklungszusammenarbeit betreiben ..."

in % Stimmberechtigter, Anteil "sehr einverstanden"/"einverstanden" addiert



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

So erreichen gerade Elemente rund um Nachhaltigkeit (83% sehr einverstanden oder einverstanden, +30), Klimawandel (84%, +17) und Eindämmen von Raubbau (81%, +14) 2014 neu Werte über 80 Prozent Zustimmung zu einer solchen Begründung für Entwicklungshilfe. Damit ist gerade diese Dimension neu gleich relevant wie der letztmals oben ausschwingende Solidaritätsgedanke (83%, +10).

Daneben haben faktisch auch alle anderen Begründungen an Zustimmung hinzugewinnen können: Die Milderung der Flüchtlingsprobleme (78%, +32) und die Förderung des Weltfriedens (75%, +30) sind für mindestens drei Viertel Begründungen für die Entwicklungszusammenarbeit, jeweils rund zwei Drittel begründet sie mit dem wirtschaftlichen Nutzen (68%, +26) oder der christlichen Pflicht (64%, +13).

Ähnlich wie bei den einzuschätzenden Quellen für globale Konflikte nimmt die Differenzierung zwischen den verschiedenen Begründungen ab. Während vor 5, 10 und 15 Jahren noch zwischen sehr wichtigen und eher unwichtigen Begründungen unterschieden werden konnte, sind klare Mehrheiten zumindest eher einverstanden, dass aus jedem der abgefragten Gründe Entwicklungszusammenarbeit betrieben wird.

Auch wenn nur auf die dezidierte Zustimmung fokussiert wird, verdeutlicht sich das Profil nur geringfügig: Die sechs meistgeteilten Begründungen erhalten Anteile zwischen 31 und 37 Prozent "sehr einverstanden". Nur die christliche Pflicht (27%) und der wirtschaftliche Nutzen (22%) liegen darunter.

## Ansichten zur Entwicklungszusammenarbeit

"Es gibt verschiedene Ansichten, warum man Entwicklungszusammenarbeit leisten sollte. Sind Sie mit den folgenden Aussagen sehr einverstanden, einverstanden, mehr oder weniger einverstanden, nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden? Wir sollen Entwicklungszusammenarbeit betreiben ..."

**Hilfe bei Klimawandel** "um den armen Ländern bei den Folgen von Umweltzerstörung und Klimawandel zu helfen."

**nachhaltige Zukunft** "als Investition in eine nachhaltige Zukunft."

**Solidarität** "aus Solidarität mit den Mitmenschen."

**Raubbau bremsen** "weil wir den Raubbau an der Natur nur gemeinsam bremsen können."

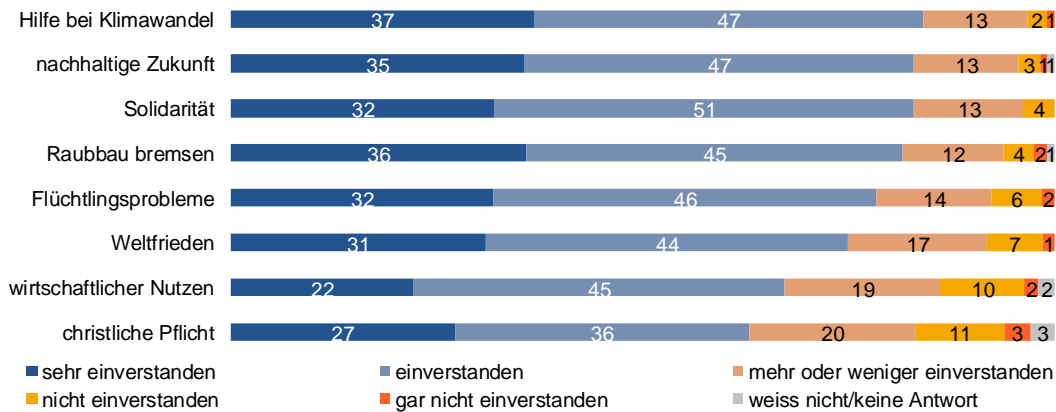
**Flüchtlingsprobleme** "weil man damit Flüchtlingsprobleme mildern kann."

**Weltfrieden** "weil es den Weltfrieden fördert."

**wirtschaftlicher Nutzen** "weil es uns wirtschaftlich nützt."

**christliche Pflicht** "weil es einer christlichen Pflicht entspricht."

in % Stimmberechtigter

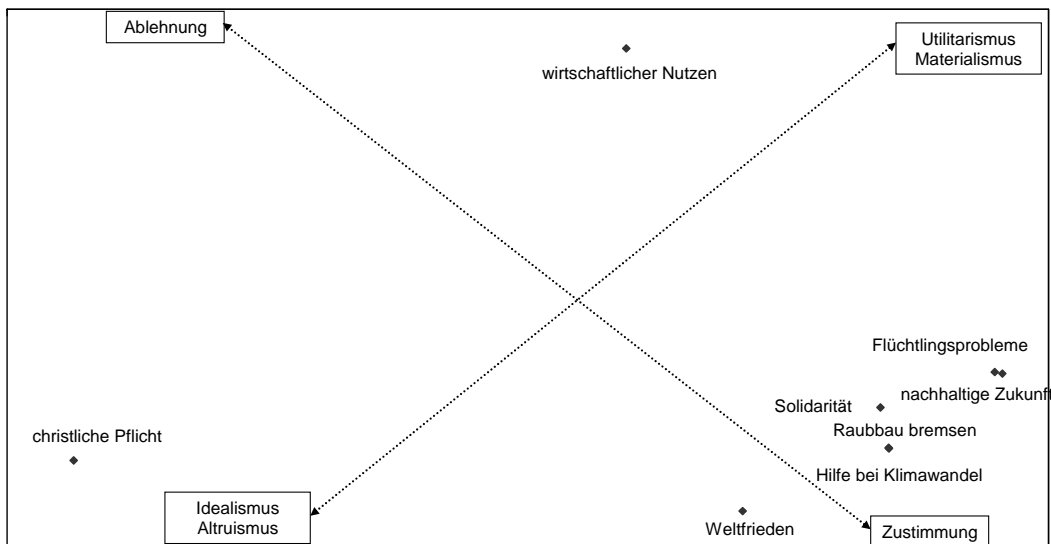


© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

In der multivariaten Betrachtung zeigt sich, dass diese beiden Begründungen ein unterschiedliches Profil aufweisen:

## Zweidimensionale Skalierung der Ansichten zur Entwicklungszusammenarbeit

"Es gibt verschiedene Ansichten, warum man Entwicklungszusammenarbeit leisten sollte. Sind Sie mit den folgenden Aussagen sehr einverstanden, einverstanden, mehr oder weniger einverstanden, nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden? Wir sollen Entwicklungszusammenarbeit betreiben ..."



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

Erläuterung: Die multidimensionale Skalierung ordnet Objekte im mehrdimensionalen Raum so an, dass die Distanzen zwischen den Objekten die Ähnlichkeiten resp. Verschiedenheit möglichst gut wiedergibt. Je weiter die Objekte voneinander entfernt sind, desto unähnlicher sind sie und je näher sie beinander sind, desto ähnlicher sind sie. Das Ergebnis wird der Einfachheit halber im zweidimensionalen Raum dargestellt.

Beide Elemente liegen in der multidimensionalen Skalierung weit auseinander, was dafür spricht, dass sie von unterschiedlichen Personengruppen gutgehei-



sen werden. In der Tat wird die wirtschaftliche Begründung stärker von Männern (72% sehr einverstanden oder einverstanden), Personen mit 5000 bis 7000 Franken Monatseinkommen, die politisch rechts stehen und französisch sprechen (je 73%) getragen. Die christliche Pflicht halten dagegen Nicht-Erwerbstätige, Personen in Landgemeinden (je 70%) sowie ebenfalls Personen mit 5000 bis 7000 Franken Monatseinkommen (72%) hoch. Wenn es auch Überschneidungen zwischen den Personengruppen gibt, schält sich doch einerseits eine utilitaristische oder materialistische, andererseits eine idealistische oder altruistische Begründung für Entwicklungszusammenarbeit heraus.

Daneben gibt es ein drittes Begründungsmuster, das von globalen Problemen ausgeht, die nur gemeinsam angegangen werden können. Diese Begründung ist hochgradig akzeptiert und wird mit Nuancen auch von allen politischen Lagern getragen. Für Nachhaltigkeit stehen vor allem Linke stärker ein (92%). Die Dämpfung der Flüchtlingsprobleme ist dagegen stärker bei Rechten, Deutschschweizern (je 80%) und der Einkommensschicht zwischen 7000 und 9000 Franken (82%) eine wichtige Begründung. Der Weltfrieden ist überdurchschnittlich für Personen mit 7000 bis 9000 Franken Einkommen (79%) und Hochgebildeten (77%) eine gute Begründung. Letztere sprechen sich auch wegen der Hilfe beim Klimawandel, einer nachhaltigen Zukunft (je 87%) und dem Kampf gegen den Raubbau (84%) für Entwicklungshilfe aus. Der Raubbau ist seltener eine Begründung in der Romandie (76%). Diese begründen Entwicklungshilfe auch überdurchschnittlich mit Solidarität (89%), was hingegen weniger auf Rechte (76%), Personen ohne politische Ausrichtung (74%) oder mit tiefen Einkommen (68%) sowie Französischsprachige (75%) zutrifft.

### **3.3.1 Zwischenbilanz**

Im Rahmen der veränderten Umfeldsicht zeigt sich eine sichtbar andere Begründungsbasis: So erreichen gerade Elemente rund um Nachhaltigkeit, Klimawandel und Eindämmen von Raubbau 2014 neu Werte über 80 Prozent Zustimmung zu einer solchen Begründung für Entwicklungshilfe. Damit ist gerade diese Dimension neu gleich relevant wie der letztmals oben ausschwingende Solidaritätsgedanke. Daneben haben faktisch auch alle anderen Begründungen an Zustimmung hinzugewinnen können.

So zeigen sich drei Begründungsmuster: ein utilitaristisch-materialistisches, ein idealistisch-altruistisches und ein Begründungsmuster mit Blick auf die zu lösenden globalen Probleme, das von allen politischen Lagern getragen wird.

## 3.4 Wirkung

Sichtbare Akzeptanz äussern die Schweizer Stimmberechtigten auch in Bezug auf die genutzten Intermediäre/Partner von Entwicklungshilfe:

Grafik 21

### Trend Wirksamkeit Entwicklungszusammenarbeit des Bundes

"Wie beurteilen Sie die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes ...?"

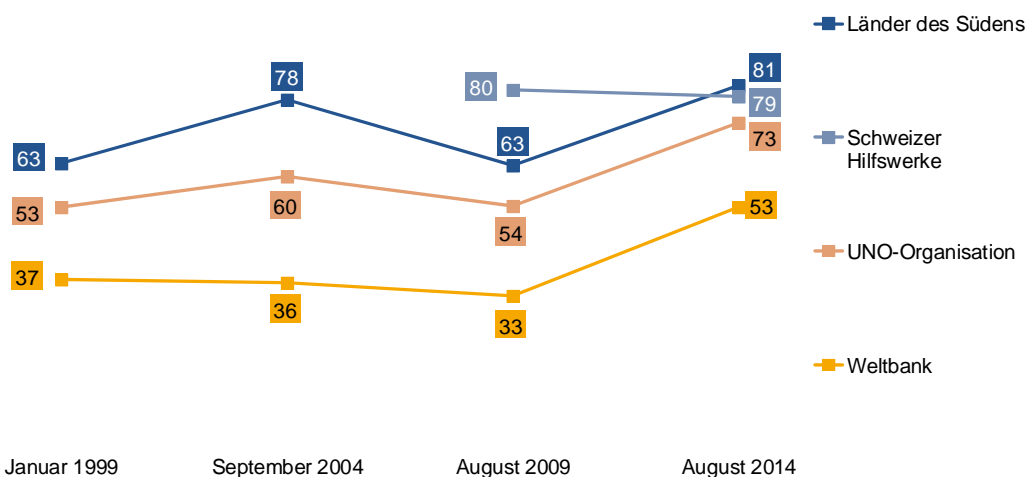
**Länder des Südens** "... wenn er direkt mit den Ländern des Südens zusammen arbeitet."

**Schweizer Hilfswerke** "... wenn sie in Zusammenhang mit Schweizer Hilfswerken erfolgt."

**UNO-Organisation** "... wenn die Zusammenarbeit über UNO-Organisationen erfolgt."

**Weltbank** "... wenn die Zusammenarbeit über die Weltbank erfolgt."

in % Stimmberechtigter, Anteil "sehr wirksam"/"wirksam" addiert



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

So werden alle untersuchten akteursseitigen Bezugspunkte von Entwicklungszusammenarbeit mehrheitlich als wirksam eingestuft. Dies trifft insbesondere für die UNO-Organisationen (73% sehr wirksam und wirksam, +19) und die letztmals tief platzierte Weltbank (53%, +20), aber auch für die direkte Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern im Süden (81%, +18) zu. Nur noch ein gutes Drittel hält die Zusammenarbeit mit der Weltbank als weniger wirksam bis nutzlos und nur 6 Prozent gar für kontraproduktiv.

Damit hat die wahrgenommene erhöhte internationale Interdependenz augenscheinlich dazu geführt, dass der wahrgenommene Wert internationaler Partner zugenommen hat, seien dies Intermediäre, seien dies aber auch direkte Partner in der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Zusammenarbeit mit allen drei Partnern wird im Fünfjahresvergleich als wirksamer betrachtet. Ungebrochen als wirksam eingestuft wird die Zusammenarbeit mit privaten Hilfswerken (79%, -1).

Die soziodemographischen Unterschiede sind indes gering: Die Zusammenarbeit mit den Schweizer Hilfswerken wird in der französischsprachigen Schweiz besser beurteilt (86%), die direkte Zusammenarbeit mit den Ländern des Südens (77%) und den UNO-Organisationen etwas schlechter (67%). Letztere wird zudem von politisch Rechtsstehenden (69%) und Personen ohne politische Ausrichtung (62%) eher schlechter beurteilt – bei den übrigen Akteuren zeigen sich keine Unterschiede zwischen den politischen Lagern. Die Zusammenarbeit mit der Weltbank bezeichnen vor allem Personen in der höchsten Einkommensschicht (61%) als wirksam.

## Wirksamkeit Entwicklungszusammenarbeit des Bundes

"Wie beurteilen Sie die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes ..."

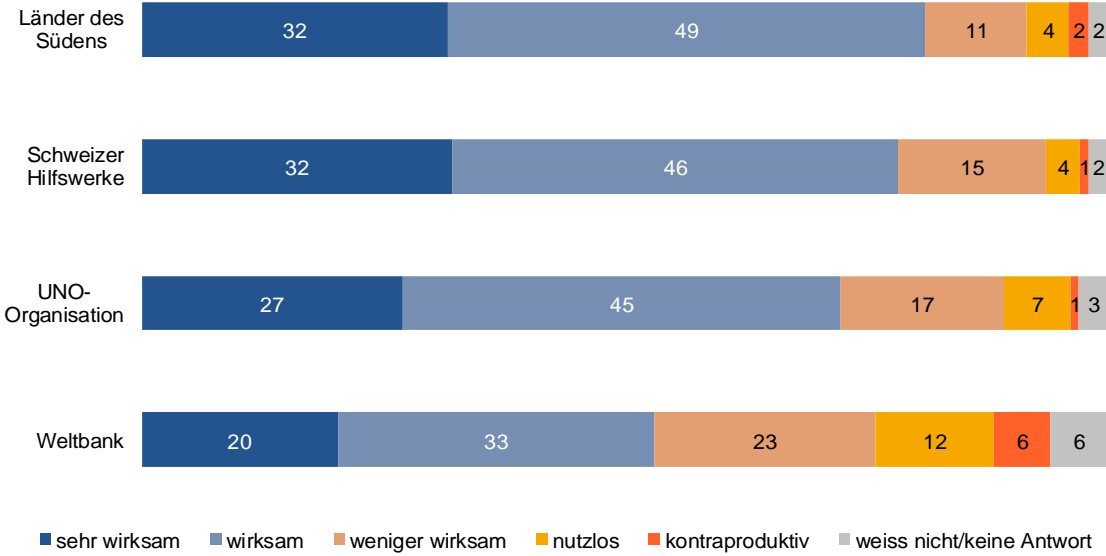
**Länder des Südens** "... wenn er direkt mit den Ländern des Südens zusammen arbeitet."

**Schweizer Hilfswerke** "... wenn sie in Zusammenhang mit Schweizer Hilfswerken erfolgt."

**UNO-Organisation** "... wenn die Zusammenarbeit über UNO-Organisationen erfolgt."

**Weltbank** "... wenn die Zusammenarbeit über die Weltbank erfolgt."

in % Stimmberechtigter



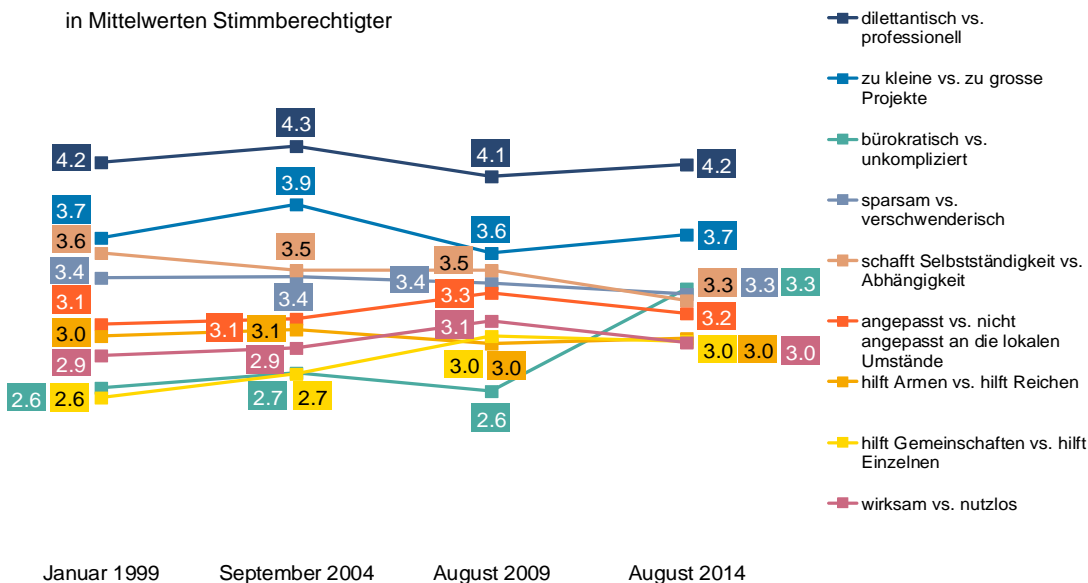
© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

Sichtbar zufriedenstellend ist auch die Leistungsbeurteilung zur Entwicklungszusammenarbeit im Detail:

## Trend Beurteilung Arbeit Bund in der Entwicklungszusammenarbeit

"Wie beurteilen Sie die Arbeit des Bundes in der Entwicklungszusammenarbeit im Detail? Sagen Sie mir dies bitte anhand dieser Skala. '1' bedeutet, dass Sie mit dem ersten Teil der Antwort übereinstimmen, '6', dass Sie mit dem zweiten Teil der Antwort übereinstimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Ansichten abstimfen. Ist die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes ...?"

in Mittelwerten Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Lesebeispiel: Bei jeder Wertepolarität war es möglich, sich zwischen dem einen und dem anderen Pol auf einer Skala von 1 bis 6 zu positionieren. Werte von 3.5 bedeuten, dass die Stimmberechtigten im Durchschnitt genau zwischen den Polen stehen. Je grösser die Abweichung davon auf die eine oder andere Seite ist, desto klarer neigt der Durchschnitt dem entsprechenden Werte-Pol zu.

Nach wie vor wird die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes auf allen untersuchten Dimensionen in der Art der Leistungserbringung als korrekt eingestuft, wobei unverändert die Professionalität (Mittelwert 4.2 auf einer Skala von 1 bis 6, +0.1) das wichtigste Asset darstellt. Bemerkenswerterweise gilt der Bund im Vergleich zu 2009 als sichtbar weniger stark bürokratisch (3.3 unkompliziert, +0.7), was gerade die Wahrnehmung des letztmalig problematischsten Elementes sichtbar nach oben korrigiert.

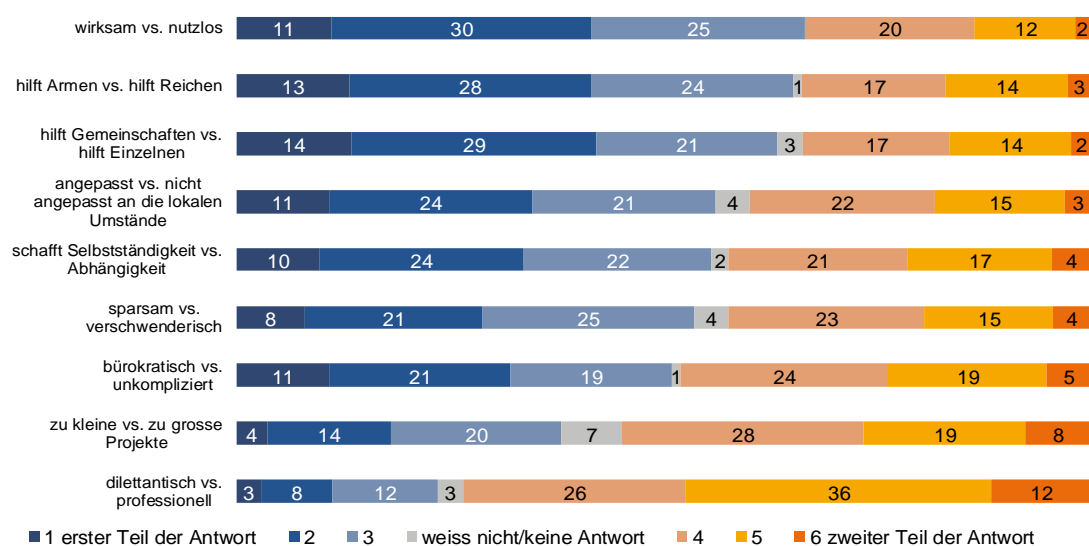
Im Vergleich zu den letzten Befragungen schafft die Arbeit des Bundes vermehrt Selbstständigkeit statt Abhängigkeit (3.3, -0.2). Im Fünfjahresvergleich gilt die Arbeit des Bundes wieder stärker als wirksam (3.0, -0.1). Unverändert ist sie in der Wahrnehmung auf die Hilfe für die Armen und Gemeinschaften ausgerichtet (je 3.0, ±0.0), an die lokalen Umstände angepasst (3.2, -0.1) eher sparsam als verschwenderisch ist (3.3, -0.1) und die Projekte sind eher zu gross als zu klein (3.7, +0.1).

## Grafik 24

### Beurteilung Arbeit Bund in der Entwicklungszusammenarbeit

"Wie beurteilen Sie die Arbeit des Bundes in der Entwicklungszusammenarbeit im Detail? Sagen Sie mir dies bitte anhand dieser Skala. '1' bedeutet, dass Sie mit dem ersten Teil der Antwort übereinstimmen, '6', dass Sie mit dem zweiten Teil der Antwort übereinstimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Ansichten abstimmen. Ist die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes ...?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

Die Arbeit des Bundes wird, wenn auch nicht komplett anders, leicht unterschiedlich von den politischen Lagern beurteilt: Linke halten die Arbeit eher für professionell (4.4), sparsam (3.1), wirksam (2.7), an die lokalen Umstände angepasst (3.0) und Selbstständigkeit schaffend (3.0). Etwas kritischer sind die Personen, die sich nicht auf der Links-Rechts-Achse verorten: Sie neigen bei der Beurteilung des Bundes stärker zu den Werten dilettantisch (4.0), zu kleine Projekte (3.6), bürokratisch (3.1), Abhängigkeiten schaffend (3.4), nicht an die lokalen Umstände angepasst (3.3), hilft den Reichen (3.3) respektive den Einzelnen (3.1) und nutzlos (3.2). Rechte sind kritischer bei den Finanzen, da sie die Arbeit als weniger sparsam (3.5) taxieren. Ihrer Meinung hilft die Entwicklungshilfe den Armen und den Gemeinschaften (je 2.8). Personen in der politischen Mitte nehmen auch keine extremen Positionen bei der Beurteilung der Arbeit des Bundes ein.

## Arbeit des Bundes nach Links-Rechts-Einstellung

"Wie beurteilen Sie die Arbeit des Bundes in der Entwicklungszusammenarbeit im Detail? Sagen Sie mir dies bitte anhand dieser Skala. '1' bedeutet, dass Sie mit dem ersten Teil der Antwort übereinstimmen, '6', dass Sie mit dem zweiten Teil der Antwort übereinstimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Ansichten abstufen."



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

Darüber hinaus sind Personen mit einem tieferen Bildungsabschluss etwas kritischer hinsichtlich Bürokratie (3.1), Wirksamkeit (3.2) und Hilfe für die Armen (3.2) und Projektgrösse (3.9). Personen mit tiefen Einkommen halten die Arbeit des Bundes eher für sparsam, aber auch bürokratisch (je 2.9), während jene mit hohen Einkommen sie eher als unkompliziert (3.5), zu gross (4.0) und an die Umstände angepasst (3.0) wahrnehmen. In grossen Agglomerationen gilt die Arbeit eher als unkompliziert (3.5), professionell (4.4), den Armen (2.7) und der Gemeinschaft helfend (2.8).

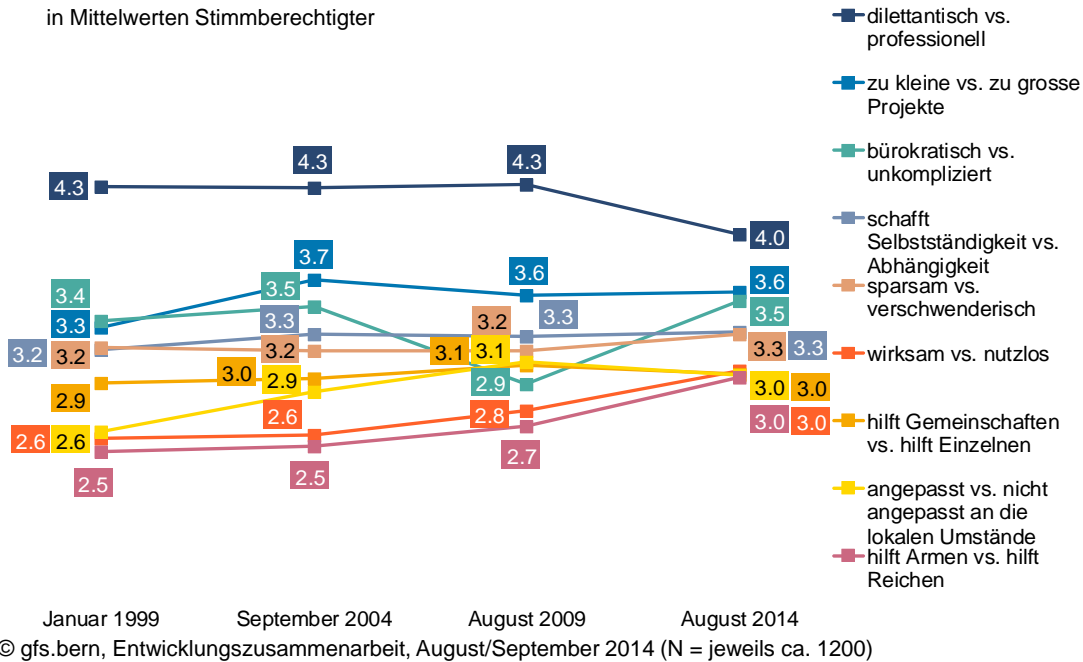
Die Beurteilung der Schweizer Hilfswerke hat sich derjenigen des Bundes angenähert: Nach dem vorübergehenden Einbruch 2009 gelten Schweizer Hilfswerke 2014 wieder als unkomplizierter und weniger bürokratisch (3.5, +0.6). Gelitten hat jedoch die ihnen zugeschriebenen Professionalität (4.0, -0.3) und Wirksamkeit (3.0, +0.2). Auch wird ihre Arbeit nicht mehr so deutlich als Hilfe für die Armen gesehen (3.0, +0.3).

Ohne signifikante Veränderungen gilt ihre Arbeit tendenziell als angepasst an die lokalen Umstände und als Hilfe für die Gemeinschaft (je 3.0, -0.1). Auch längerfristig ohne grosse Änderungen wird sie zudem eher als sparsam (3.3, +0.1) und Selbstständigkeit schaffend (3.3, ±0.0) angesehen. In der Beurteilung zwischen zu grossen und zu kleinen Projekten liegt der Mittelwert (3.6, ±0.0) sehr nahe an der Mitte von 3.5.

## Trend Beurteilung Arbeit private Schweizer Hilfswerke

"Und wie beurteilen Sie die Arbeit der privaten Schweizer Hilfswerke in der Entwicklungszusammenarbeit im Detail? Sagen Sie mir dies bitte anhand dieser Skala. '1' bedeutet, dass Sie mit dem ersten Teil der Antwort übereinstimmen, '6', dass Sie mit dem zweiten Teil der Antwort übereinstimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Ansichten abstufen."

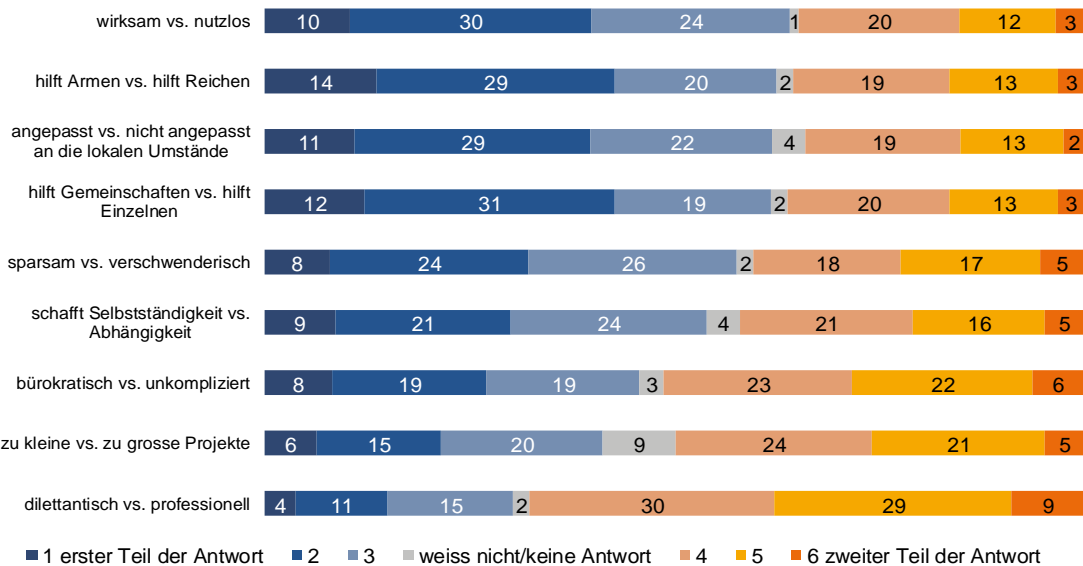
in Mittelwerten Stimmberechtigter



## Beurteilung Arbeit private Schweizer Hilfswerke

"Und wie beurteilen Sie die Arbeit der privaten Schweizer Hilfswerke in der Entwicklungszusammenarbeit im Detail? Sagen Sie mir dies bitte anhand dieser Skala. '1' bedeutet, dass Sie mit dem ersten Teil der Antwort übereinstimmen, '6', dass Sie mit dem zweiten Teil der Antwort übereinstimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Ansichten abstufen."

in % Stimmberechtigter



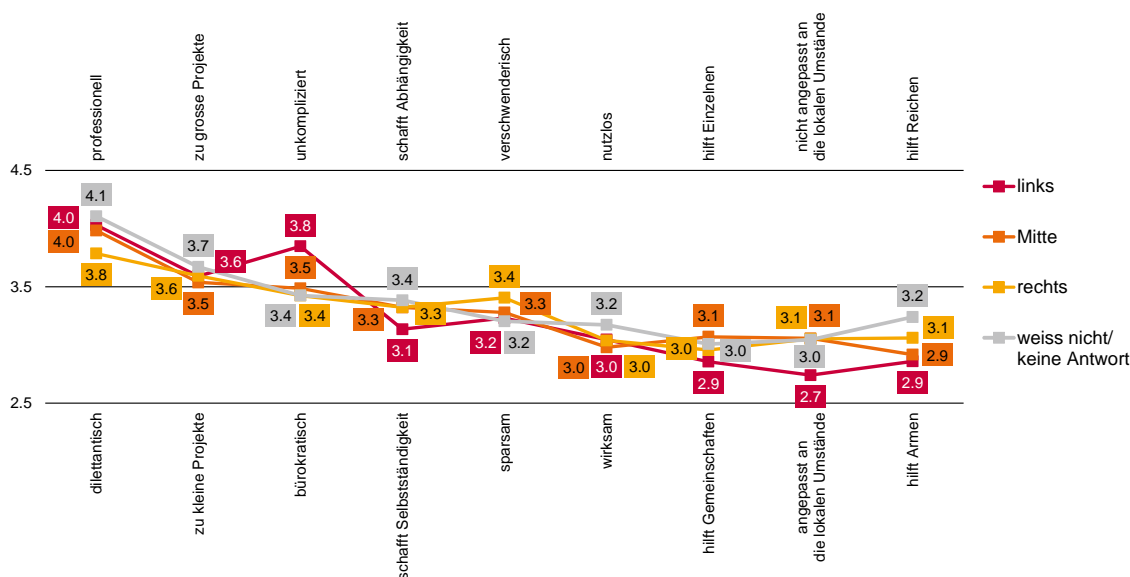
© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

Die Einschätzung der privaten Hilfswerke durch die politischen Lager ist nicht gleich wie die Einschätzung der Arbeit des Bundes:

## Grafik 28

### Arbeit der priv. Hilfswerke nach Links-Rechts-Einstellung

"Wie beurteilen Sie die Arbeit der privaten Schweizer Hilfswerke in der Entwicklungszusammenarbeit im Detail? Sagen Sie mir dies bitte anhand dieser Skala. '1' bedeutet, dass Sie mit dem ersten Teil der Antwort übereinstimmen, '6', dass Sie mit dem zweiten Teil der Antwort übereinstimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Ansichten abstufen."



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

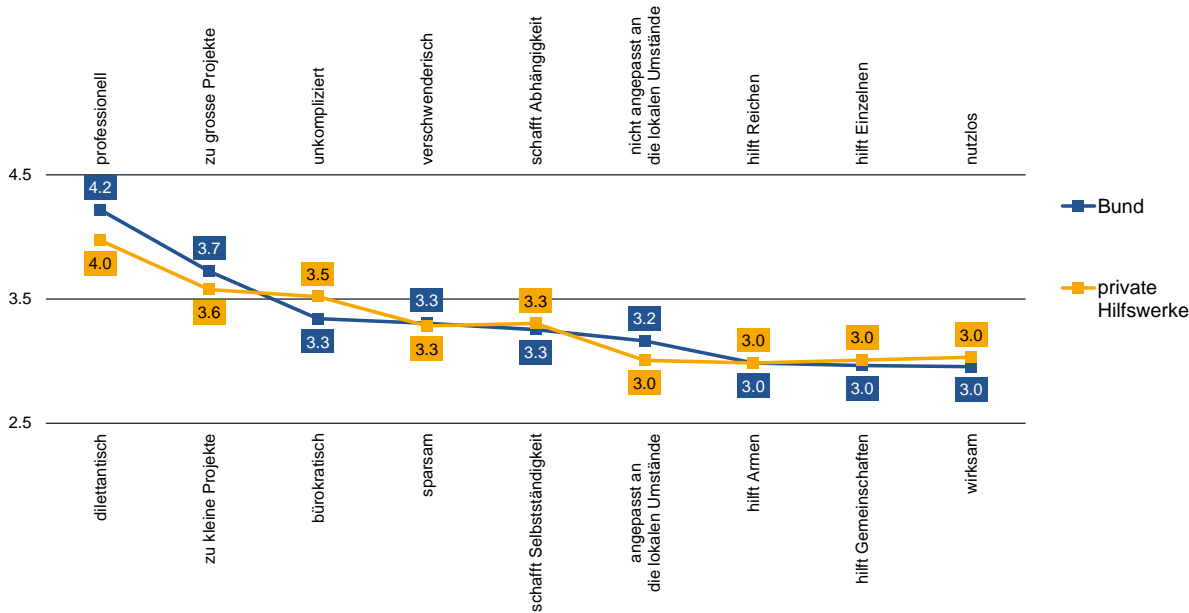
Linke halten private Hilfswerke verstärkt für unkompliziert (3.8), Selbstständigkeit schaffend (3.1), den Armen und der Gemeinschaft helfend (je 2.9) und an die lokalen Umstände angepasst (2.7). Rechte neigen vermehrt dazu, ihre Arbeit als verschwenderisch (3.4) und dilettantisch (3.8) zu bezeichnen. Personen ohne Selbstverortung nehmen sie eher als nutzlos, den Reichen helfend (je 3.2), Abhängigkeiten schaffend (3.4), als zu grosse Projekten (3.7), aber dennoch als professionell (4.1) wahr. In der Mitte herrscht höchstens die Meinungstendenz, dass sie den Einzelnen helfen (3.1).

Darüber hinaus stufen Personen mit tiefen Einkommen private Hilfswerke stärker an die lokalen Umstände angepasst und der Gemeinschaft helfend (je 2.7), aber tendenziell mit zu kleinen Projekten ein (3.1). Personen mit hohem Einkommen sehen sie dagegen überdurchschnittlich als unkompliziert (3.7). Jene mit tiefem Bildungsabschluss neigen dazu, kritischer bezüglich der Hilfe für die Gemeinschaft (3.3) und der Selbstständigkeit (3.5) zu sein, für Personen mit hohem Bildungsabschluss sind die privaten Hilfswerke dafür eher unkompliziert (3.8). Personen in grossen Agglomerationen vermuten eher, dass die Arbeit der privaten Hilfswerke wirksam (2.8), professionell (4.2) und auf die Armen ausgerichtet (2.8) ist.

Die Beurteilung der Art der Leistungserbringung des Bundes ist 2014 nur in wenigen Punkten von der gleichen Beurteilung in Bezug auf die privaten Hilfswerke zu unterscheiden. Beide Akteure werden in ihrer Art der Leistungserbringung ähnlich wahrgenommen, negative Ausreisser finden sich bei beiden nicht. Der Bund wird in der Tendenz professioneller und die privaten Hilfswerke werden als etwas unkomplizierter und angepasster an die lokalen Umstände beurteilt.

## Vergleich: Arbeit des Bundes vs. Arbeit der priv. Hilfswerke

"Wie beurteilen Sie die Arbeit des Bundes bzw. der privaten Schweizer Hilfswerke in der Entwicklungszusammenarbeit im Detail? Sagen Sie mir dies bitte anhand dieser Skala. '1' bedeutet, dass Sie mit dem ersten Teil der Antwort übereinstimmen, '6', dass Sie mit dem zweiten Teil der Antwort übereinstimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Ansichten abstufen."



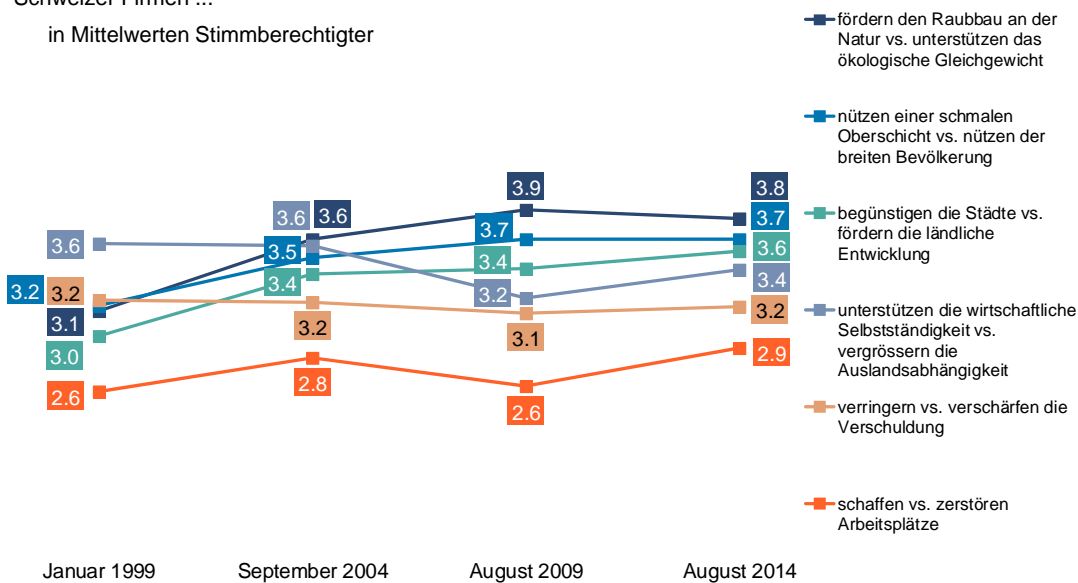
© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

Die Tätigkeiten Schweizer Firmen in Entwicklungsländern wird ähnlich wie 2009 gesehen, mit kleinen, negativen Tendenzen:

## Trend Beurteilung Auswirkungen Tätigkeiten Schweizer Firmen

"Schweizer Firmen betreiben Handel mit und investieren in Entwicklungsländern. Es gibt verschiedene Meinungen über die Auswirkungen dieser Tätigkeit in den Entwicklungsländern. Sagen Sie mir dies bitte anhand dieser Skala. '1' bedeutet, dass Sie mit dem ersten Teil der Antwort übereinstimmen, '6', dass Sie mit dem zweiten Teil der Antwort übereinstimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Ansichten abstufen. Schweizer Firmen ..."

in Mittelwerten Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Schweizer Firmen wird immer noch eher nachgesagt, dass sie Arbeitsplätze schaffen statt sie zu zerstören, die Meinung hat sich jedoch negativ entwickelt (2.9, +0.3). Nicht ganz so stark hat sich die Wahrnehmung in Richtung Vergrösserung der Auslandabhängigkeit (3.4, +0.2). Unsicher sind die Stimmberechtigten, ob dadurch eher die Städte oder die ländlichen Gebiete gefördert werden;



2014 schlägt das Pendel knapp zugunsten der Städte aus (3.6, +0.2), während es 2009 ebenso knapp zugunsten der Landschaft ausschlug.

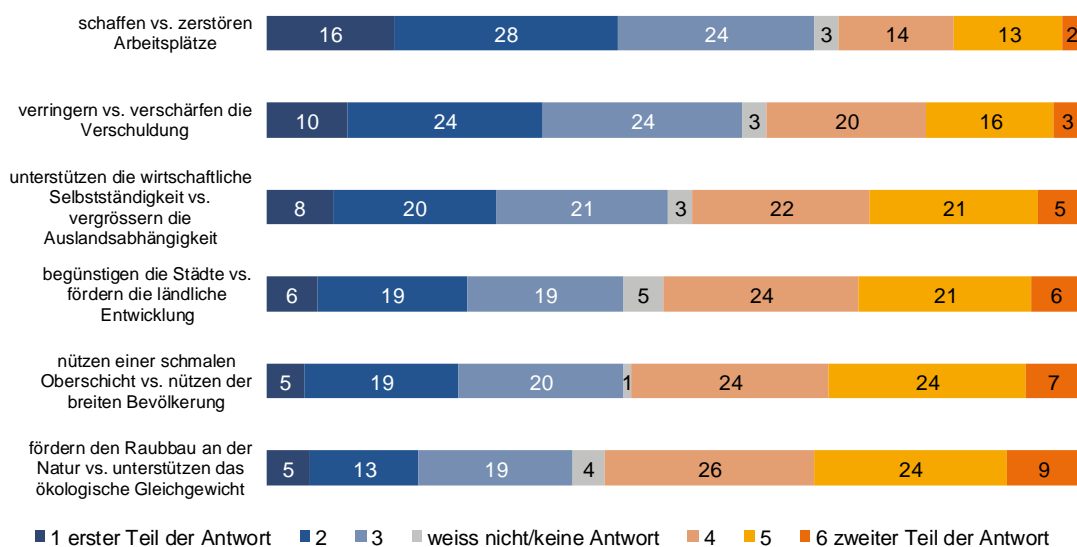
Keine signifikanten Entwicklungen zeigen sich bei der Verschärfung der Verschuldung (3.2, +0.1) und dem Raubbau an der Natur (3.8, -0.1) – weiterhin überwiegt die positive Sichtweise in diesen Punkten. Unverändert wird eher vermutet, dass die Tätigkeit Schweizer Firmen eher einer schmalen Oberschicht als der breiten Bevölkerung nützt (3.7, ±0.0).

## Grafik 31

### Beurteilung Schweizer Firmen in Entwicklungsländern

"Schweizer Firmen betreiben Handel mit und investieren in Entwicklungsländern. Es gibt verschiedene Meinungen über die Auswirkungen dieser Tätigkeit in den Entwicklungsländern. Sagen Sie mir dies bitte anhand dieser Skala. '1' bedeutet, dass Sie mit dem ersten Teil der Antwort übereinstimmen, '6', dass Sie mit dem zweiten Teil der Antwort übereinstimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Ansichten abstufen. Schweizer Firmen..."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

Die Unterschiede zwischen den Untergruppen sind relativ gering: Personen ohne Selbstverortung auf der Links-Rechts-Achse neigen dazu, dass Schweizer Firmen die Verschuldung eher verschärfen (3.4) und eher der Oberschicht nützen (3.4). Tiefe Bildungsschichten (3.9) und Italienischsprachige (3.8) denken, dass sie eher die ländliche Entwicklung befördern; Personen in grossen Agglomerationen vermuten dagegen eher eine städtische Entwicklung (3.3).

### 3.4.1 Zwischenbilanz

Sichtbare Akzeptanz äussern die Schweizer Stimmberechtigten auch in Bezug auf die genutzten Intermediäre/Partner von Entwicklungshilfe, insbesondere Entwicklungsländer im Süden, Hilfswerke, UNO-Organisationen und neu auch die Weltbank.

Nach wie vor wird die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes auf allen untersuchten Dimensionen in der Art der Leistungserbringung als korrekt eingestuft, wobei unverändert die Professionalität das wichtigste Asset darstellt. Sie gilt zudem als sichtbar weniger stark bürokratisch als 2009. Weiter wird vermutet, dass der Bund eher sparsam ist. Im Fünfjahresvergleich gilt seine Arbeit wieder stärker als wirksam. Praktisch unverändert ist die Entwicklungszusammenarbeit in der Wahrnehmung auf die Hilfe für die Armen und Gemeinschaften ausgerichtet.

Linke halten die Arbeit eher für professionell, sparsam, wirksam, an die lokalen Umstände angepasst und Selbstständigkeit schaffend. Rechte sind kritischer

bei den Finanzen, da sie die Arbeit als weniger sparsam taxieren. Personen, die sich nicht auf der Links-Rechts-Achse verorten, neigen stärker zu den Werten dilettantisch, bürokratisch, Abhängigkeiten schaffend, nicht an die lokalen Umstände angepasst und nutzlos.

Die Beurteilung der privaten Hilfswerke unterscheidet sich nur gering von derjenigen des Bundes: Beide Akteure scheinen Ihren Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit auf eine ausgesprochen ähnliche Art zu erbringen, negative Ausreisser finden sich bei beiden nicht. Der Bund wird in der Tendenz professioneller, die privaten Hilfswerke werden als etwas unkomplizierter und angepasster an die lokalen Umstände beurteilt.

### 3.5 Kenntnisstand

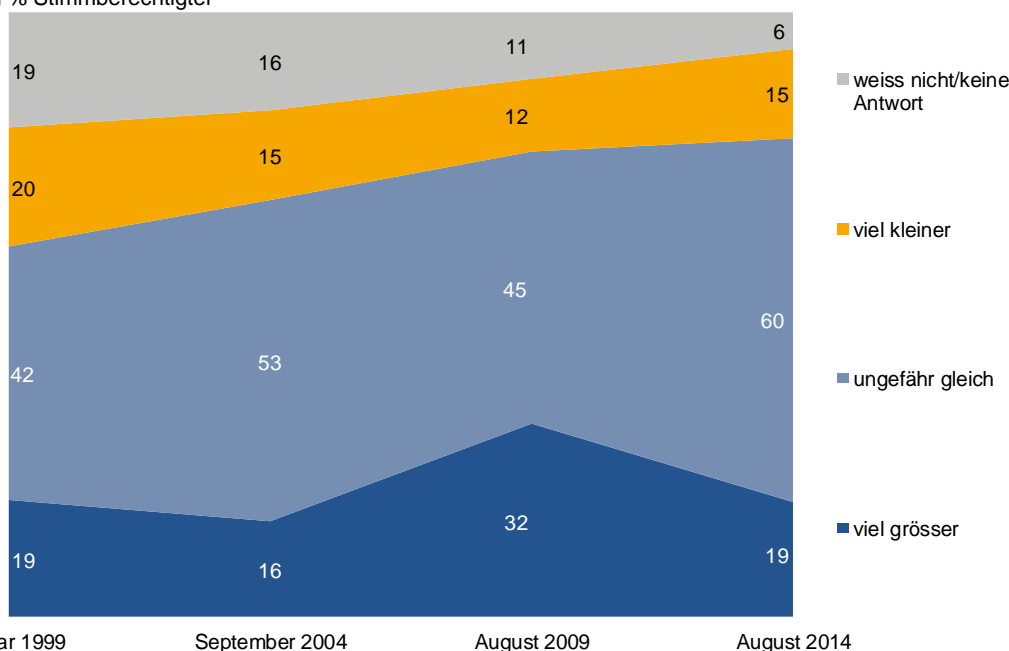
Im Hintergrund aller Einschätzungen zur Schweizer Entwicklungszusammenarbeit steht ein imperfekter Wissensstand. Gerade in Bezug auf die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit finden sich Fehlwahrnehmungen:

Grafik 32

#### Trend Leistung privater Hilfswerke im Vergleich zum Bund

"Ist die vom Schweizer Volk über die privaten Hilfswerke geleistete Entwicklungszusammenarbeit viel grösser, ungefähr gleich oder viel kleiner als jene des Bundes?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Erstens gehen die Schweizer Stimmberechtigten fälschlicherweise mehrheitlich davon aus, dass die über Spende finanzierte Entwicklungszusammenarbeit einen ähnlichen Umfang wie die vom Bund geleistete Entwicklungszusammenarbeit aufweist (60%, +15). Abgenommen hat im gleichen Zeitraum der Anteil derjenigen, der von einer viel grösseren Summe ausgeht (19%, -13), während der Anteil, der korrekterweise von einer viel kleineren Summe ausgeht, nur geringfügig anwuchs (15%, +3). Konkret lag die öffentliche Entwicklungshilfe des Bundes 2012 bei 2'800.3 Millionen, während das private Spendenaufkommen nur 443.1 Millionen Franken betrug<sup>1</sup>.

Auch in jeder Untergruppe geht die Mehrheit von einem ungefähr gleich hohen Spendenaufkommen aus.

<sup>1</sup> Aide publique au développement APD  
[http://www.deza.admin.ch/de/Home/Die\\_DEZA/Zahlen\\_und\\_Fakten/APD/Entwicklung\\_der\\_APD](http://www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZA/Zahlen_und_Fakten/APD/Entwicklung_der_APD)

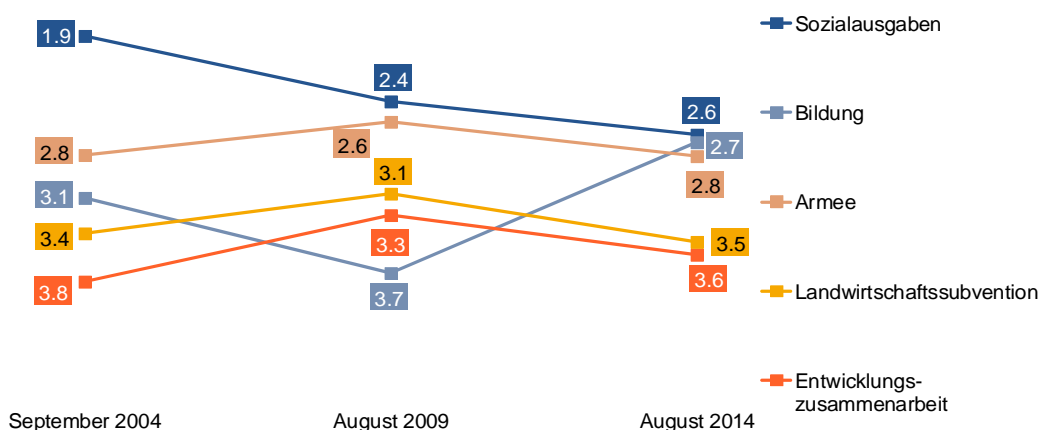
Vor allem Personen mit einem tiefen Bildungsgrad (26%), einem tiefen Einkommen (27%) und auf dem Land (26%) gehen davon aus, dass viel mehr gespendet als durch die öffentliche Hand ausgegeben wird. Dagegen nehmen Personen aus grossen Agglomerationen und hoher Bildung (19%) überdurchschnittlich (aber dennoch klar minderheitlich) korrekt wahr, dass das Gegenteil der Fall ist. In der französisch- (18%) und italienischsprachigen Schweiz (12%) sowie unter Personen ohne politische Selbstverortung (14%) geben mehr Leute an, dass sie die Antwort nicht wissen. Unter Linken gibt es überdurchschnittlich viele, die von einem grösseren (22%), aber auch einem kleineren Anteil (19%) ausgehen. Entsprechend ist auf der rechten Seite der Anteil, der ungefähr gleich grosse Geldbeträge annimmt, überdurchschnittlich gross (64%).

Grafik 33

## Trend Ausgaben des Bundes im Vergleich in Mittelwerten

"Was glauben Sie, wofür gibt der Bund mehr Geld aus: für die Entwicklungszusammenarbeit, für Landwirtschaftssubventionen, für Sozialausgaben, für die Armee oder für die Bildung? Bitte bringen Sie diese fünf Bereiche in eine Reihenfolge, mit dem teuersten Bereich an der Spitze und dann nach absteigenden Verhältnissen."

in Mittelwerten Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Erläuterung: Ein tiefer Wert (nahe 1) bedeutet, dass die Stimmberechtigten den Bereich im Vergleich zu den vier anderen Bereichen weiter oben hinsichtlich der Ausgaben platzieren, d.h. dass sie diesem Bereich relativ zu den anderen Bereichen höhere Ausgaben zuschreiben. Entsprechend bedeutet ein hoher Wert (nahe 5) einem Bereich tiefe Ausgaben zuschreiben.

Zweitens ist den Schweizer Stimmberechtigten zwar grossmehrheitlich bewusst, dass Entwicklungshilfe bei weitem nicht der wichtigste Ausgabenposten im Bundesbudget darstellt, allerdings weiss nur rund ein Viertel, dass die Ausgaben hierzu von allen abgefragten Budgetposten an letzter Stelle stehen. Damit wird der Anteil der Entwicklungshilfe am Bundesbudget tendenziell überschätzt.

Im Durchschnitt werden die Sozialausgaben (2.6 Mittelwert des Ranges, +0.2), Bildung (2.7, -1.0) und Armee (2.8, +0.2) von den Stimmberechtigten auf die vorderen drei Plätze verortet, ohne dass die interne Reihenfolge deutlich zutage tritt. Vor allem die Bildung wird damit wieder korrekter eingestuft als 2009, jedoch werden die Sozialausgaben nicht mehr so deutlich an erster Stelle genannt wie beispielsweise noch 2004, obwohl sie real höher sind als die Ausgaben der anderen vier Bereiche zusammen<sup>2</sup>. Ebenso werden die Ausgaben für Landwirtschaftssubventionen (3.5, +0.4) und die Entwicklungszusammenarbeit

<sup>2</sup> Ausgaben des Bundes nach Aufgabengebieten 2013 gemäss Eidgenössischer Finanzverwaltung EFV in Mio. CHF: Soziale Wohlfahrt 21'106, Bildung und Forschung 6'894, Landesverteidigung 4'789, Landwirtschaft und Ernährung 3'706, Beziehungen zum Ausland/Internationale Beziehungen 3'292 (davon Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer) 2'290)

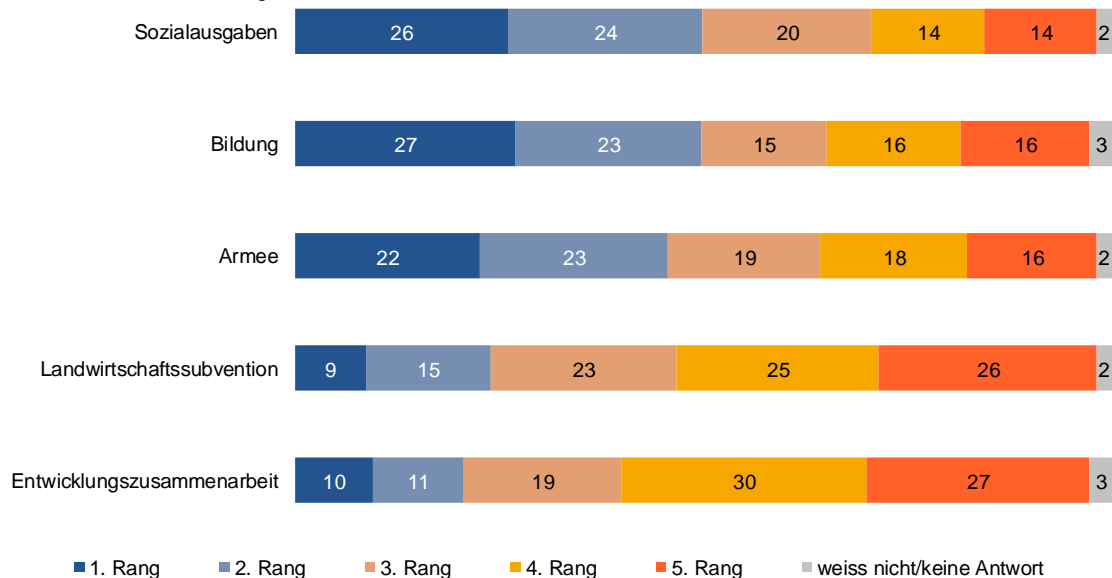
(3.6, +0.3) prinzipiell korrekt auf den beiden hinteren Plätzen vermutet, wenngleich der Unterschied zwischen den beiden und in Abgrenzung zu den drei anderen Ausgabenposten nicht sehr gross ist.

Grafik 34

## Geldausgaben des Bundes

"Was glauben Sie, wofür gibt der Bund mehr Geld aus: für die Entwicklungszusammenarbeit, für Landwirtschaftssubventionen, für Sozialausgaben, für die Armee oder für die Bildung? Bitte bringen Sie diese fünf Bereiche in eine Reihenfolge, mit dem teuersten Bereich an der Spitze und dann nach absteigenden Verhältnissen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

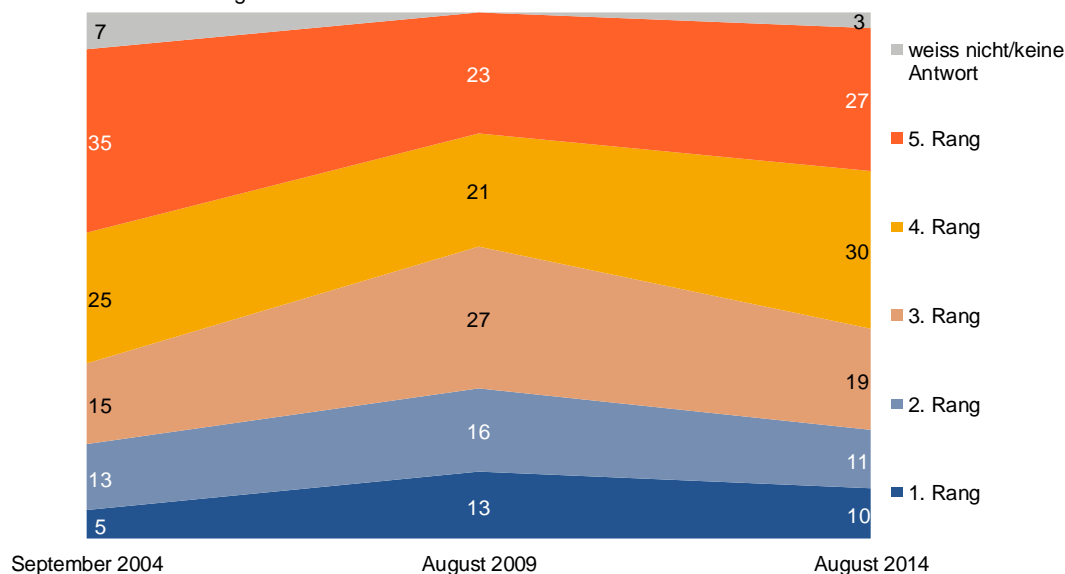
Im Vergleich zu 2009 hat sich die Einschätzung der Entwicklungszusammenarbeit etwas verbessert:

Grafik 35

## Trend Ausgaben des Bundes: Entwicklungszusammenarbeit

"Was glauben Sie, wofür gibt der Bund mehr Geld aus: für die Entwicklungszusammenarbeit, für Landwirtschaftssubventionen, für Sozialausgaben, für die Armee oder für die Bildung? Bitte bringen Sie diese fünf Bereiche in eine Reihenfolge, mit dem teuersten Bereich an der Spitze und dann nach absteigenden Verhältnissen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

27 Prozent (+4) verorten diesen Ausgabenposten korrekt auf den 5. Rang, was mehr als 2009, aber immer noch weniger als 2004 sind. Zugenommen hat auch der Anteil, der die Ausgaben auf dem 4. Rang wähnt (30%, +9). Die vermutete Platzierung auf den vorderen drei Rängen hat dagegen wieder klar abgenommen (30%, -16).

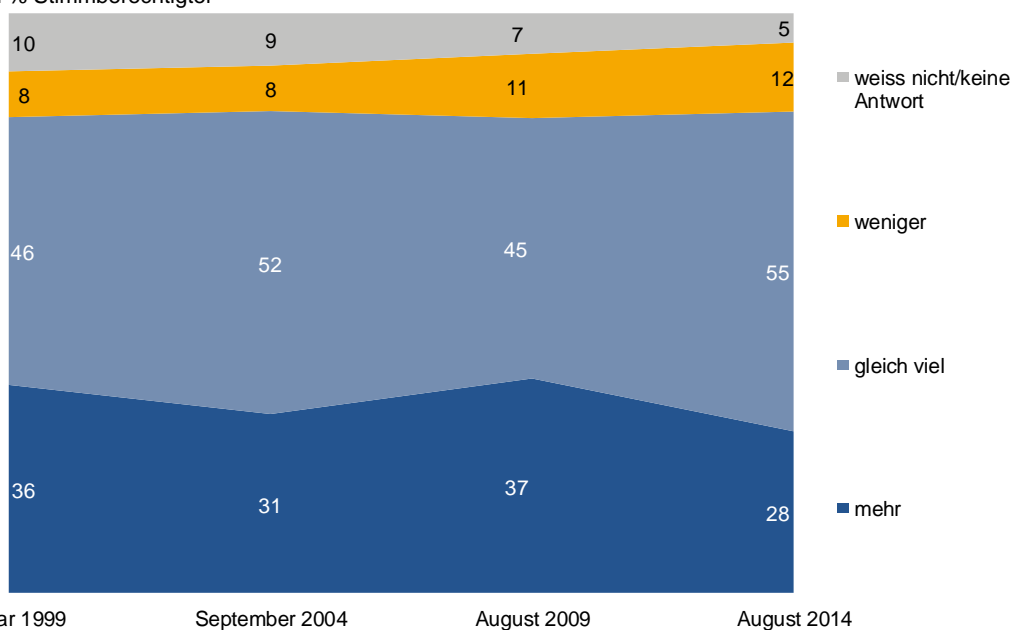
Die grössten, wenn auch nicht frappante Unterschiede finden sich zwischen den Sprachregionen. In der französischsprachigen Schweiz werden die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit weiter vorne (3.0) als in der deutschsprachigen Schweiz (3.7) platziert (ICH: 3.3). Linke, Personen aus grossen Agglomerationen, mit hoher Bildung und hohem Einkommen (je 3.4) verorten die Ausgaben weiter vorne als Personen mit mittlerer Bildung (3.6), tiefen Einkommen, aus kleinen oder mittleren Agglomerationen oder ohne politische Selbstverortung (je 3.7).

## Grafik 36

### Trend Entwicklungszusammenarbeit Schweiz im internationalen Vergleich

"Betreibt die Schweiz mehr, gleich viel oder weniger Entwicklungszusammenarbeit als die anderen Industrieländer?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Drittens geht die Mehrheit korrekterweise davon aus, dass die Schweiz im internationalen Vergleich etwa gleich viel wie andere Industrieländer ausgibt (55%, +10). Faktisch liegt die Schweiz 2013 im Vergleich zu anderen Mitgliedern des Ausschusses für Entwicklungshilfe (Development Assistance Committee DAC) der OECD im Mittelfeld (Rang 12 von 28) bezüglich der absoluten Ausgaben und im oberen Mittelfeld (Rang 8 von 28) bezüglich der Ausgaben relativ zum Bruttonationaleinkommen (0.47%, Durchschnitt DAC: 0.4%)<sup>3</sup>, erreicht damit aber nicht die Zielvorgabe der UNO von 0.7 Prozent. 28 Prozent (-9) überschätzen den Beitrag der Schweiz im internationalen Vergleich, 12 Prozent (-1) unterschätzen ihn.

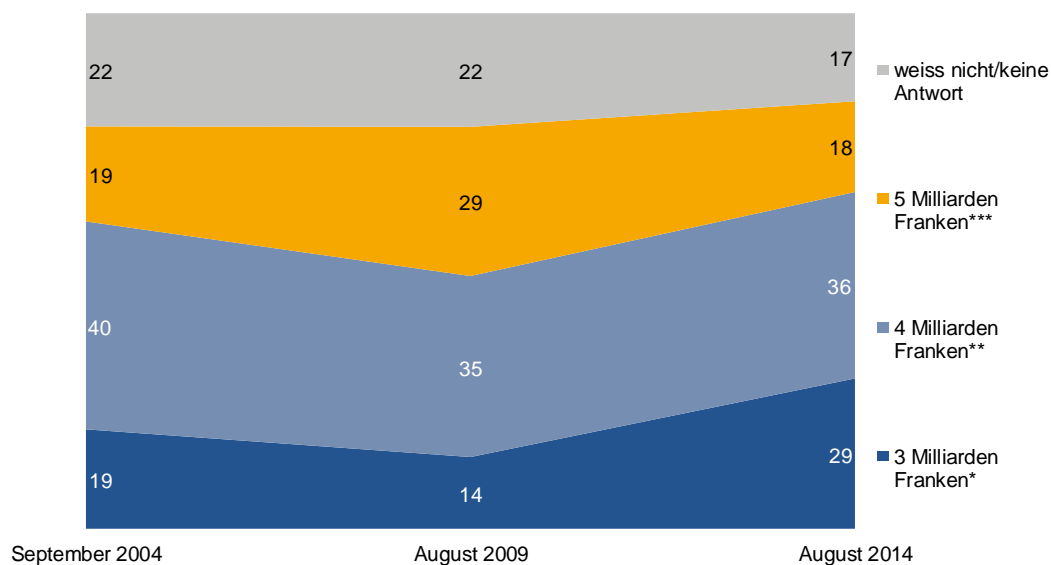
Interessant ist der einzige signifikante, soziodemographische Unterschied: Rechte (36%) gehen verstärkt davon aus, dass die Schweiz mehr als andere Industrieländer ausgibt. Bei den Linken und politisch Ungebundenen (je 22%) sind es weniger (Mitte: 28%).

<sup>3</sup> [http://www.deza.admin.ch/de/Home/Die\\_DEZA/Zahlen\\_und\\_Fakten/Die\\_Schweiz\\_im\\_internationalen\\_Vergleich](http://www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZA/Zahlen_und_Fakten/Die_Schweiz_im_internationalen_Vergleich)

## Trend Schätzung Höhe Ausgaben für Entwicklungshilfe des Bundes

"Wie hoch schätzen Sie die jährlichen Ausgaben für Entwicklungshilfe des Bundes? Betrug sie letztes Jahr ca. 3 Milliarden Franken, 4 Milliarden Franken oder 5 Milliarden Franken?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200),

\* 2004: 1,7 Mrd. CHF/2009: 2,3 Mrd. CHF, \*\* 2004: 2,7 Mrd. CHF/2009: 3,3 Mrd. CHF, \*\*\* 2004: 3,7 Mrd. CHF/2009: 4,3 Mrd. CHF

Viertens überschätzt die Mehrheit jedoch weiterhin den absoluten Betrag, der in die Entwicklungshilfe fliesst. 54 Prozent (–10) schätzen den Wert auf 4 oder 5 Milliarden. Nur 29 Prozent (+15)<sup>4</sup> vermuten richtig, dass es ungefähr 3 Milliarden Franken sind. 17 Prozent kennen die Antwort nicht und verzichten auf eine Schätzung.

Französischsprachige (31%), Personen mit tiefen Einkommen (34%) und ohne politische Selbstverortung (27%) bekunden mehr Mühe, eine Schätzung abzugeben. Linke (35% 3 Mrd., 12% 5 Mrd.) schätzen tendenziell auch die absoluten Ausgaben tiefer ein als Rechte (26% 3 Mrd., 21% 5 Mrd.).

Auch wenn alle Fehlwahrnehmungen von der Diskrepanz her keineswegs dramatisch sind, ist doch eine solche Fehleinschätzung gerade in Bezug auf finanzielle Fragen und in der Folge daraus abgeleiteten Forderungen an die Entwicklungszusammenarbeit nicht unerheblich.

<sup>4</sup> Absolute Werte im Fragetext wurden in jeder Befragungswelle angepasst, was beim direkten Vergleich in Betracht gezogen werden muss. Jeweils die tiefste Kategorie entsprach in allen Befragungswellen dem aktuellsten, korrekten Wert; die mittlere Kategorie lag 1 Milliarde, die obere Kategorie 2 Milliarden darüber.

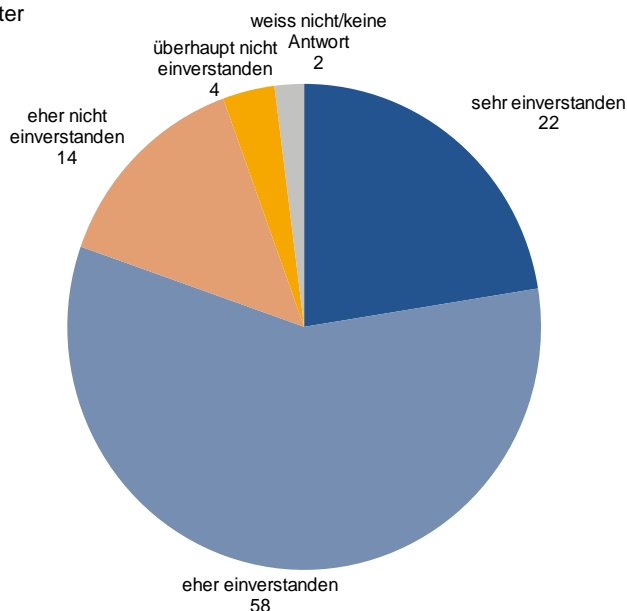
Obwohl die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit eher über- als unterschätzt werden, ist die vom Bundesrat und Parlament beschlossene Erhöhung akzeptiert:

## Grafik 38

### Beurteilung Budgeterhöhung Entwicklungszusammenarbeit

"Bundesrat und Parlament haben 2011 beschlossen, das Budget für Entwicklungszusammenarbeit von 0,46% des Bruttonationaleinkommens im Jahr 2011 auf 0,5% im Jahr 2015 zu erhöhen. Ganz generell, sind Sie mit einer solchen finanziellen Erhöhung der Schweizerischen Entwicklungshilfe sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

80 Prozent sind sehr oder eher, nur 18 Prozent eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden. Allerdings haben insgesamt nur 26 Prozent eine (positive oder negative) gefestigte Haltung, was darauf schliessen lässt, dass die Entwicklungshilfe und der konkrete Entscheid keine breit diskutierten und umstrittenen Themen sind.

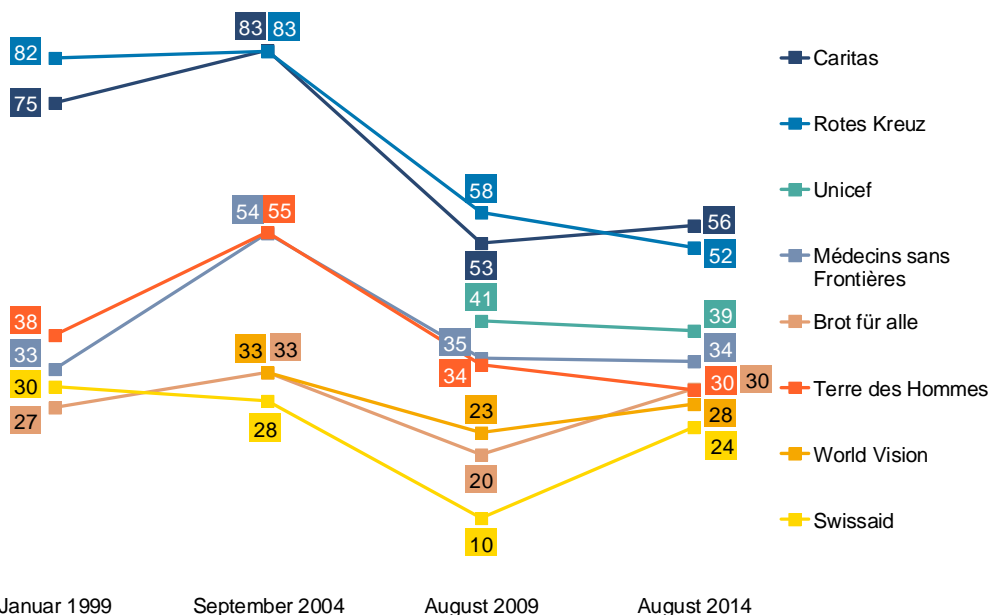
Darauf lässt auch die relativ breite Abstützung des Entscheides in der Bevölkerung schliessen: Selbst unter politisch Rechtsstehenden (71% sehr und eher einverstanden) und jenen ohne politische Selbstverortung (70%), welche wie bereits beobachtet der Entwicklungshilfe etwas kritischer gegenüberstehen, wird der Entscheid klar mehrheitlich unterstützt. Dennoch ist die Zustimmung geringer als unter politisch Linksstehenden (87%). Sprachregional betrachtet ist die Zustimmung in der deutschsprachigen (82%) höher als in der italienischsprachigen Schweiz (72%).

Am stärksten hängt die Beurteilung der Budgeterhöhung mit der Beurteilung der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes insgesamt (s. oben) zusammen: Die kleine Minderheit, welche die Arbeit des Bundes eher oder sehr schlecht beurteilt, unterstützt den Entscheid nur zu 65 Prozent (sehr oder eher gute Arbeit (83%).

## Trend (ungestützte) Bekanntheit privater Hilfswerke (1)

"Welche privaten Hilfswerke kennen Sie, die sich mit Entwicklungszusammenarbeit befassen?"

in % Stimmberechtigter, mehrere Antworten möglich



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Caritas (56%, +3) und das Rote Kreuz (52%, -6) bleiben beiden die bekanntesten privaten Hilfswerke in der ungestützten Fragestellung, haben jedoch die Plätze getauscht. Dahinter folgen wie bisher UNICEF (39%, -2), Médecins sans Frontières (34%, -1) und Terre des Hommes (30%, -4). Zu dieser Gruppe gesellt sich (wieder) Brot für alle (30%, +10). An Bekanntheit zulegen konnten auch World Vision (28%, +5), deutlich auch Swissaid (24%, +14) und Helvetas (23%, +14).

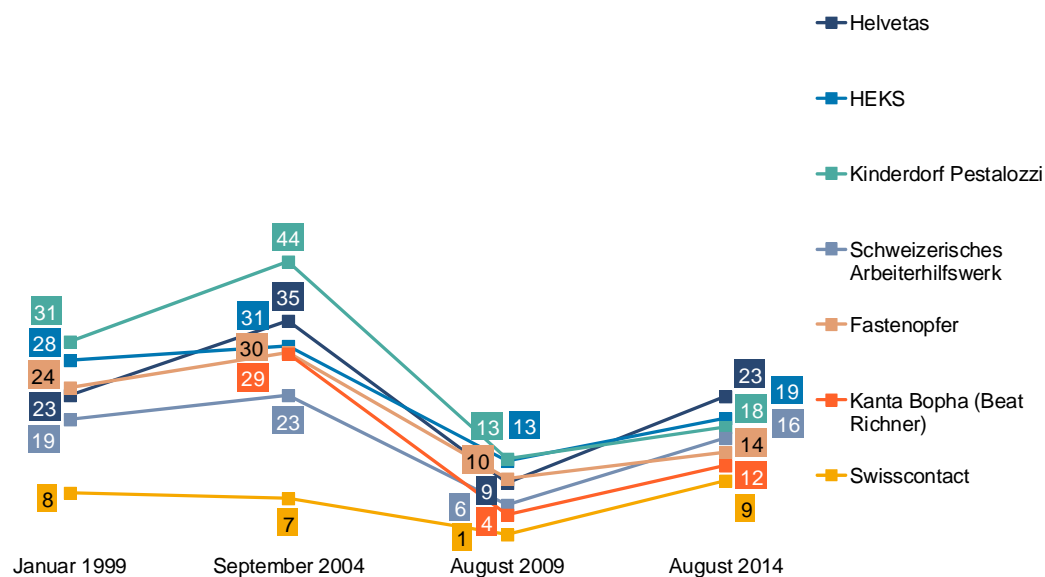
Die übrigen Hilfswerke werden von weniger als einem Fünftel der Stimmberechtigten spontan genannt. Im Vergleich zu 2009 hat ihre Bekanntheit zugenommen, jedoch liegen sie grösstenteils noch hinter den Werten, die 2004 gemessen wurden. Konkret sind das HEKS (19%, +6), das Kinderdorf Pestalozzi (18%, +5), das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (16%, +10), Fastenopfer (14%, +4) und Kanta Bopha (12%, +8). Swisscontact (9%, +8) bleibt trotz Verbesserung das unbekannteste dieser Hilfswerke.



## Trend (ungestützte) Bekanntheit privater Hilfswerke (2)

"Welche privaten Hilfswerke kennen Sie, die sich mit Entwicklungszusammenarbeit befassen?"

in % Stimmberechtigter, mehrere Antworten möglich



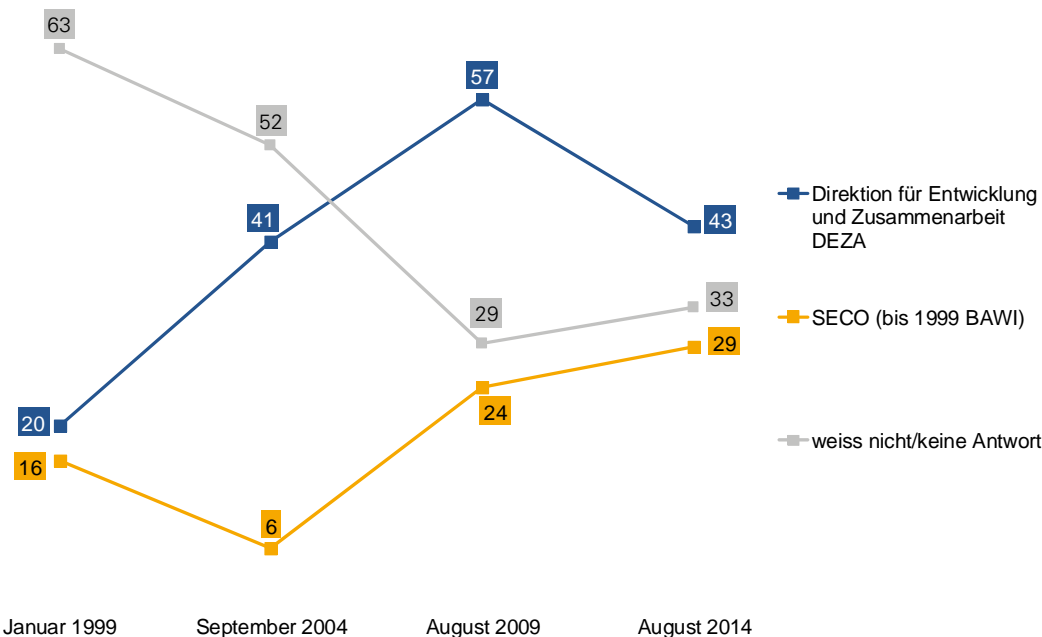
© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Während die Hilfswerke ihre Bekanntheit grösstenteils ausbauen oder auf erhöhtem Niveau halten konnten, gilt dies nicht für die DEZA:

## Trend Offizielle Stellen des Bundes

"Wie heissen die offiziellen Stellen des Bundes, die sich mit Entwicklungszusammenarbeit befassen?"

in % Stimmberechtigter, mehrere Antworten möglich



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Nur noch 43 Prozent (-14) können die DEZA als offizielle Stelle des Bundes, die sich mit Entwicklungszusammenarbeit befasst, spontan nennen. 2009 war dieser Anteil erstmals mehrheitlich. Immerhin nahm die Nennung des SECO als

weitere in der Entwicklungszusammenarbeit Stelle innert der fünf Jahre zu (29%, +5). Ein Drittel konnte keine Stelle nennen (33%, +4).

Wie üblich bei Wissensfragen zeichnen sich Personen mit hoher Bildung (51% Kenntnis DEZA), hohem Einkommen (52%) und über 70 Jahre (49%) durch eine höhere Kenntnis aus als jene mit tiefer Bildung (34%), tiefem Einkommen (36%) und zwischen 18 und 29 Jahren (37%). In der Deutschschweiz (44%) kennen mehr Leute die DEZA als im Tessin (34%) und Linke (50%) kennen sie besser als Personen, die sich politisch nicht auf der Links-Rechts-Achse verorten (28%; Mitte 45%, rechts 41%).

Bezüglich SECO ist die (Un-)Kenntnis gleichmässiger verteilt. Dennoch gilt auch hier, eine hohe Bildung (32% Kenntnis SECO), aber auch ein Einkommen zwischen 7000 und 9000 Franken (35%) und ein Alter zwischen 50 und 59 Jahren (36%) mit einer erhöhten Kenntnis einhergeht. Das gilt ebenso für Französischsprachige (33%) und politisch Rechtsstehende (35%). Tiefer ist die Kenntnis unter Linken (26%), Personen mit tiefen Einkommen (21%) und tiefer Schulbildung (25%).

### 3.5.1 Zwischenbilanz

Im Hintergrund der Einschätzungen steht ein teilweise imperfekter Wissensstand, auch in Bezug zur Finanzierung: Erstens geht die Mehrheit fälschlicherweise davon aus, dass die über Spende finanzierte Entwicklungszusammenarbeit einen ähnlichen Umfang wie die vom Bund geleistete Entwicklungszusammenarbeit aufweist.

Zweitens ist den Stimmberechtigten grossmehrheitlich bewusst, dass Entwicklungshilfe nicht der wichtigste Ausgabenposten im Bundesbudget darstellt, allerdings weiss nur rund ein Viertel, dass die Ausgaben hierzu von allen abgefragten Budgetposten an letzter Stelle steht. Drittens geht die Mehrheit korrekterweise davon aus, dass die Schweiz im internationalen Vergleich etwa gleich viel wie andere Industrieländer ausgibt. Viertens überschätzt die Mehrheit jedoch den absoluten Betrag, der in die Entwicklungshilfe fliesst. Rechte überschätzen die Entwicklungshilfe im internationalen Vergleich und in absoluten Zahlen tendenziell.

Auch wenn alle Fehlwahrnehmungen von der Diskrepanz her keineswegs dramatisch sind, ist doch eine solche Fehleinschätzung gerade in Bezug auf finanzielle Fragen und in der Folge daraus abgeleiteten Forderungen an die Entwicklungszusammenarbeit nicht unerheblich. Trotz dieser partiellen Fehlwahrnehmungen wird von 80 Prozent der Stimmberechtigten die vom Bundesrat und Parlament beschlossene Erhöhung akzeptiert, selbst von Rechten und politisch Ungebundenen.

Caritas und das Rote Kreuz bleiben beiden die bekanntesten privaten Hilfswerke. Die DEZA hat an Bekanntheit eingebüsst und wird nur noch von minderheitlichen 43 Prozent (ungestützt) als offizielle Stelle des Bundes für die Entwicklungszusammenarbeit genannt.

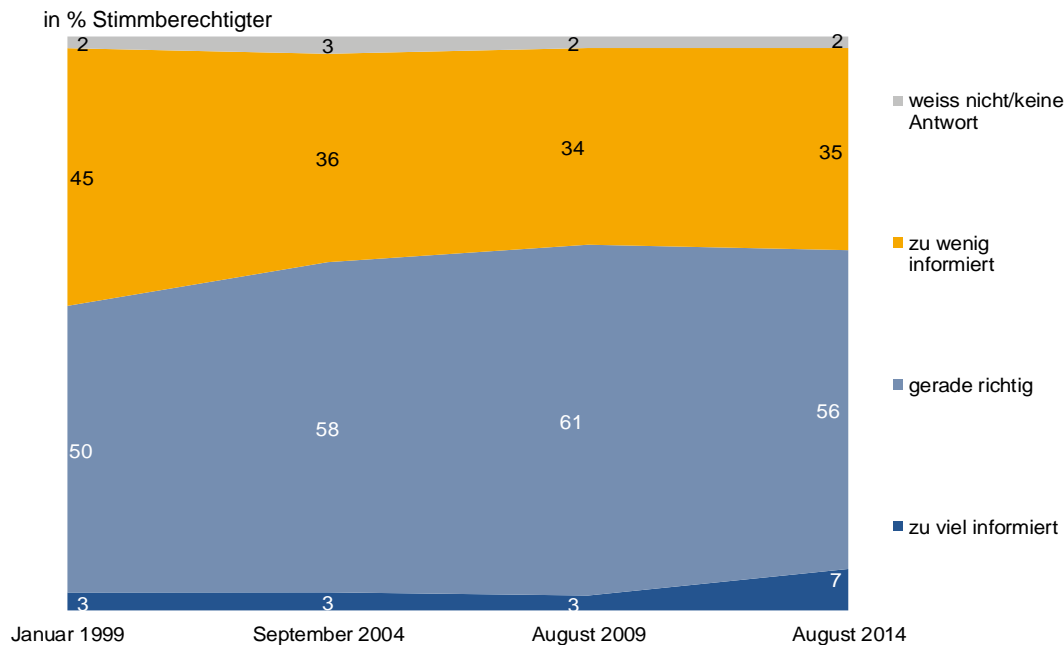
## 3.6 Informationsarbeit

Die Korrektur von Fehlwahrnehmungen ist dabei nicht einfach durch eine Verstärkung der bisherigen Kommunikation zu leisten:

Grafik 42

### Trend Information über Probleme Entwicklungsländer

"Finden Sie, dass Sie im allgemeinen über die Probleme der Entwicklungsländer zu viel, gerade richtig, oder zu wenig informiert werden?"



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Gut ein Drittel (35%, +1) aller Schweizer Stimmberechtigten fühlt sich in Fragen Entwicklungszusammenarbeit zu wenig informiert. Mehrheitliche 56 Prozent (–5) hält den Informationsfluss für gerade richtig und für 7 Prozent (+4) wird zu viel darüber informiert.

Der Informationsgrad ist bei allen Untergruppen (relativ) mehrheitlich gerade richtig. Einzig politisch Linksstehende geben häufig an, zu wenig informiert zu sein (50% zu wenig, 40% gerade richtig). Bei politisch Rechtsstehenden sind nur 24 Prozent nach eigenen Angaben zu wenig und 67 Prozent gerade richtig informiert. Personen mit einem tiefen Bildungsgrad fühlen sich leicht überdurchschnittlich überinformiert (14% zu viel).

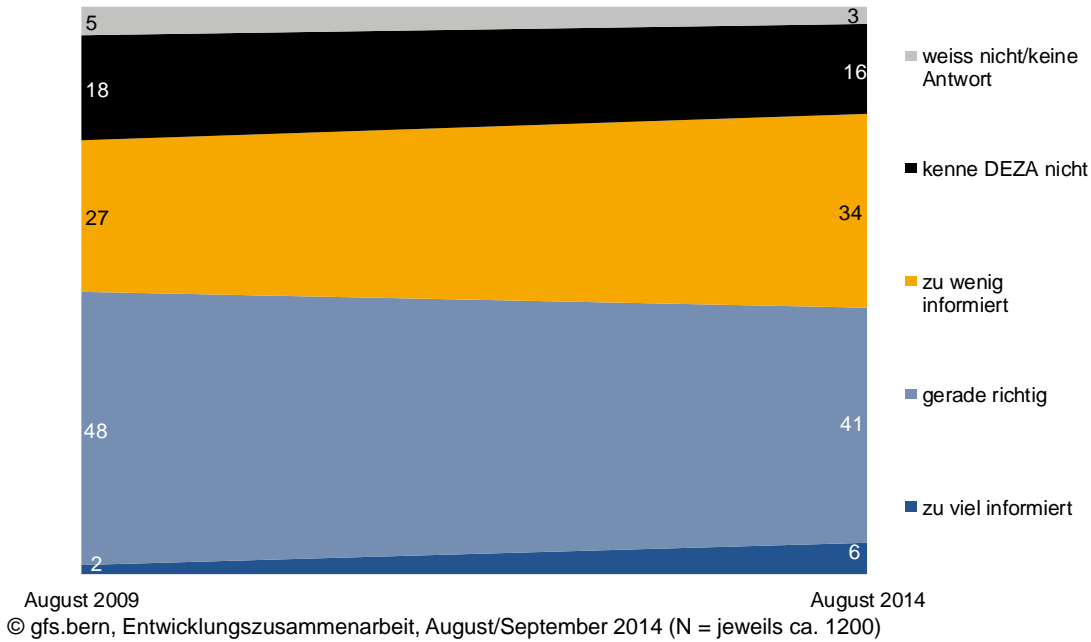
Obwohl man sich mehrheitlich über die Probleme der Entwicklungsländer ohne grosse Veränderungen gerade richtig informiert fühlt, wünscht man sich verstärkt Informationen durch die DEZA: Sichtbar angewachsene 34 Prozent (+7) geben an, dass die DEZA zu wenig informiert. 41 Prozent (–7) finden die Informationsmenge der DEZA in Ordnung, für 6 Prozent (+4) ist sie zu gross. Hier zeigt sich zudem, dass die gestützte Bekanntheit der DEZA, anders als die ungestützte Bekanntheit, nicht zurückgegangen ist (16% kenne DEZA nicht, –2).

Anders als die generelle Informiertheit unterscheidet sich die Einschätzung der Informationspolitik der DEZA nicht nach politischen Lagern. Zu wenig Information konstatiert man vor allem in der Deutschschweiz (37% zu wenig). In der französisch- (24% kenne DEZA nicht) und der italienischsprachigen Schweiz (20%) scheint die gestützte Bekanntheit der DEZA geringer zu sein.

## Trend Informiertheit DEZA

"Finden Sie, dass Sie konkret von der DEZA (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit) über die Probleme der Entwicklungsländer zu viel, gerade richtig, oder zu wenig informiert werden? Falls Sie die DEZA nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter

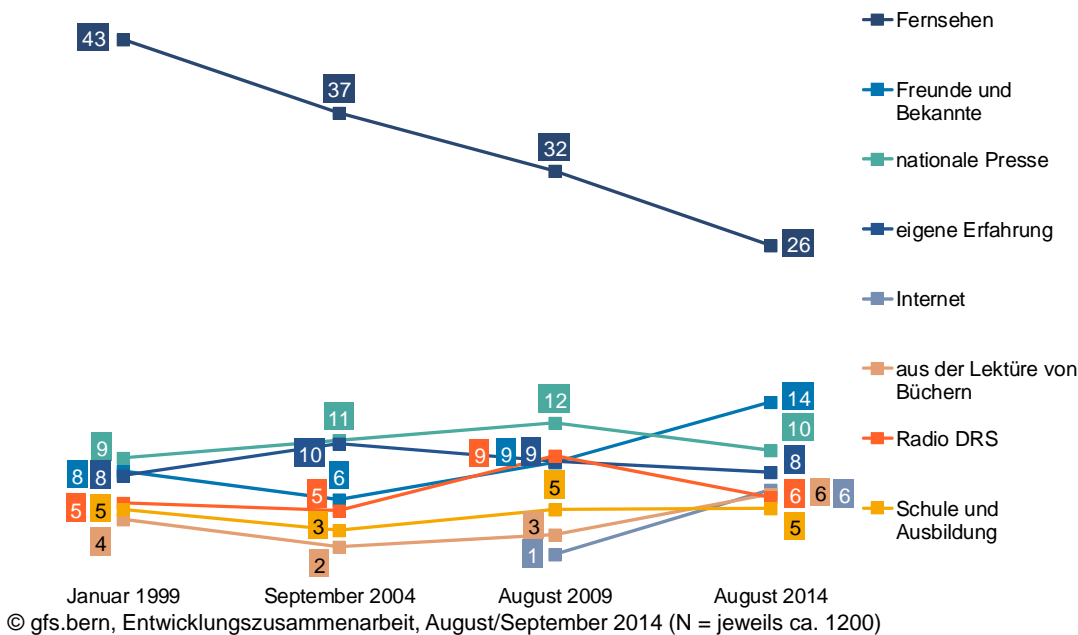


Hauptinformationsmedium über die Entwicklungsländer bleibt das Fernsehen, wenn auch mit stetig schrumpfendem Anteil:

## Trend Kenntnisse über Entwicklungsländer (1)

"Woher haben Sie Ihre Kenntnisse über die Entwicklungsländer ...?"

in % Stimmberechtigter



26 Prozent (-6) beziehen ihre Informationen hauptsächlich aus dem Fernsehen (max. eine Antwort möglich). 1999 war dies die Hauptquelle von 43 Prozent der Stimmberechtigten. Im Laufe der Jahre erodierte der Anteil laufend. Zunehmend...

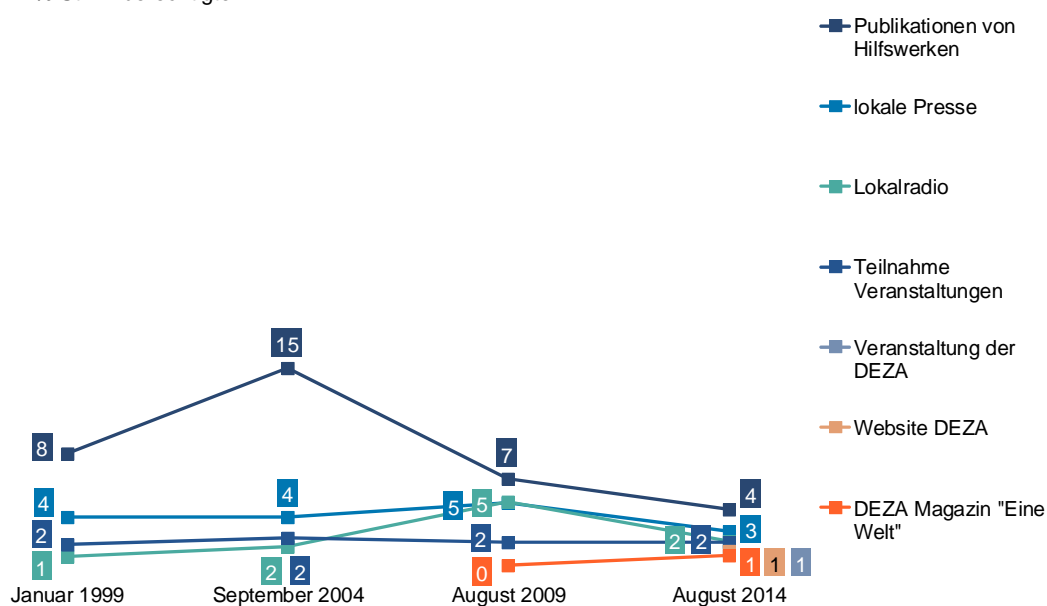
mend informiert man sich über Freunde und Bekannte (14%, +5); auch das Internet ist auf tiefem Niveau wichtiger geworden (6%, +5). Die anderen Informationsquellen haben sich nur innerhalb des Stichprobenfehlers innert der fünf Jahre verändert. Ein Zehntel (10%, -2) informiert sich über die nationale Presse, 8 Prozent (-1) hat eigene Erfahrung in Entwicklungsländer gemacht und jeweils 6 Prozent ziehen ihre Informationen aus Büchern (+3) oder dem nationalen Radio (-3). Ein Zwanzigstel (5%, ±0) hat über Entwicklungsländer hauptsächlich in der Schule oder Ausbildung erfahren.

Grafik 45

## Trend Kenntnisse über Entwicklungsländer (2)

"Woher haben Sie Ihre Kenntnisse über die Entwicklungsländer ...?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Die anderen Informationsquellen sind weniger wichtig. Insbesondere Publikationen von Hilfswerken (4%, -3) sind nicht mehr so wichtig wie vor zehn Jahren. Die lokale Presse (3%, -2), das Lokalradio (2%, -3) und die Teilnahme an Veranstaltungen generell (2%, ±0) sind nur von geringer Bedeutung. Auch die DEZA-eigenen Informationsbestrebungen wie Veranstaltungen, die Website (je 1%) und das Magazin "Eine Welt" (1%, +1) sind nur marginal als primäre Informationsquelle genutzt worden.

Die 18- bis 29-Jährigen haben ihre Informationen zu einem grösseren Teil aus dem Internet (11%) oder der Schule und Ausbildung (10%), während bei den 50- bis 69-Jährigen das Fernsehen noch einen höheren Stellenwert genießt (32%). Bei Personen, die sich politisch links oder in der Mitte einordnen, sind Informationen von Freunden und Bekannten (je 17%) wichtiger. Das Fernsehen ist für Linke (11%) dagegen viel weniger wichtig als für Rechte (30%), jene in der Mitte (28%) oder ohne politische Selbstverortung (33%). Letztere beziehen ihre Informationen häufiger auch vom Schweizer Radio (11%).

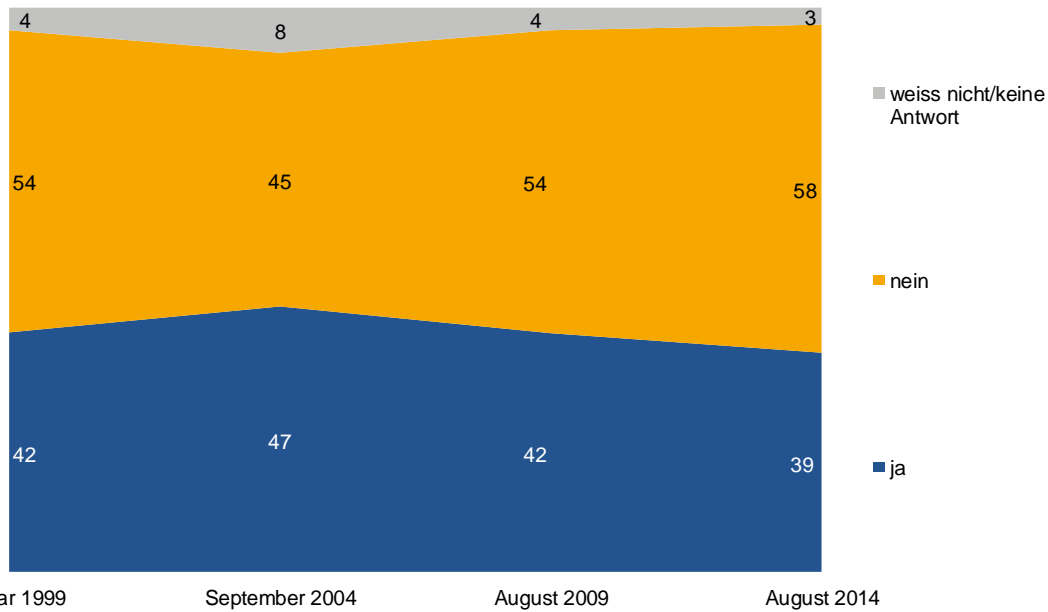
Minim zurückgegangen ist der Bevölkerungsanteil, der über die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes informiert wurde: 39 Prozent (-3) haben schon einmal etwas gehört. 58 Prozent (+4) sind nicht oder noch nie informiert worden.

Vor allem Hochgebildete (50%) haben solche Informationen schon einmal wahrgenommen (tiefer Bildungsgrad: 21%). Zudem hat man in der deutschsprachigen (40%) leicht häufiger als in der italienischsprachigen Schweiz (33%) etwas gehört (FCH: 37%). Die politischen Lager unterscheiden sich nicht.

## Trend Information über Entwicklungszusammenarbeit des Bundes

"Sind Sie schon einmal auf irgend eine Weise über Entwicklungszusammenarbeit des Bundes informiert worden?"

in % Stimmberechtigter



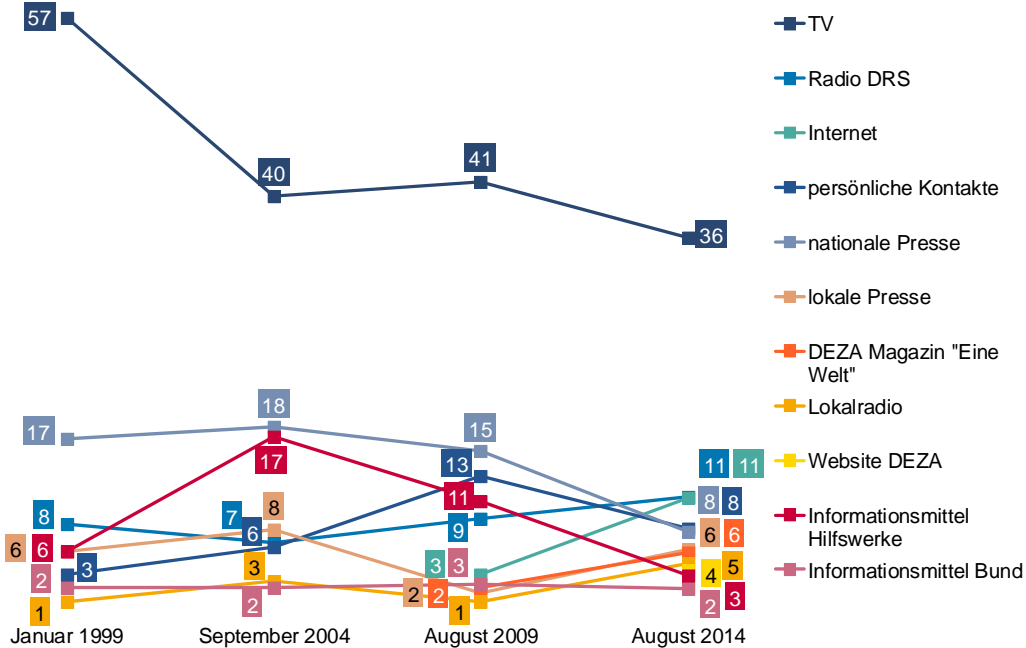
Januar 1999 September 2004 August 2009 August 2014  
© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Auch hierbei wurden die Informationen vor allem, aber in abnehmendem Masse, über das Fernsehen verbreitet:

## Trend Filter Informationsmittel Entwicklungshilfe Bund

"Durch welches Informationsmittel sind Sie informiert worden?"

in % Stimmberechtigter, die über Entwicklungszusammenarbeit Bund informiert wurden



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

36 Prozent (in Prozent derjenigen, die informiert wurden, -5) wurden über die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes über das Fernsehen informiert. Zugenommen hat vor allem das Internet (11%, +8) als Informationsmedium, das

gleich wichtig wie Radio SRF (11%, +2) ist. Auf tiefem Niveau an Wichtigkeit zugelegt haben die lokale Presse, das DEZA-Magazin "Eine Welt" (je 6%, +4), und Lokalradios (5%, +4). Weniger wichtig als vor fünf Jahren sind die nationale Presse (8%, -7), persönliche Kontakte (8%, -5) und die Informationsmittel der Hilfswerke (3%, -8). 4 Prozent haben die Informationen von der Website der DEZA, 2 Prozent (-1) von einem anderen Informationsmittel des Bundes.

Das Internet war vor allem für 30- bis 39-Jährige (21%) die Informationsquelle, überdurchschnittlich auch in der italienisch- (18%) und der deutschsprachigen Schweiz (12%; FCH 4%). In der französischsprachigen Schweiz informierte man sich dafür vermehrt über persönliche Kontakte (17%).

### **3.6.1 Zwischenbilanz**

Die Korrektur von Fehlwahrnehmungen ist dabei nicht einfach durch eine Verstärkung der bisherigen Kommunikation zu leisten. Gut ein Drittel aller Schweizer Stimmberechtigten fühlt sich in Fragen Entwicklungszusammenarbeit zu wenig informiert – bei politisch Linksstehenden ist es die Hälfte. Gerade der Informationswunsch gegenüber der DEZA ist innert der beobachteten Fünfjahresfrist sichtbar angewachsen.

Hauptinformationsmedium über die Entwicklungsländer bleibt das Fernsehen, wenn auch mit stetig schrumpfendem Anteil. Zunehmend informiert man sich über Freunde und Bekannte sowie das Internet.

Minim zurückgegangen ist der Bevölkerungsanteil, der über die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes informiert wurde. Auch hierbei wurden die Informationen vor allem, aber in abnehmendem Masse über das Fernsehen verbreitet.

## 3.7 Forderungen

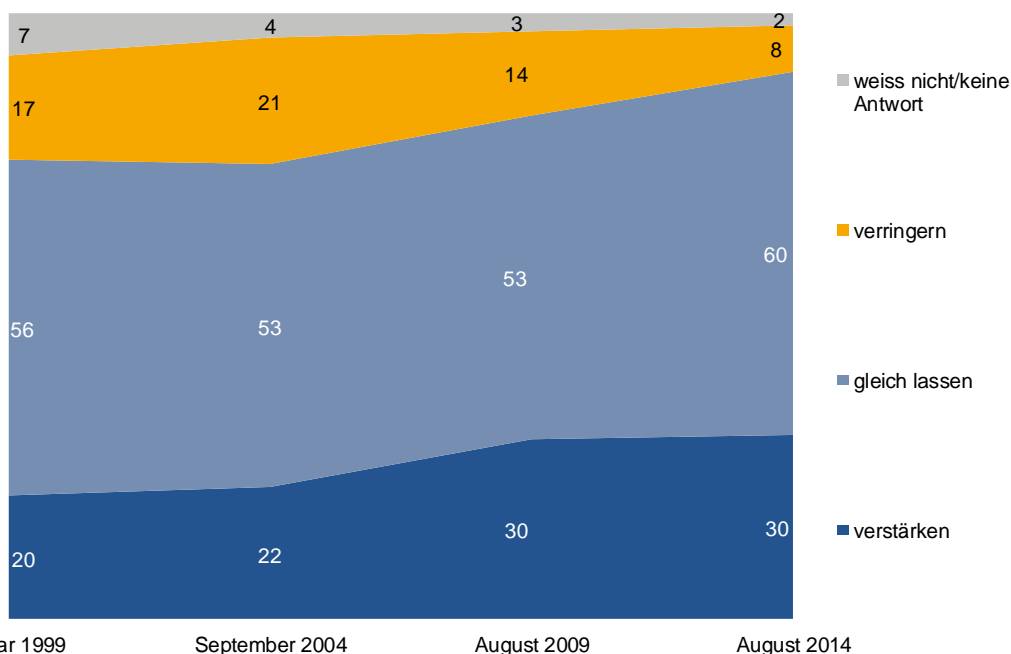
Im Kern der Forderungshaltung gegenüber der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit steht Stabilität:

Grafik 48

### Trend Anpassung Entwicklungszusammenarbeit Schweiz

"Sollte die Schweiz ihre Entwicklungszusammenarbeit verstärken, gleich lassen oder verringern?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Leicht angewachsene 60 Prozent (+7) aller Schweizer Stimmberechtigten wollen die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit auf dem aktuellen Niveau belassen. Nur Minderheiten möchten sie aus- (30%,  $\pm 0$ ) oder abbauen (8%, -6), wobei der Ausbauwunsch wie schon 2009 einen grösseren Anteil ausmacht als der Abbauwunsch, der erneut zurückgegangen ist.

In allen Untergruppen ist man mehrheitlich mit dem heutigen Stand zufrieden. Der Ausbauwunsch ist unter Linken (43% verstärken) jedoch deutlicher vorhanden als unter Rechten (22%) und Personen, die sich nicht auf der Links-Rechts-Achse verorten (19%). Allerdings herrscht auch unter den beiden letztgenannten Gruppen kein übermässiger Wunsch nach einem Abbau (je 11% verringern). Zudem ist der Ausbauwunsch in der deutschsprachigen (33%) stärker als in der französischen Schweiz (22%).

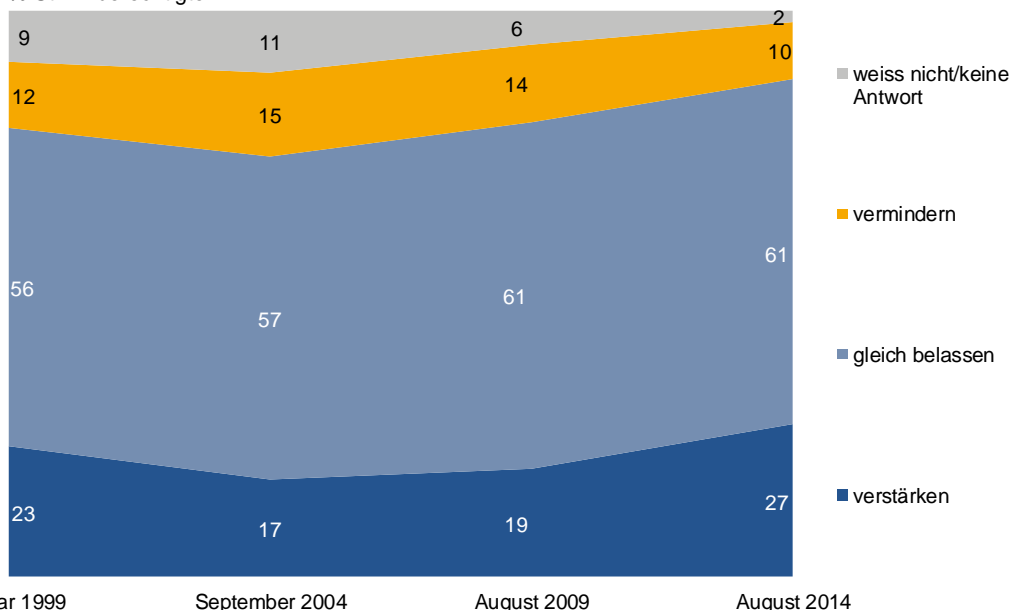
Auch wenn auf einer generellen Ebene Stabilität gewünscht wird, zeigt sich auf der Detailebene durchaus Wunsch nach Veränderung: Der Wunsch nach verstärkter Unterstützung des Bundes von Hilfswerken ist auf tiefem Niveau leicht angewachsen (27%, +8). Die Mehrheit sieht jedoch nach wie vor keinen Handlungsbedarf, den Anteil von 12 Prozent des Entwicklungszusammenarbeitbudgets für die Unterstützung der Programme privater Schweizer Hilfswerke zu verändern (61%,  $\pm 0$ ). Nur zehn Prozent (-4) finden, dass diese Unterstützung vermindert werden sollte.



## Trend Unterstützung Bund an Schweizer Hilfswerke

"2013 hat der Bund rund 12% seines Entwicklungszusammenarbeitsbudgets für die Unterstützung von Programmen der privaten Schweizer Hilfswerke ausgegeben. Finden Sie, dass diese Unterstützung verstärkt werden sollte, gleich zu belassen ist oder vermindert werden sollte?"

in % Stimmberechtigter



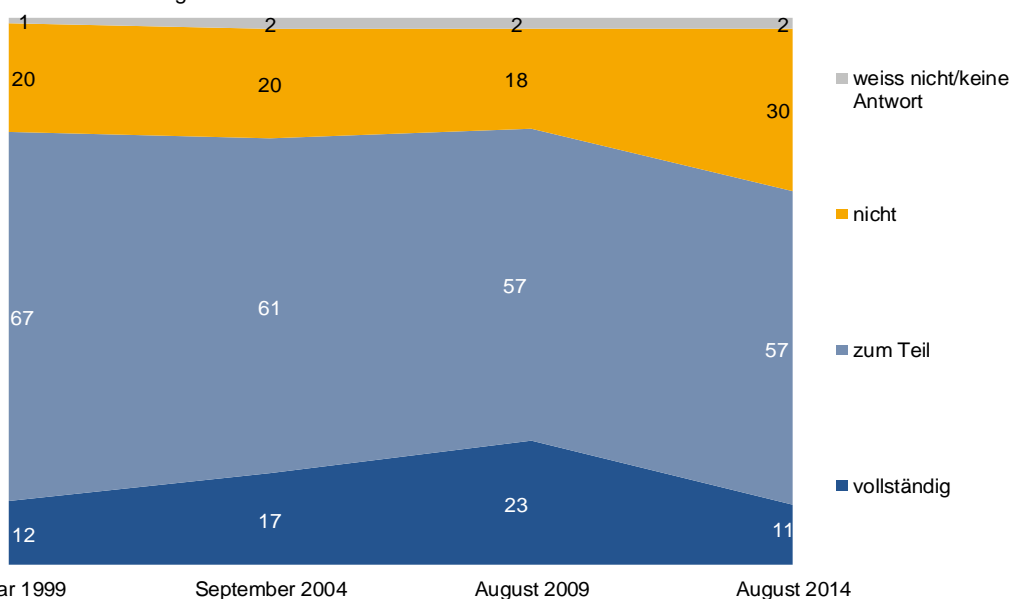
© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Personen in der politischen Mitte (31% verstärken) und links davon, aus der deutschsprachigen Schweiz (29%) und Frauen (30%) wären eher bereit, den Anteil zu erhöhen als Rechte (21%), jene ohne politische Bindung (15%), Männer (23%) und Französischsprachige (21%). In alle Untergruppen votiert die Mehrheit für das Belassen auf dem heutigen Stand.

## Trend Geld für Entwicklungszusammenarbeit an Schweizer Bedürftige

"Sollte man das Geld für die Entwicklungszusammenarbeit lieber hier in der Schweiz für Bedürftige ausgeben; Ich meine vollständig, zum Teil oder nicht?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

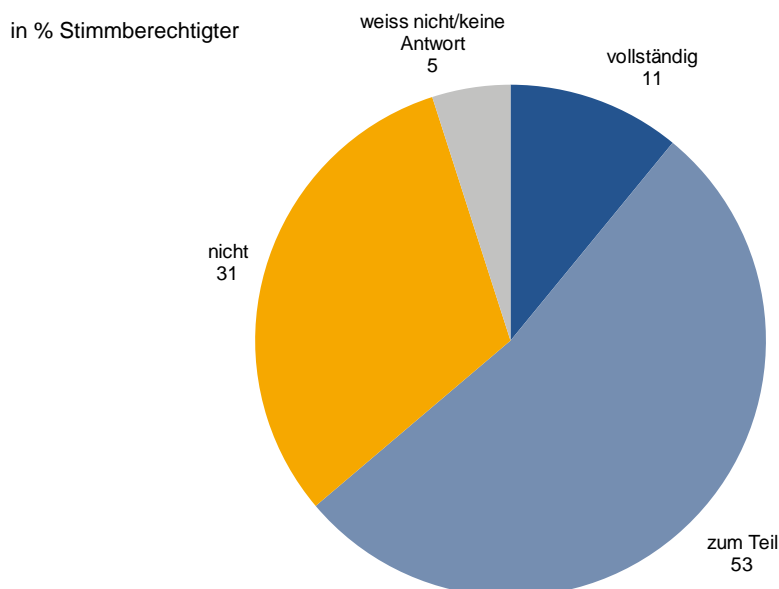
Der Wunsch, die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit nur noch für Bedürftige im Inland auszugeben ist, nach einem Aufschwung bis 2009, sichtbar geschrumpft und entspricht nun einem marginal geteilten Anliegen (11% vollständig, -12). Dennoch bleibt die Meinung, dass zumindest ein Teil in der Schweiz ausgegeben werden soll, weiterhin mehrheitlich (57%, ±0). Sichtbar angestiegen ist der Anteil, der kein Geld für die Entwicklungszusammenarbeit für Schweizer Bedürftige abzugeben will (30%, +12).

In allen untersuchten Gruppen votiert die absolute Mehrheit für einen teilweisen Einsatz für Schweizer Bedürftige, ausser bei den Linken (48% nicht). In dieser Gruppe sind 43 Prozent der Meinung, dass nichts abgezweigt werden soll. Überdurchschnittlich ist der Anteil auch unter Hochgebildeten (36%) und in der Deutschschweiz (32%). Unterdurchschnittlich in der französischen Schweiz (22%), bei Rechten (26%), Personen ohne politische Selbstverortung (21%), mit tiefem Bildungsgrad (25%) oder tiefen Einkommen (15%), aber auch in diesen Gruppen sind nur klare Minderheiten dafür, das Geld vollständig im Inland zu verwenden. Am ehesten wünschen sich die tiefen Einkommensschichten (23% vollständig) und damit die potentiell Begünstigten, dass Bedürftige in der Schweiz vollständig davon profitieren sollen.

Grafik 51

## Geld für Entwicklungszusammenarbeit zur Lösung Bevölkerungswachstum

"Sollte man das Geld für die Entwicklungszusammenarbeit lieber hier in der Schweiz zur Bewältigung der Probleme mit dem Bevölkerungswachstum ausgeben; Ich meine vollständig, zum Teil oder nicht?"



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

Eine knapp absolute Mehrheit (53%) kann sich vorstellen, dass das Geld zumindest teilweise zur Bewältigung der Probleme mit dem Bevölkerungswachstum im Inland genutzt wird. Allerdings gibt es auch hier mehr Personen, die dem gar nicht zustimmen (31%), als dass die Gelder vollständig dafür eingesetzt werden (11%).

Wie zuvor sind es vor allem die Linken, die sich gegen den Vorschlag stemmen (43% nicht), aber auch Hochgebildete (37%) und Deutschsprachige (33%). Am ehesten stimmen jene mit einem tiefen Bildungsabschluss zu, dass das Geld vollständig im Inland verwendet werden soll (21% vollständig).

Grafik 52

## Trend Meinung (Eigen-)Nutzen Entwicklungszusammenarbeit in Bezug auf Asylsuchende

"Welche der beiden folgenden Meinungen entspricht Ihnen am ehesten? Sagen Sie mir dies bitte anhand dieser Skala. '1' bedeutet, dass Sie mit dem ersten Teil der Antwort übereinstimmen, '6', dass Sie mit dem zweiten Teil der Antwort übereinstimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Ansichten abstufen.

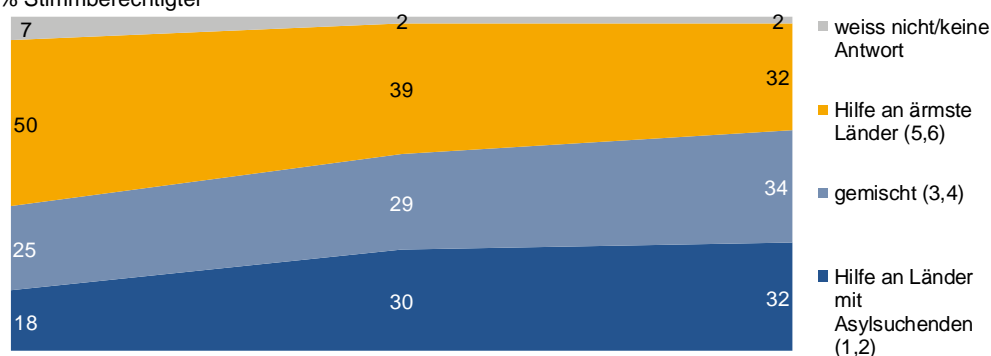
**Meinung 1:**

Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit sollte vermehrt in Ländern eingesetzt werden, aus denen Asylsuchende in die Schweiz kommen. Die Hilfe in diesen Ländern trägt dazu bei, dass weniger Menschen in die Schweiz flüchten.

**oder Meinung 2:**

Unsere Entwicklungszusammenarbeit soll vor allem den ärmsten Menschen in den ärmsten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zugute kommen. Unsere gegenwärtigen Flüchtlings- und Einwanderungsprobleme in der Schweiz sollten keinen Einfluss darauf haben, wo wir helfen, und wie wir helfen."

in % Stimmberechtigter



September 2004 August 2009 August 2014  
© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Immerhin fast ein Drittel (32% Werte 1-2 auf einer Skala von 1 bis 6, +2) ist der Meinung, dass die Entwicklungshilfe dazu beitragen soll, die Anzahl Flüchtlinge in die Schweiz zu verringern. Gleich viele nehmen die Gegenposition ein, dass den ärmsten Ländern geholfen werden soll, unabhängig von der Flüchtlingssituation in der Schweiz (32% Werte 5-6, -7). Vor zehn Jahren vertrat noch die Hälfte der Stimmberechtigten diese Meinung. Gut ein Drittel (34% Werte 3-4, +5) reiht sich zwischen den beiden Positionen ein.

Hier sind sich die politischen Lager uneins: Auf der linken Seite überwiegt die Meinung, den ärmsten Menschen in den ärmsten Ländern zu helfen (37%), die nutzenorientierte Sicht (23%). Auf der rechten Seite ist es umgekehrt: 45 Prozent votieren für eine Verteilung der Gelder entlang der Flüchtlingsströme und nur 25 Prozent wollen sich an der Armut der Betroffenen orientieren. Zudem ist die nutzenorientierte Sicht in der Deutschschweiz (36%) verbreiteter als in der Romandie (21%).

Ein Drittel (33% Werte 5-6, +5), aber weniger als vor zehn Jahren, ist der Meinung, dass schweizerische Wirtschaftsinteressen nicht im Vordergrund stehen dürfen. Nur leicht abgenommen hat die gegenteilige Meinung, dass Entwicklungszusammenarbeit auch der Schweizer Wirtschaft nützen soll (28% Werte 1-2, -3). Die relative Mehrheit positioniert sich dazwischen (37% Werte 3-4, -1).

Dieselben politischen Verwerfungen zeigen sich hier: Linke wollen eher eine unabhängige (44%) als von Wirtschaftsinteressen geleitete Entwicklungszusammenarbeit (19%), bei den Rechten ist es umgekehrt (23% Werte 1-2, 38% Werte 5-6).

## Trend Meinung zu (Eigen-)Nutzen der Entwicklungszusammenarbeit Wirtschaftsinteressen

"Welche der beiden folgenden Meinungen entspricht Ihnen am ehesten? Sagen Sie mir dies bitte anhand dieser Skala. '1' bedeutet, dass Sie mit der ersten Meinung übereinstimmen, '6', dass Sie mit der zweiten Antwort übereinstimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Ansichten abstufen.

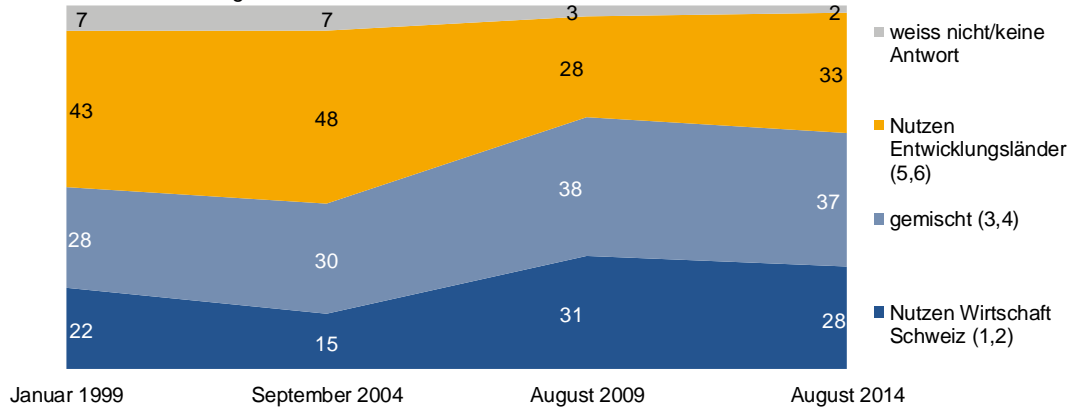
**Meinung 1:**

Wenn wir schon Entwicklungszusammenarbeit leisten, so sollte sie immer auch unserer Wirtschaft nutzen. Die Entwicklungsländer sollten z.B. die benötigten Güter für ein Entwicklungsvorhaben ausschliesslich in der Schweiz kaufen.

**oder Meinung 2:**

Bei unserer Entwicklungszusammenarbeit muss der Nutzen für die Entwicklungsländer unabhängig von schweizerischen Wirtschaftsinteressen im Vordergrund stehen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

## Trend Verbesserung Lebensbedingungen in Entwicklungsländern

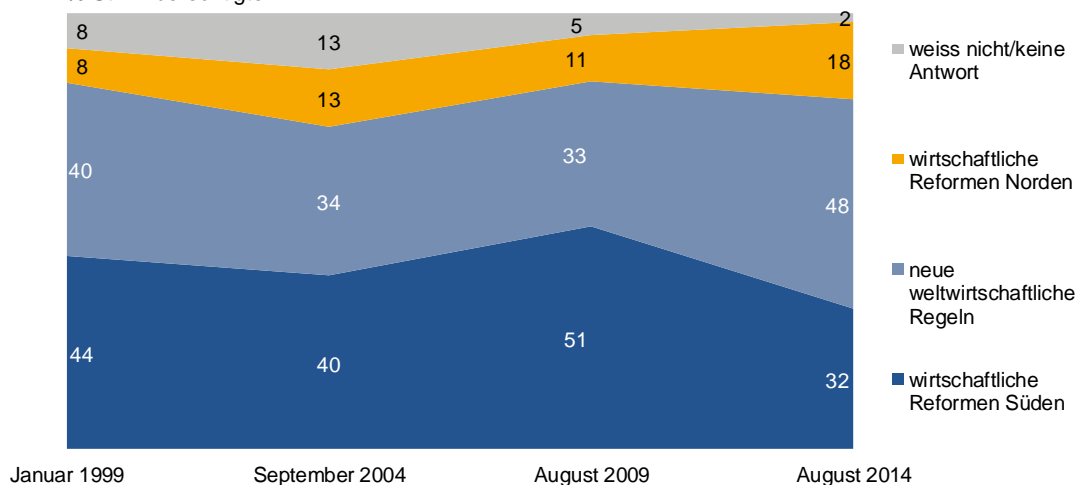
"Wenn Sie an die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern denken, welche der Massnahmen auf dieser Liste ist für Sie am wichtigsten?

**wirtschaftliche Reformen Süden** "Politische und wirtschaftliche Reformen im Süden selber (z.B. Agrarreformen, Kampf der Korruption etc.)"

**neue weltwirtschaftliche Regeln** "Neue weltwirtschaftliche Spielregeln, damit ärmere Länder einen grösseren Nutzen daraus ziehen können (z.B. bessere Rohstoffpreise, weniger Exportsubventionen, weniger Exportschutz)"

**wirtschaftliche Reformen Norden** "Reformen im Norden, damit der Süden sich überhaupt entwickeln kann (z.B. mehr Importe aus dem Süden)"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Um die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern zu verbessern, würde man neu vor allem die weltwirtschaftlichen Spielregeln zugunsten der ärmeren Länder neu definieren (48%; +15). Nur noch 32 Prozent (-19) sehen Priorität in politischen und wirtschaftlichen Reformen, die in den Ländern im Süden selber durchgeführt werden müssten. Weiterhin ist es nur die Minderheit, welche vor

allein in den Ländern in Norden Reformen als wichtigste Massnahme erachtet, damit sich der Süden entwickeln kann (18%, +7).

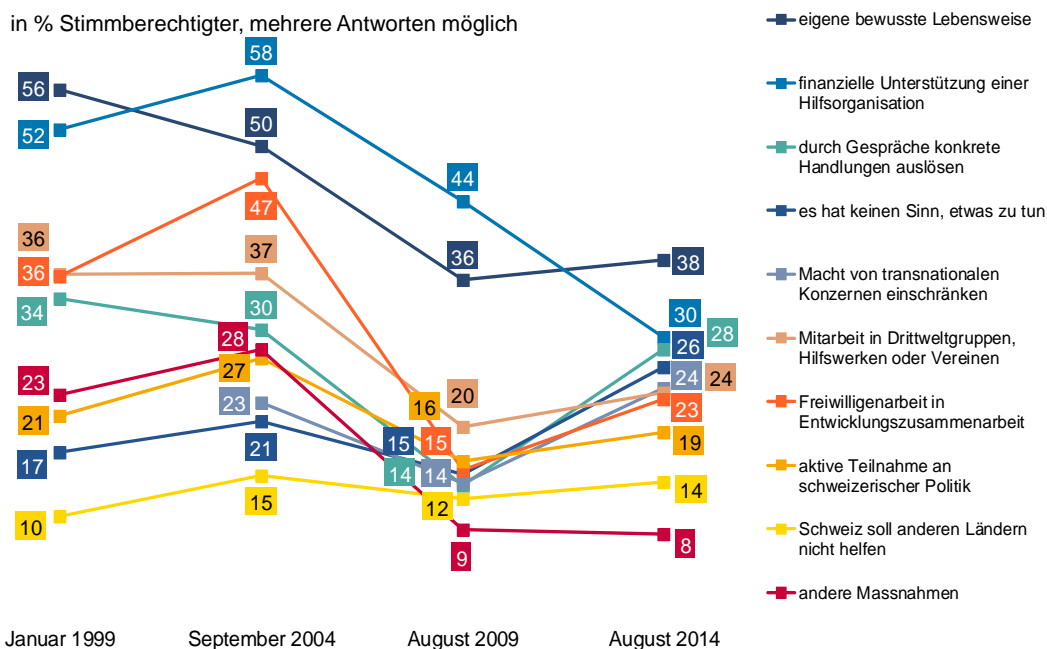
Hierbei gibt es nur kleiner Unterschiede: Unter Rechten ist die Meinung, dass es zunächst Reformen im Süden braucht, verstärkt vorhanden (38%). Das trifft ebenso auf die italienisch- (39%) und die deutschsprachige Schweiz (35%) zu.

Die finanzielle Unterstützung von Hilfsorganisationen ist nicht mehr die meistgenannte Massnahme, zu der man persönlich bereit wäre:

Grafik 55

## Trend Massnahmen zur Behebung der Weltprobleme

"Welche der folgenden Massnahmen als Beitrag zur Behebung der Weltprobleme kommen für Sie persönlich in Frage?"



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Weniger als ein Drittel (30%, -14) würde zur Behebung der Weltprobleme Geld an eine Hilfsorganisation spenden. Vor zehn Jahren war noch mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten dazu bereit. Primär wird versucht, durch eine bewusste Lebensweise einen Beitrag zu leisten (38%, +2). Statt durch Spenden ist man jedoch vermehrt bereit, durch Gespräche in der Familie und unter Freunden konkrete Handlungen auszulösen (28%, +14), die wachsende, unkontrollierte Macht von transnationalen Konzernen einschränken zu lassen (24%, +10), selber in einer Drittweltgruppe, in Hilfswerken oder Vereinen aktiv mitzuarbeiten (24%, +4) oder in der Katastrophen- und Entwicklungszusammenarbeit Freiwilligenarbeit zu leisten (23%, +8). Bei all diesen Massnahmen ist die Bereitschaft wieder gestiegen, nachdem sie 2009 im Vergleich zu 2004 zurückgegangen ist. Weniger als ein Fünftel wäre für die aktive Teilnahme an der lokalen oder schweizerischen Politik (19%, +3) und weniger als ein Zehntel für andere Massnahmen bereit (8%, -1).

Wieder erstarkt ist auf der anderen Seite auch die Ansicht, dass man keinen Einfluss auf das Weltgeschehen habe, weshalb eine individuelle Massnahme nicht sinnvoll sei (26%, +11). 14 Prozent (+2) sind der Meinung, dass die Schweiz für sich selber schauen und nicht anderen Ländern helfen soll.

Generell tun sich drei Gruppen hervor, nämlich Linke, Hochgebildete und Personen aus grossen Agglomerationen. Linke wollen durch die eigene bewusste Lebensweise (46%), finanzielle Unterstützung (39%), aktive Teilnahme an der Politik (31%), der Mitarbeit in einem Hilfswerk (33%) oder der Einschränkung von transnationalen Unternehmen (31%) etwas bewegen, Hochgebildete und

Personen aus grossen Agglomerationen durch eine bewusste Lebensweise (je 45%), Gespräche (36% resp. 35%), Teilnahme an Politik (29% resp. 26%), Freiwilligenarbeit (29% resp. 31%) und die Machteinschränkung grosser Konzerne (30% resp. 36%). Zu finanzielle Unterstützung für Hilfsorganisationen sind Personen mit einem Haushaltseinkommen zwischen 7000 und 9000 Franken (36%) oder darüber (33%) eher bereit. Die Sinnlosigkeit individueller Massnahmen wird überdurchschnittlich von Rechten (33%), Personen ohne politische Bindung (30%), Tiefgebildeten und tiefen Einkommensschichten (je 32%) genannt, jedoch nennen auch diese Gruppe mehrheitlich eine Reihe von Massnahmen, zu denen sie bereit sind.

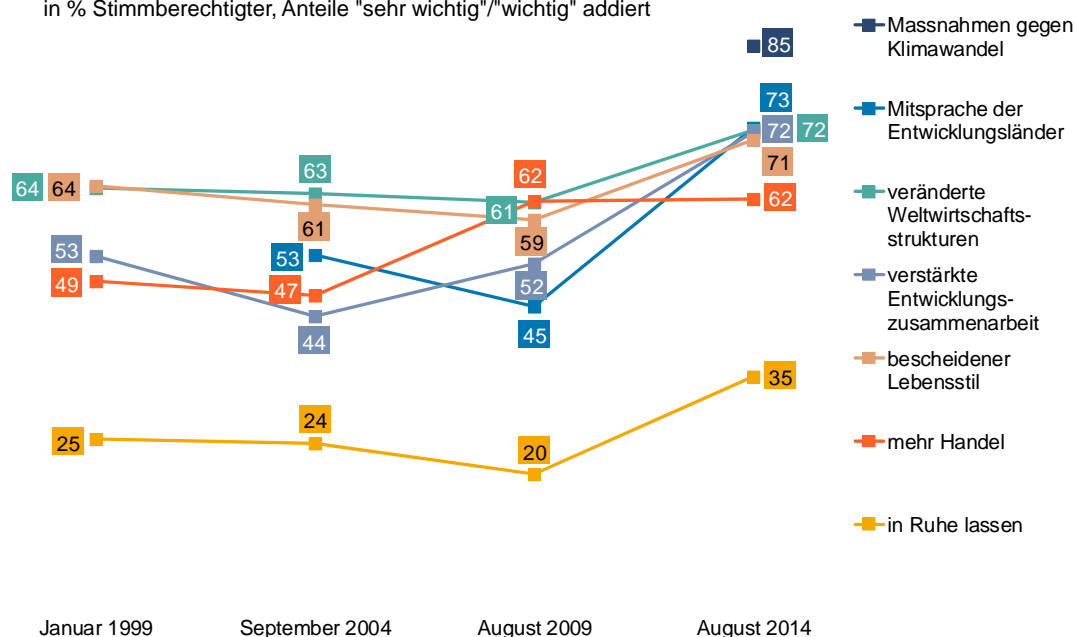
Ganz oben auf der Agenda zur Lösung von Entwicklungsproblemen stehen Massnahmen gegen den Klimawandel:

## Grafik 56

### Trend Beitrag zur Lösung von Entwicklungsproblemen

"Man kann auf verschiedene Arten einen Beitrag zur Lösung der Entwicklungsprobleme leisten. Wie wichtig finden Sie die folgenden Lösungsmöglichkeiten?"

in % Stimmberechtigter, Anteile "sehr wichtig"/"wichtig" addiert



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

85 Prozent finden es wichtig oder sehr wichtig, dass globale Massnahmen gegen den Klimawandel und dessen Folgen ergriffen werden. Im Fünfjahresvergleich deutlich an Wichtigkeit zugenommen haben verstärkte internationale Mitsprache der Entwicklungsländer (73% sehr wichtig oder wichtig, +28), die verstärkte Entwicklungszusammenarbeit (72%, +20), ein konstruktiver Beitrag der Schweiz zur Veränderung der Weltwirtschaftsstrukturen (72%, +11) und ein bescheidener Lebensstil bei uns selbst (71%, +12). Dass durch mehr Handel und Investitionen der schweizerischen Wirtschaft ein Lösungsbeitrag zu den Problemen erbracht werden kann, halten weiterhin 62 Prozent (±0) für wichtig oder sehr wichtig. Im Gegensatz zu den anderen abgefragten Lösungsmöglichkeiten sind die Anteile im Vergleich zur letzten Umfragewelle nicht gestiegen.

Eine gewachsene Minderheit von über einem Drittel (35%, +15) ist der Meinung, dass man Entwicklungsländer in Ruhe lassen müsste, also weniger mit ihnen handelt oder weniger dort investiert.

Insgesamt sind die Mehrheiten in den soziodemographischen Untergruppen (bezogen auf die addierten Werte von sehr wichtig und wichtig) gleich wie in der Gesamtstichprobe. Kleine Unterschiede finden sich jedoch entlang der politischen Ausrichtung, der Siedlungsart und der Einkommen. Linke plädieren

überdurchschnittlich für mehr Mitsprache der Entwicklungsländer (81%), verstärkte Entwicklungszusammenarbeit (80%) und veränderte Weltwirtschaftsstrukturen (79%). In grossen Agglomerationen will man Massnahmen gegen den Klimawandel (90%) und veränderte Wirtschaftsstrukturen (78%) voranbringen, in kleinen und mittleren Agglomerationen ist man für verstärkte Zusammenarbeit (77%) und mehr Handel (70%), während auf dem Land die Mitsprache der Entwicklungsländer (79%) höher gewichtet wird. Letzteres wünschen sich zudem vermehrt Personen in Haushalten mit 5000 bis 7000 oder mehr als 9000 Franken Monatseinkommen (je 77%). Einkommensklassen zwischen 7000 und 9000 Franken (89%) und darüber (88%) unterstützen zudem Massnahmen gegen den Klimawandel überdurchschnittlich.

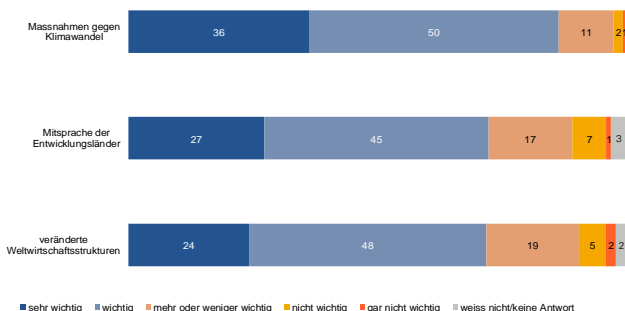
## Grafik 57

### Beitrag zur Lösung von Entwicklungsproblemen (1)

"Man kann auf verschiedene Arten einen Beitrag zur Lösung der Entwicklungsprobleme leisten. Wie wichtig finden Sie die folgenden Lösungsmöglichkeiten?"

**Massnahmen gegen Klimawandel** "Globale Massnahmen gegen Klimawandel und dessen Folgen."  
**Mitsprache der Entwicklungsländer** "Die verstärkte Mitsprache der Entwicklungsländer in der Weltpolitik."  
**veränderte Weltwirtschaftsstrukturen** "Ein konstruktiver Beitrag der Schweiz zur Veränderung der Strukturen der Weltwirtschaft - also z.B. durch bessere Rohstoffpreise oder Massnahmen zur Lösung der Verschuldungsfrage."

in % Stimmberechtigter



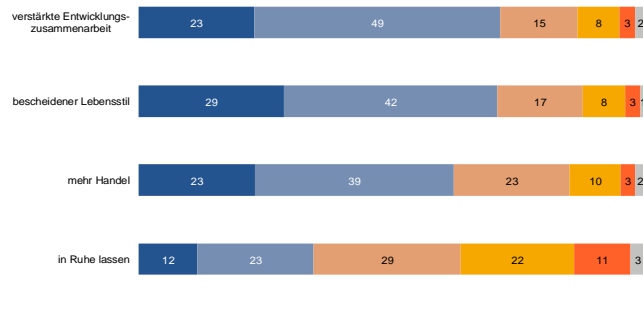
© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

### Beitrag zur Lösung von Entwicklungsproblemen (2)

"Man kann auf verschiedene Arten einen Beitrag zur Lösung der Entwicklungsprobleme leisten. Wie wichtig finden Sie die folgenden Lösungsmöglichkeiten?"

**verstärkte Entwicklungszusammenarbeit** "Eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit."  
**bescheidener Lebensstil** "Ein bescheidenerer Lebensstil bei uns selbst - also z.B. weniger Energie verbrauchen, weniger Tropenhölzer importieren etc."  
**mehr Handel** "Mehr Handel und Investitionen der schweizerischen Wirtschaft."  
**in Ruhe lassen** "Man müsste die Entwicklungsländer überhaupt in Ruhe lassen (weniger Handel, weniger Investitionen etc.)."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

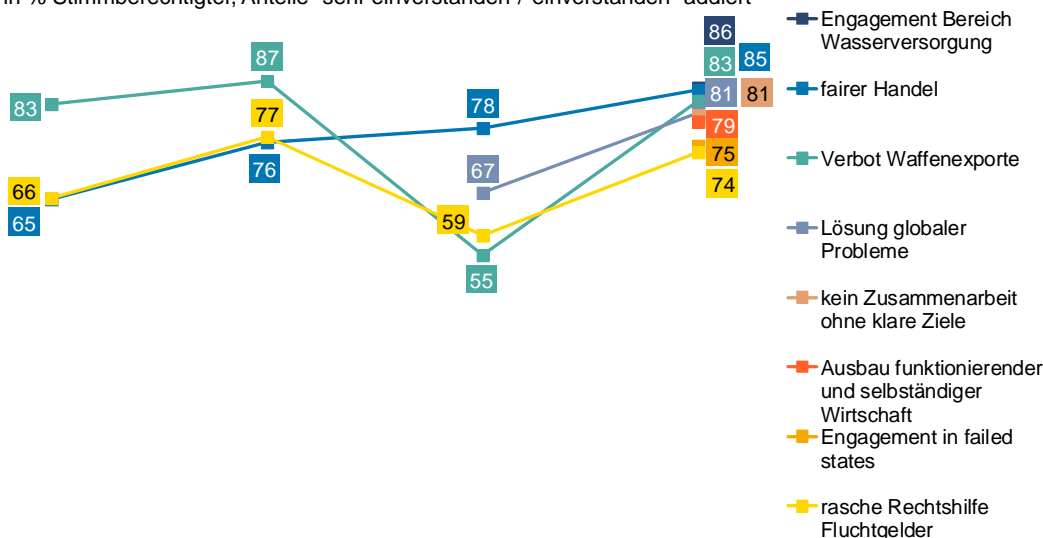
Auch die Vorschläge zum Aus- oder Umbau der Schweizer Entwicklungspolitik stossen wieder auf mehr Zustimmung als noch vor fünf Jahren:

## Grafik 58

### Trend Vorschläge zum Ausbau der schweizerischen Entwicklungspolitik (1)

"Wie beurteilen Sie die folgenden Vorschläge zum Ausbau oder Umbau der schweizerischen Entwicklungspolitik, d.h. sind Sie sehr einverstanden, einverstanden, mehr oder weniger einverstanden, nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?"

in % Stimmberechtigter, Anteile "sehr einverstanden"/"einverstanden" addiert



Januar 1999 September 2004 August 2009 August 2014  
 © gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Mehr Engagement im Bereich der Wasserversorgung für alle Menschen (86% sehr einverstanden und einverstanden) und die Förderung des fairen Handels (85%, +7) sind relativ unbestritten. Dazu zählt auch, wie schon 2004 und früher, das Waffenexportverbot in Entwicklungsländer (83%, +28). 2009 war diese Forderung zumindest umstritten; im gleichen Jahr wurde über die eidgenössische Volksinitiative "für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten" abgestimmt, welche Waffenexporte generell verbieten wollte. Die Initiative wurde mit einem Volksmehr von 68.2 Prozent und von allen Ständen abgelehnt.

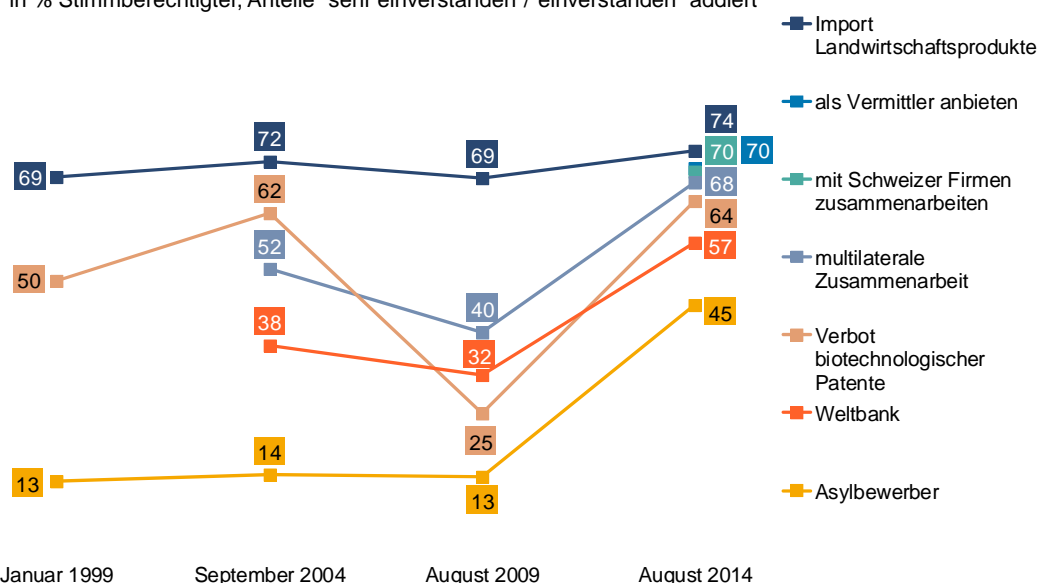
81 Prozent (+14) wollen, dass sich die Schweiz mehr für die Lösung globaler Probleme wie dem Klimawandel oder Ernährungskrisen engagiert; gleich viele sind mit dem Grundsatz einverstanden, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht ohne klare Ziele und strikter Zielüberprüfung am Projektende betrieben werden soll. 79 Prozent sehen den Schwerpunkt beim Ausbau einer funktionierenden und selbstständigen Wirtschaft. Drei Viertel wünschen sich mehr Engagement in Ländern ohne funktionierenden Staat und fast gleich viele (74%, +15) sind einverstanden, dass die Schweiz rasche Rechtshilfe zur Rückführung von Potentatengeldern bietet.

Grafik 59

## Trend Vorschläge zum Ausbau der schweizerischen Entwicklungspolitik (2)

"Wie beurteilen Sie die folgenden Vorschläge zum Ausbau oder Umbau der schweizerischen Entwicklungspolitik, d.h. sind Sie sehr einverstanden, einverstanden, mehr oder weniger einverstanden, nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?"

in % Stimmberechtigter, Anteile "sehr einverstanden"/"einverstanden" addiert



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = jeweils ca. 1200)

Gleich viele (74%, +5) möchten, dass beim Import landwirtschaftlicher Produkte vermehrt Entwicklungsländer berücksichtigt werden. Je 70 Prozent sind einverstanden, dass die Schweiz ihre guten Dienste als Vermittlerin anbietet und bei der Entwicklungszusammenarbeit stärker mit Schweizer Firmen zusammenarbeitet.

Zugenommen und (teilweise wieder) mehrheitlich gefordert werden die Verstärkung multilateraler Zusammenarbeit mit UNO-Organisationen (68%, +28) und mit der Weltbank (57%, +25) sowie ein Verbot von Patenten auf biotechnologische Produkte (64%, +39).

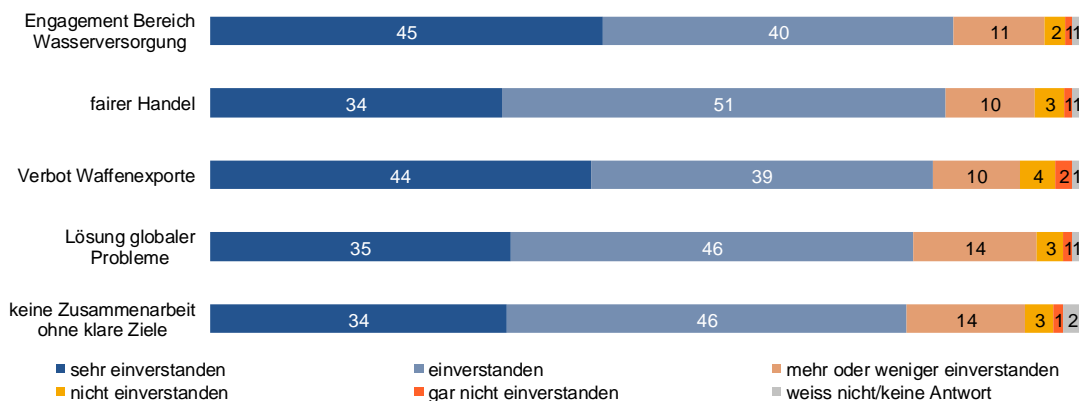
Klar zugenommen, aber weiterhin nicht mehrheitlich, ist die Forderung, Asylbewerber auch aus wirtschaftlichen Gründen in der Schweiz aufzunehmen (45%, +32).



## Vorschläge zum Ausbau der schweizerischen Entwicklungspolitik (1)

"Wie beurteilen Sie die folgenden Vorschläge zum Ausbau oder Umbau der schweizerischen Entwicklungspolitik, d.h. sind Sie sehr einverstanden, einverstanden, mehr oder weniger einverstanden, nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?"

**Engagement Bereich Wasserversorgung** "Mehr Engagement im Bereich Wasserversorgung für alle Menschen."  
**fairer Handel** "Förderung des fairen Handels, also der sozialen und ökologischen Produktion in Entwicklungsländern."  
**Verbot Waffenexporte** "Verbot von Waffenexporten in Entwicklungsländer."  
**Lösung globaler Probleme** "Mehr Engagement zur Lösung globaler Probleme (z.B. Klimawandel, Ernährungskrise)."  
**keine Zusammenarbeit ohne klare Ziele** "Keine Entwicklungszusammenarbeit ohne klare Ziele und strikte Zielüberprüfung nach Projektende."  
 in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

Auch die Vorschläge zur schweizerischen Entwicklungspolitik weisen geringe Unterschiede zwischen den politischen Lagern auf: Links ist man verstärkt mit rascher Rechtshilfe, dem Import von Landwirtschaftsprodukten (je 81%), multilateraler Zusammenarbeit (75%) und dem Verbot biotechnologischer Patente (74%) einverstanden, rechts dafür mit dem Engagement in Ländern ohne funktionierende Staatsmacht (80%).

Personen mit höherem Bildungsgrad sind von rascher Rechtshilfe bei Fluchtgeldern (80%), einem Verbot von Biotech-Patenten (72%), multilateraler Zusammenarbeit mit der UNO (74%), der Förderung von fairem Handel (90%), der Lösung globaler Probleme (85%) und einer Schweiz als Vermittlerin (76%) überdurchschnittlich überzeugt.

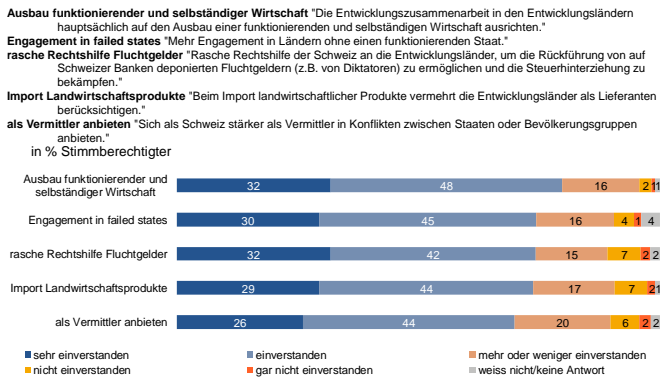
Rasche Rechtshilfe (79%), fairer Handel (89%) und klare Ziele für Entwicklungsprojekte (85%) werden in grossen Agglomerationen verstärkt gefordert, die Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlingen (52%) in kleinen und mittleren Agglomerationen, das Verbot biotechnologischer Patente (72%), Zusammenarbeit mit der Weltbank (63%) und mit Schweizer Firmen (75%) in ländlichen Gemeinden.

Die tiefste Einkommensschicht ist tendenziell mit den vorgebrachten Lösungsvorschlägen weniger einverstanden. So stimmt sie Wirtschaftsflüchtlingen (34%), dem Verbot von biotechnologischen Patenten (49%), multilateraler Zusammenarbeit mit UNO-Organisationen (47%) oder der Weltbank (33%) nicht mehrheitlich zu (basierend auf den Anteilen sehr einverstanden und einverstanden). Zudem ist sie weniger einverstanden, wenn sich die Schweiz als Vermittlerin anbietet (56%) oder globale Probleme lösen will (72%)

In der französischsprachigen Schweiz ist man weniger stark bereit, Flüchtlinge aus wirtschaftlichen Gründen aufzunehmen (34%), bevorzugt dafür die Zusammenarbeit mit Schweizer Firmen (76%).

### Vorschläge zum Ausbau der schweizerischen Entwicklungspolitik (2)

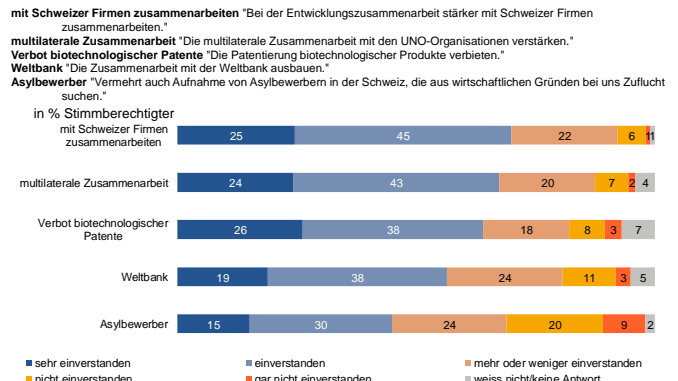
"Wie beurteilen Sie die folgenden Vorschläge zum Ausbau oder Umbau der schweizerischen Entwicklungspolitik, d.h. sind Sie sehr einverstanden, einverstanden, mehr oder weniger einverstanden, nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?"



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

### Vorschläge zum Ausbau der schweizerischen Entwicklungspolitik (3)

"Wie beurteilen Sie die folgenden Vorschläge zum Ausbau oder Umbau der schweizerischen Entwicklungspolitik, d.h. sind Sie sehr einverstanden, einverstanden, mehr oder weniger einverstanden, nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?"



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209)

## 3.7.1 Zwischenbilanz

Im Kern der Forderungshaltung gegenüber der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit steht Stabilität: Leicht angewachsene 60 Prozent wollen die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit auf dem aktuellen Niveau belassen. Ein Ausbauwunsch ist unter Linken deutlicher, aber nicht mehrheitlich vorhanden. Der Wunsch nach verstärkter Unterstützung des Bundes von Hilfswerken ist auf tiefem Niveau leicht angewachsen. Die Meinung, dass zumindest ein Teil der Gelder in der Schweiz ausgegeben werden soll, bleibt mehrheitlich. Namhafte Kritik an diesem Vorschlag kommt von Linksstehenden.

Entwicklungshilfe wird nicht nur von einer altruistischen Warte aus betrachtet: Immerhin fast ein Drittel ist der Meinung, dass die Entwicklungshilfe dazu beitragen soll, die Anzahl Flüchtlinge in die Schweiz zu verringern. Ein Drittel, aber weniger als vor zehn Jahren, ist der Meinung, dass schweizerische Wirtschaftsinteressen nicht im Vordergrund stehen dürfen. Linke wollen eher eine unabhängige als von Wirtschaftsinteressen geleitete Entwicklungszusammenarbeit, bei den Rechten ist es umgekehrt.

Um die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern zu verbessern, würde man neu vor allem die weltwirtschaftlichen Spielregeln zugunsten der ärmeren Länder neu definieren. Nur noch ein Drittel sieht Priorität in Reformen in den Südländern selber.

Weniger als ein Drittel würde zur Behebung der Weltprobleme Geld an eine Hilfsorganisation spenden. Vor zehn Jahren war noch mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten dazu bereit. Primär wird versucht, durch eine bewusste Lebensweise einen Beitrag zu leisten.

Ganz oben auf der Agenda stehen Massnahmen gegen den Klimawandel. Deutlich an Wichtigkeit zugenommen haben verstärkte Mitsprache der Entwicklungsländer, verstärkte Entwicklungszusammenarbeit, Veränderung der Weltwirtschaftsstrukturen und ein bescheidener Lebensstil.

Mehr Engagement im Bereich der Wasserversorgung und die Förderung des fairen Handels durch die Schweizer Entwicklungspolitik sind relativ unbestritten. Dazu zählt auch (wieder) ein Waffenexportverbot in Entwicklungsländer, Engagement gegen globale Probleme und klare Zielvorgaben und -überprüfungen für die Entwicklungsprojekte.

### 3.8 Exkurs: Regressionsanalysen

Will man untersuchen, welche Begründungen, Instrumente, Forderungen oder Image-Dimensionen die generelle Beurteilung der Entwicklungszusammenarbeit wie stark beeinflussen, eignet sich dazu am besten eine Regressionsanalyse (s. Kapitel Datenanalyse in der Einleitung).

Die kurze Antwort: Die generelle Beurteilung der Entwicklungszusammenarbeit ist primär ein Bauchgefühl.

Die längere Antwort: Die errechneten Regressionsanalysen weisen ein sehr tiefes Bestimmtheitsmass ( $R^2$ ) auf. Das lässt darauf schliessen, dass die Elemente, die man zur Erklärung herangezogen hat, nur einen sehr geringen Teil (weniger als zehn Prozent) der Beurteilung erklären können. Ergo wurden entweder wichtige inhaltliche Erklärungsvariablen nicht im Fragebogen gestellt, was nicht auszuschliessen, aber aufgrund der Länge und der mehrfachen Erprobung des Fragebogens weniger wahrscheinlich ist. Oder aber die Beurteilung ist nicht direkt die Folge von bewusst wahrgenommenen Leistungen der schweizerischen Entwicklungshilfe, sondern nährt sich zu einem grossen Teil aus einem Bauchgefühl.

Konkret lässt sich die generelle Beurteilung der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit am besten anhand der einzelnen Dimensionen der Arbeit des Bundes (s. Kapitel Wirkung) erklären. Wer die Arbeit des Bundes als wirksam statt nutzlos erachtet, beurteilt die Entwicklungszusammenarbeit generell besser. Wer sie als bürokratisch statt unkompliziert wahrnimmt, beurteilt sie schlechter. Die anderen Dimensionen sind im Regressionsmodell nicht signifikant. Allerdings lassen sich mit diesen zwei Dimensionen (Wirksamkeit und Bürokratie) nur sechs Prozent ( $R^2 = 0.059$ ) der generellen Beurteilung erklären. Die restlichen 94 Prozent lassen sich durch die abgefragten Dimensionen nicht erklären.

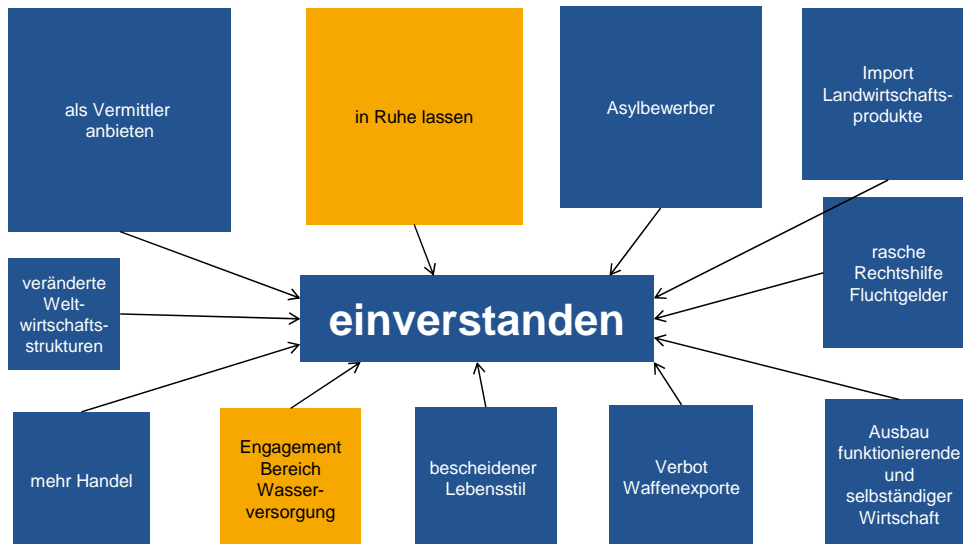
Besser lässt sich die Beurteilung der Budgeterhöhung erklären: Immerhin 18 Prozent ( $R^2 = 0.181$ ) davon lassen sich durch die abgefragten Lösungsbeiträge erklären, was allerdings auch hier auf einen sehr hohen Anteil des Bauchgefühls schliessen lässt.

Aus dem Ergebnis lässt sich schliessen, dass mit der Budgeterhöhung einverstanden ist, wer vor allem die Schweiz in ihrer Vermittlerrolle sehen will, auch bereit ist, Asylbewerber aus wirtschaftlichen Gründen aufzunehmen und den Import von Landwirtschaftsprodukten aus Entwicklungsländern fördern möchte. Eher gegen die Budgeterhöhung ist, wer die Entwicklungsländer generell in Ruhe lassen will. Daneben gibt es noch eine Reihe weiterer Massnahmen, die einen geringeren Einfluss auf die Beurteilung der Budgeterhöhung hat.

## Regressionsanalyse Beurteilung Budgeterhöhung nach Beitrag zur Lösung von Entwicklungsproblemen/Vorschläge zum Ausbau der schweizerischen Entwicklungspolitik

"Bundesrat und Parlament haben 2011 beschlossen, das Budget für Entwicklungszusammenarbeit von 0,46% des Bruttonationaleinkommens im Jahr 2011 auf 0,5% im Jahr 2015 zu erhöhen. Ganz generell, sind Sie mit einer solchen finanziellen Erhöhung der schweizerischen Entwicklungshilfe sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden?"

In % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Entwicklungszusammenarbeit, August/September 2014 (N = 1209), gewichtet, R<sup>2</sup> = .181

Erläuterung: Die **eingesetzte Methode der linearen Regression** beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (hier: Lösungsbeiträge von Entwicklungsproblemen und Vorschläge zum Ausbau der schweizerischen Entwicklungspolitik) auf eine abhängige Variable (Beurteilung Budgeterhöhung). Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer positivere Bewertung (blau) oder eher zu einer negativeren Bewertung (orange) führt. Elemente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss.

Das Element "verstärkte Entwicklungszusammenarbeit" wurde nicht als unabhängige Variable ins Erklärungsmodell übernommen, da es inhaltlich mit der abhängigen Variable (Budgeterhöhung der Entwicklungszusammenarbeit) sehr eng verwandt ist (Tautologie).

### 3.8.1 Zwischenbilanz

Die generelle Beurteilung der schweizerischen Entwicklungspolitik nährt sich zu einem grossen Teil aus einem Bauchgefühl. Am ehesten beeinflusst die wahrgenommene Wirksamkeit und Bürokratie das Bild.

# 4 Synthese

Wir fassen die wichtigsten Erkenntnisse aus dem diesjährigen Monitor Entwicklungszusammenarbeit mit folgenden Thesen zusammen:

## These 1

Die Arbeit des Bundes in der Entwicklungszusammenarbeit wird als eher gut beurteilt.

Grundsätzlich stellen die Schweizer Stimmberechtigten der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit ein gutes Zeugnis aus. Dies trifft sowohl für die generelle Beurteilung der geleisteten Arbeit wie auch in Bezug auf die Beurteilung der beteiligten Akteure zu. Die Beurteilung ist grundsätzlich positiv, aber nicht überschwänglich.

Unverändert zeigen sich auch kritische Untertöne gegenüber dem, was die Entwicklungshilfe überhaupt leisten kann: Wirkliche Verbesserung der Situation in Entwicklungsländern innert der letzten 10 bis 20 Jahre werden nur minderheitlich wahrgenommen, dennoch auf einem höheren Niveau als noch 2009.

Auch in den einzelnen untersuchten Dimensionen wird Leistungserbringung des Bundes als korrekt eingestuft. Als wichtigste Verbesserung im Fünfjahresvergleich wird die Arbeit des Bundes weniger bürokratisch als bisher bezeichnet. Das wichtigste Asset stellt unverändert die Professionalität dar. Die Arbeit wird zudem als wirksam und nicht als verschwenderisch wahrgenommen.

Die generelle Beurteilung der Entwicklungszusammenarbeit basiert zu einem grossen Teil auf einem Bauchgefühl. Begründungen, Instrumente, Forderungen oder Image-Dimensionen haben nur einen untergeordneten Einfluss darauf.

## These 2

Das wahrgenommene Profil der privaten Hilfswerke unterscheidet sich kaum vom demjenigen des Bundes.

Die einzelnen Dimensionen der Leistungserbringung der privaten Hilfswerke werden wie jene des Bundes als korrekt eingestuft. Das Profil der privaten Hilfswerke unterscheidet sich nur geringfügig vom Bund: Private Hilfswerke gelten als unkomplizierter und angepasster an die lokalen Umstände, werden in der Tendenz aber auch als weniger professionell taxiert.

Dieses fehlende eigenständige Profil mag ein Grund sein, weshalb die geäusserte Bereitschaft, für private Hilfswerke zu spenden, im Abnehmen begriffen ist. Zudem sind Publikationen von privaten Hilfswerken als Primärquelle für Informationen über Entwicklungsländer unwichtig geworden.

Trotz abnehmender Spendenbereitschaft wächst die Bereitschaft, in einem Verein oder einer ähnlichen Gruppe aktiv in der Entwicklungszusammenarbeit mitzuarbeiten, wieder an. Allerdings ist die Bereitschaft immer noch auf einem tieferen Niveau als 2004.

## These 3

Die Beurteilung der Entwicklungszusammenarbeit beruht auf einem imperfekten Wissensstand. Ein Bedarf an Informationen wird nur teilweise geäussert.

Gerade was die für die Entwicklungszusammenarbeit aufgewendeten Finanzen betrifft, ist das Wissen der Stimmberechtigten nicht vollständig richtig. Richtig schätzen sie ein, dass die Schweiz einen ähnlichen Anteil beiträgt wie andere Industrieländer. Prinzipiell richtig erahnen die Stimmberechtigten auch, dass

Entwicklungszusammenarbeit nicht der grösste Ausgabenposten des Bundesbudgets ist. Die absoluten Ausgaben werden jedoch konstant überschätzt. Ebenso überschätzen sie das Spendenaufkommen der privaten Hilfswerke im Vergleich zu den Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes.

Spontan (ungestützt) wird die DEZA nicht mehr wie vor fünf Jahren von einer Mehrheit als offizielle Stelle des Bundes für Entwicklungszusammenarbeit genannt. Insbesondere ist der Wunsch von Mehrinformationen durch die DEZA in dieser Zeit jedoch angewachsen. Gestützt scheint die Bekanntheit weiterhin vorhanden zu sein – weniger als ein Fünftel gibt an, die DEZA nicht zu kennen.

Trotz dieses imperfekten Wissenstandes ist die Mehrheit mit dem eigenen Wissensstand über Entwicklungszusammenarbeit zufrieden. Immerhin ein gutes Drittel bedarf aber noch weitere Informationen. Weniger als die Hälfte hat nach eigenen Angaben Informationen über die Entwicklungszusammenarbeit in irgendeiner Form erhalten.

Insgesamt werden Informationen über die Entwicklungszusammenarbeit immer noch in erster Linie aus dem Fernsehen erfahren. Der Trend ist nun seit mehreren Befragungswellen rückläufig. Publikationen des Bundes sind jedoch weiterhin nur für eine kleine Minderheit die primären Informationsquellen.

#### **These 4**

Die (Mit-)Verantwortung der Industrieländer für die Entwicklungsländer wird zunehmend erkannt.

Die Schweizer Stimmberechtigten beurteilen die brennenden Probleme wieder verstärkt in einem international interdependenten Zusammenhang. So wird nicht mehr der fehlende Schutz der einheimischen Wirtschaft, sondern wieder das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd als grösstes Problem benannt. Abnehmend sind die wahrgenommenen Binnenproblematiken (Menschenrechtsverletzungen, Diktaturen), dafür zunehmend die Folgen aus der Beziehung zwischen Industrie- und Entwicklungsländer (Ausbeutung durch Industrieländer, Entwicklungsländer als Rohstofflieferanten und Basis unseres Wohlstandes). Immer mehr werden die reichen Länder als Nutzniesser der Globalisierung gesehen und nicht mehr die reichen Menschen in allen Ländern.

Entsprechend wünschen sich die Stimmberechtigten verstärkt Lösungen, welche diese Interdependenz aufnehmen. Sei es durch das Angehen von Problemen, welche weit über Entwicklungszusammenarbeit hinausgehen (beispielsweise die Klimaproblematik), sei es durch eine erhöhte Akzeptanz zur Zusammenarbeit mit der UNO und sogar der Weltbank. So sieht die (relative) Mehrheit auch nicht mehr Priorität bei Reformen in den Entwicklungsländern, sondern bei den Regeln der Weltwirtschaft.

Die wahrgenommene erhöhte internationale Interdependenz hat dazu geführt, dass der wahrgenommene Wert internationaler Partner zugenommen hat, seien dies Intermediäre, seien dies aber auch direkte Partner in der Entwicklungszusammenarbeit.

#### **These 5**

Die Entwicklungszusammenarbeit ist prinzipiell richtig ausgestaltet. Sie darf aus Bevölkerungssicht aber auch nutzenorientiert ausgerichtet sein.

Insgesamt ist die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit aus Sicht der Schweizer Stimmberechtigten stimmig. Die Höhe der Entwicklungsausgaben ist für die Mehrheit gerade richtig – die (minderheitlichen) Ausbauwünsche sind stabil vorhanden, die Abbauwünsche haben auf tiefem Niveau abgenommen. Auch sind die Stimmberechtigten grossmehrheitlich einverstanden mit der 2011 beschlossenen Erhöhung der Ausgaben. Der Anteil, der an die privaten Hilfswerke abfließt, ist aus Sicht der Befragten ebenfalls stimmig.

Anpassungswünsche sind in Bezug auf die Intensität einzelner Massnahmen sichtbar. Vor allem besteht nach wie vor die Meinung, dass auch Schweizer Bedürftige zumindest teilweise von den Entwicklungsgeldern etwas abhaben sollten. Auch spricht sich nur eine Minderheit dagegen aus, dass mit den Geldern die Folgen des Bevölkerungswachstums in der Schweiz abgemildert werden. Insgesamt kann die letztmals angestiegene Nutzenorientierung auch 2014 gemessen werden: Jeweils rund ein Drittel der Bevölkerung findet, die Entwicklungsgelder soll man so einsetzen, dass weniger Flüchtlinge in die Schweiz kommen oder dass sie der Schweizer Wirtschaft nützen.

Grundsätzlich sieht die Bevölkerung eine Vielzahl von möglichen Schwerpunkten, die von der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit angegangen werden können. Weit oben auf der Agenda stehen Massnahmen gegen die Folgen des Klimawandels, aber auch eine verstärkte internationale Mitsprache der Entwicklungsländer und Anpassungen der Weltwirtschaftsstrukturen, die Stärkung von Fair Trade, Engagement im Bereich Wasserversorgung oder der Aufbau einer funktionierenden Wirtschaft sind Bereiche, die hohe Zustimmung erhalten. Wichtig ist den Stimmberechtigten jedoch, dass klare Ziele definiert werden, die nach Projektende strikt überprüft werden.

#### **These 6**

Die politischen Grundeinstellungen beeinflussen die Wahrnehmungen, Einstellungen und Forderungen im Bereich Entwicklungszusammenarbeit. Die politischen Lager stehen sich jedoch nicht diametral gegenüber.

In der Studie konnten wir bei einer Vielzahl, wenn nicht bei den meisten gemessenen Indikatoren, einen signifikanten Unterschied entlang des politischen Spektrums messen:

Linke nehmen die Arbeit des Bundes als professioneller und sparsamer wahr und sehen auch häufiger Verbesserungen in Entwicklungsländern, erkennen mehr Konfliktquellen der Weltpolitik, glauben eher daran, individuell einen (kleinen) Einfluss auf das Weltgeschehen zu haben, kennen häufiger die DEZA – haben aber trotzdem oder gerade deswegen ein erhöhtes Informationsbedürfnis –, zeigen mehr individuelle Bereitschaft zur Entwicklungszusammenarbeit und unterstützen stärker die vorgeschlagenen Massnahmen der Schweizer Entwicklungspolitik.

Rechte – und häufig auch Personen, die sich nicht auf der Links-Rechts-Achse verorten – sind gegen finanzielle Ausbaupläne der Entwicklungszusammenarbeit, überschätzen eher den absoluten Betrag sowie den Anteil im internationalen Vergleich, konnotieren Entwicklungsländer tendenziell negativer und priorisieren infolgedessen auch die Reformbestrebungen im Süden und haben eine stärkere Nutzenorientierung, was die Förderung von Schweizer Unternehmen, den Schutz der einheimischen Wirtschaft, die Verhinderung von Flüchtlingsströmen, den Mitteleinsatz für Bedürftige oder zur Bekämpfung von Wachstumsproblemen angeht.

Indes sind diese Unterschiede nicht so frappant, dass zwei unvereinbare Pole entstehen würden. In allen politischen Lagern erhält die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit gute Noten, sowohl was die generelle als auch die detaillierte Beurteilung angeht. Alle Lager sind mit dem heutigen Mitteleinsatz grundsätzlich zufrieden und in allen Lagern unterstützt die Mehrheit die vorgeschlagenen Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit.

# 5 Anhang

## 5.1 gfs.bern-Team



URS BIERI

Senior Projektleiter, Mitglied der Geschäftsleitung, Politik- und Medienwissenschaftler, Executive MBA FH in strategischem Management, Lehrbeauftragter an der Kalaidos Fachschule

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Integrierte Kommunikationsanalysen, Qualitative Methoden

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und auf dem Internet



JONAS PHILIPPE KOCHER

Projektleiter, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Gesellschaftsthemen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, Hochrechnungen, Feldaufträge



CAROLE GAUCH

Junior Projektleiterin, Medien- und Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Abstimmungen und Wahlen, Meinungsbildung zu ausserpolitischen Angelegenheiten, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden, Feldaufträge



STEPHAN TSCHÖPE

Leiter Analyse und Dienste, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Koordination Dienstleistungen, komplexe statistische Datenanalytik, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Parteien- und Strukturanalysen mit Aggregatdaten, Integrierte Kommunikationsanalysen, Visualisierung





MEIKE MÜLLER

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Soziologin und Medienwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Qualitative Datenanalysen, Koordination Dienstleistungen, Medienanalysen, Recherchen, Visualisierungen



PHILIPPE ROCHAT

Datenanalytiker, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Datenanalyse und Datenbanken, Programmierungen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medienanalysen, Recherchen, Visualisierungen, Hochrechnungen



JOHANNA LEA SCHWAB

Sekretariat und Administration, Kauffrau EFZ

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern  
Hirschengraben 5  
Postfach 6323  
CH – 3001 Bern  
Telefon +41 31 311 08 06  
Telefax +41 31 311 08 19  
info@gfsbern.ch  
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter [www.schweizermarktforschung.ch](http://www.schweizermarktforschung.ch)

**SCHWEIZER  
MARKTFORSCHUNG**  
**Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym**

**gfs.bern**  
Menschen. Meinungen. Märkte.